

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Volkzeitschriftums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72203

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelleile 35 Pf., bei Platzvordruff 40 Pf. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelleile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatent die 10 Gelp. Kolonelleile mit 50 Pf. Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausm. die 10 Gelp. Kolonelleile 40 Pf. bei Platzvordruff 50 Pf. Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sturmjahren im Preußenparlament.

Um den Hohenzollernvergleich.

SPD. Berlin, 12. Oktober.

Die zweite Lesung des Vergleiches zwischen dem ehemals regierenden Hause und der Republik Preußen begann am Dienstagmorgen um 12 Uhr wieder mit langen Geschäftsordnungsdebatten.

Abg. Bartels (Komm.) will eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abgeben, die Präsident Bartels nicht zuläßt. — Abg. Vied (Komm.) beantragt, die zweite Lesung um vier Wochen zu verschieben. Der Antrag wird abgelehnt. — Abg. Vied (Komm.) beantragt die Auflösung des Landtages (Heiterkeit).

In dem dauernden Lärm, den die Kommunisten machen, ruft der Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) dem Präsidenten Bartels zu: „Hausrecht der Hohenzollern“ und wird von der Sitzung ausgeschlossen. — Abg. von der Osten (Dm.) bedauert namens seiner Partei, daß im Preußischen Landtag eine derartige Flut niedriger Gemeinheiten gegen die Hohenzollern ausgesprochen werde (Lärm b. d. Komm.). Abg. Vied (Komm.) beantragt Rückverweisung an den Hauptausschuß. Der Antrag wird ebenso wie der beantragte schriftliche Bericht über die Ausschüßverhandlungen abgelehrt.

Dann wird in die sachliche Beratung der Vorlage eingetreten. Berichterstatter des Ausschusses ist der demokratische Abg. Kall. Als während seiner Rede der Abg. Kiebel (Dem.) sich zum Präsidenten begibt, um ihm etwas mitzuteilen, wird er bei seiner Rückkehr von den Kommunisten mit wüstem Lärm empfangen. Abg. Kellermann (Komm.) wirft ihm ein Affenlud an den Kopf und wird vom Präsidenten Bartels von der Sitzung ausgeschlossen. Die auf der Zuhörtribüne untergebrachten Kommunisten erheben sich und rufen im Takt: „Dableiben!“ Ein Kommunist auf der Tribüne erhebt sich und verliest vom Manuskript eine längere Rede. Präsident Bartels unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Nach Wiedereröffnung der Sitzung — während der Pause sind die Tribünen geräumt worden — fragt Präsident Bartels den kommunistischen Abgeordneten Gohlke, ob er die Tribünenbesucher aufgefordert habe, sich den Anordnungen des Präsidenten zu widersetzen. Abg. Gohlke bestreitet das.

Präsident Bartels: Dann ist die Angelegenheit erledigt; sonst hätte ich Sie von der Sitzung ausgeschlossen. — Abg. Vied (Komm.) beantragt nochmals schriftlichen Bericht des Hauptausschusses. Vizepräsident Garnich erklärt den Antrag für unzulässig. — Abg. Vied beantragt die Herbeiführung des Ministerpräsidenten. Der Antrag wird abgelehnt. — Abg. Schmitz (Dem.) beantragt die Herbeiführung sämtlicher übrigen Minister. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit.) — Abg. Vied fordert die Wiederzulassung der Tribünenbesucher. Vizepräsident Garnich erklärt diesen Antrag für unzulässig. — Abg. Labendorf (Wirtsch. Partei) begrüßt den Vergleich als Anerkennung des Eigentumsrechts und beklagt die schlechte Lage des Mittelstandes. — Abg. Freiherr von Wangenheim (Welfe) protestiert dagegen, daß alle in Hannover gelegenen Schloßer und Domänen dem Preußischen Staat zufallen sollen. Der Vergleich sei eine rein preussische Angelegenheit, die Deutschland Hannoveraner würden sich der Stimme enthalten. — Abg. Schwent (Komm.) bezeichnet die Rechtsansprüche der Hohenzollern als vollkommen hinfällig. — Zur Geschäftsordnung verlangt Abg. Bartels-Cresfeld (Komm.) den sofortigen Zusammentritt des Verlesers. Vizepräsident Garnich erklärt den Antrag für unzulässig.

Die Kommunisten beantragen ein Mißtrauensvotum gegen die einzelnen Minister. Abg. Vied (Komm.) bedauert, daß es nicht mehr preussische Minister gäbe, gegen die man das Mißtrauen beantragen könne. (Heiterkeit.) Damit schließt die Debatte. Die einzelnen Paragraphen des Vergleichentwurfes werden in namentlicher Abstimmung

mit durchschnittlich 210 bürgerlichen Stimmen gegen rund 40 kommunistischen Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Während einer Abstimmungspause beschimpfen die Kommunisten den sozialdemokratischen Abgeordneten Osteroth mit den Worten „Ausbeuter“ und „Zuhälter“. Als Abgeordneter Osteroth dem hauptbestimmten kommunistischen Abgeordneten Abel erwidert, er sei ein Lump, stürzt dieser auf Osteroth zu und verlegt ihm einen Faustschlag. Präsident Bartels schießt den Abgeordneten Abel von der Sitzung aus. Abg. Abel ist bei der Sozialdemokratischen Bergwerks-Aktien-Gesellschaft beschäftigt, deren Sozialdirektor Genosse Osteroth ist, und bezieht durch dessen Verwendung seit Beginn der Mandatsdauer seinen vollen Lohn, ohne zu arbeiten.)

Vor der Abstimmung über den § 3 stellte Abg. Herold (Ztr.) den Antrag, zuerst über die Regierungsvorlage und dann über die Abänderungsvorschläge abzustimmen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der Kommunisten und eines Teiles der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Darauf protestierten die Kommunisten durch einen ungeheuren Lärm, den sie schließlich zu einem gewaltigen

Ueberraus auf das Präsidium steigerten. Mit Wassergläsern, Tintenfläschern, Schubstiften stießen sie über das Präsidium, das vom Vizepräsidenten Garnich, dem Volksparteier Metzgerthien und unserem alten Genossen Breconer besetzt war, her und suchten den Präsidenten von seinem Platz zu vertreiben. Der Präsident hob die Sitzung auf und berief den Verleser ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Vizepräsident Garnich mit, daß der Verleser mit dem Verleser hat, die drei Hauptbestimmungen des Ueberraus, die kommunistischen Abgeordneten Zendrusch, Stiellerrup und Sp-

stein für die höchstzulässige Dauer von 20 Tagen auszuschließen. Da die drei Abgeordneten sich weigern, den Saal zu verlassen, wurde die Sitzung nochmals unterbrochen und die Polizei zu ihrer Entfernung herbeigescholt. Als die Polizei erscheint, verlassen die drei freiwillig den Saal.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung wird der Abg. Kollwitz (Komm.) auf acht Tage ausgeschlossen; er verläßt sofort freiwillig den Saal. Abg. Vied (Komm.) protestiert gegen den Antrag Herold, der eine bewußte Rechtslosmachung der Kommunisten bedeutet. Der „Protest“ seiner Fraktion gegen das Präsidium sei berechtigt gewesen; soweit Beamte dadurch in Mitleidenschaft gezogen wurden, bedauern sie es. Als er sich in beleidigenden Ausdrücken ergeht, wird ihm das Wort entzogen. Die Annahme eines Antrages auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte löste wiederum einen wüsten Lärm bei den Kommunisten aus, der zur Ausweisung der Abg. Grube, Eberlein und Frau Krüger-Halle führte. Auch diese drei verlassen den Saal, gefolgt von den übrigen Mitgliedern der kommunistischen Fraktion. Der Vergleichsentwurf wurde nunmehr ohne Debatte bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen. Daraufhin verlagte sich das Haus auf Mittwochmittag 12 Uhr. Schluß um 8,30 Uhr.

Eine Frage von internationaler Bedeutung.

II. Paris, 13. Oktober.

Der Temps beschäftigt sich eingehend mit der Annahme der Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern durch den Preussischen Landtag. Er stellt fest, daß man sich mit der Frage der Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Deutschland beschäftigen müsse. Da die holländische Regierung Kaiser Wilhelm als einfachen Bürger betrachtet; hätte er nach holländischer Auffassung die volle Freiheit, Holland zu verlassen, wann es ihm beliebt. Die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, die früheren Prinzipen zu entsagen, sei wohl eine innere Angelegenheit Deutschlands, aber die Tatsache, daß ein derartiges Arrangement, direkt oder indirekt, die Heimkehr Kaiser Wilhelms vorbereite, sei eine Frage von internationaler Bedeutung, der gegenüber die Alliierten und verbündeten Mächte keineswegs unbeteiligt bleiben könnten. Zumindest hätten die Alliierten die Pflicht, Deutschland daran zu erinnern, daß es keine Annäherung an eine Nation geben könne, die unter irgend einer Form den Wiederaufstieg der Hohenzollern begünstige.

Im Gegensatz zu anders lautenden Nachrichten berichten Berliner Blätter aus Amsterdam, daß bei der niederländischen Regierung weder vom ehemaligen Kaiser noch von irgendeiner ausländischen Regierung Schritte mit Bezug auf die Möglichkeit einer Rückkehr des Kaisers nach Deutschland unternommen worden seien. In amtlichen Kreisen glaubte man zu wissen, daß Wilhelm selbst einer Rückkehr nach Deutschland abgeneigt sei. (?)

Die Berliner Funktionäre fordern Ablehnung.

Der Vorwärts berichtet: Die Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der Sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin in den Mustertagen, die am Montagabend tagte, nahm nach kurzer Aussprache einstimmig folgende Entschlieung an:

„Die Berliner Funktionäre fordern, erklärt, daß der dem Preussischen Landtag vorliegende Vergleich mit den Hohenzollern für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar ist. Die Konferenz erwartet, daß die Landtagsaktion diesen Vergleich ablehnt und seine Annahme mit allen Kräften zu verhindern sucht.“

Die tschechisch-deutsche Rechtsregierung.

SPD. Prag, 13. Oktober. (Radio.)

Am Dienstag ist die tschechisch-deutsche bürgerliche Rechtsregierung zusammengekommen. Die neue Regierung weist folgende Zusammensetzung auf: Ministerpräsident: Dr. Svehla (Tschechische Agrarier); Außenminister: Dr. Beneš, Beamter; Inneres: Cerny, Beamter; Finanzen: Englisch, Beamter; Handel: Peroutka, Beamter; Militär: Udrzal (Tschechische Agrarier); Arbeiten: Horak (Tschechische Gewerbetätige); Justiz: Mayer-Harting (Deutsch-Christlichsozial); Fürsorge: Sirdinko (Tschechische Agrarier); Unterricht: Hrdlička (Tschechische Agrarier); Post: Stina (Deutsche Agrarier); Eisenbahn: Rosel (Tschechische Katholiken); Slowakei: Kallera, Beamter.

Die deutschen Minister Stina und Mayer-Harting sind von Beruf Professoren an der deutschen Universität in Prag. Mayer-Harting ist Lehrer des Verwaltungsrechts, Stina Theologe (Slowak).

Wie die SPD weiter berichtet, ist die Regierungsbildung zustande gekommen, nachdem sich die deutschen Agrarier und die deutschen Christlichsozialen bereit erklärt hatten, in das Kabinett einzutreten, ohne daß ihnen vorher auch nur die geringste Zusicherung auf nationalpolitischem Gebiete gemacht worden wäre. Das Kabinett wird halb parlamentarisch und halb eine Beamtenregierung sein. Die Slowaken und Nationaldemokraten sind im Kabinett nicht parteimäßig, wohl aber durch ihnen nahestehende Beamte vertreten. Die deutschen Sozialdemokraten verhalten gegenüber dem neuen Kabinett in schärfster Opposition. Auch die tschechischen Sozialisten, Kommunisten, tschechische Nationalsozialisten und Deutschnationalen lehnen das neue Kabinett ab.

Ist Genf der Friede?

Von Gerhart Seger, Berlin.

Keinem politisch denkenden Menschen wird die bloße Tatsache des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund genügen, um daran die weitestgehenden Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft zu knüpfen, sondern man wird selbstverständlich zu fragen haben, was die Genfer Institution leisten kann, und welche Politik die deutsche Republik in Genf treiben wird, um die Folgen des Genfer Ereignisses abzuwenden zu können.

Aus diesem Grunde hat das Deutsche Friedenskartell, die Spitzenorganisation der deutschen pazifistischen Bewegung, auf ihrem diesjährigen Friedenskongreß Anfang Oktober in Heidelberg in Referat und Korreferat diese beiden Fragen behandelt: Völkerbund und deutsche Friedenspolitik, und: Ist Genf der Friede? Die Referenten, Oberregierungsrat z. D. Dr. Hans Simons und Dr. Kurt Hiller, kamen dabei zu Schlußfolgerungen, die im folgenden zusammengefaßt werden sollen.

Die Friedensbewegung, die seit ihrem Bestehen das Ideal des Völkerbundes verfolgt hat, vermag am sichersten festzustellen, wie weit und in welchem Punkte die Genfer Institution von diesem Ideal noch entfernt ist. Man darf nie vergessen, daß der Genfer Völkerbund aus den Verhandlungen um die Pariser Friedensverträge hervorgegangen ist, und daß er, bei der Zusammenfassung der Ententelegationen, ein Kompromißgebilde ist, denn bei den Pariser Verhandlungen standen den Anhängern der Völkerbundsdeide, wie Wilson und Smuts, eine Anzahl Gegner gegenüber, angeführt von Clemenceau. Daher ist jede Bestimmung der Völkerbundsordnung das Ergebnis eines oft hartnäckig ertrittenen Kompromisses; ähnlich, wie man in Weimar um die einzelnen Bestimmungen der Verfassung gekämpft hat.

Es kommt hinzu, daß zwar der Völkerbund neue Methoden der auswärtigen Politik einführt, daß wir aber, von den Machtverhältnissen der einzelnen Mächte ganz abgesehen, noch nicht neue Menschen mit einer neuen politischen Gesinnung haben, die diese Einrichtung tragen müssen, wenn sie wirken soll; es verhält sich ja mit dem Völkerbund nicht anders wie mit der Republik: deutsch-nationale Landräte sind nicht gerade die geeignetsten Hüter der republikanischen Verfassung, und so sind auch die Diplomaten alter Schule nicht die geeignetsten Vorkämpfer des Völkerbundes.

Daraus ergibt sich für Deutschland die Pflicht, die Delegierten für Genf sorgfältig auszuwählen, als das diesmal geschehen ist. Das Auswärtige Amt ist in einem großen Teile seiner Beamtenschaft noch immer eine Art Museum aus der Kaiserzeit, und besonders der Dirigent des Referates für Völkerbundsfragen, Geheimrat von Bülow, ist ein geschworener Gegner des Völkerbundes. Deutschland hat aber in seiner auswärtigen Politik so viele Fragen, es sei nur an das Saargebiet, Danzig, Oberschlesien, die deutschen Minderheiten in den anderen Ländern erinnert, die vom Völkerbunde entschieden werden, so daß die deutsche Republik von allen Völkerbundsstaaten das größte Interesse an der Stabilisierung und dem Ausbau der Genfer Institution hat. Bei der Vertretung seiner Interessen muß aber Deutschland die natürliche Grenze des Gesamtinteresses des Völkerbundes innehalten, es darf sich innerhalb des Völkerbundes nicht so aufführen, wie etwa Bayern sich im Reich aufführt: Dr. Simons prägte in Heidelberg den Satz, daß der Appell an das internationale Recht neben dem Rechtsanspruch auch den Verzicht in sich schließt, wenn das Recht auf der anderen Seite oder bei der Gesamtheit liegt.

Zu einer den Völkerbund stützenden Politik gehört ferner, daß man lieber auf die Lösung einer schwierigen politischen Frage in Genf verzichtet, als den Völkerbund mit der Gefahr eines Verfallens zu belasten, wenn er der betreffenden Frage noch gar nicht gewachsen sein kann. Schließlich kann der Völkerbund nicht innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, nicht in sechs Jahren eine jahrtausendealte Gewaltpolitik überwinden, ganz abgesehen davon, daß er vom geltenden Recht ausgeht, das, wie Dr. Simons von seinem sozialistischen Standpunkt erklärte, dem dient, der in Besitz und Macht sich befindet.

Diesen kritischen Gedankengängen ist noch hinzuzufügen, worauf Dr. Simons besonders nachdrücklich aufmerksam machte, daß ja aus dem Völkerbunde keine andere Politik herauskommen kann, als die einzelnen Regierungen in ihn hineinprojizieren: der Völkerbund ist ein Bund der Regierungen, und wenn wir in Deutschland eine Rechtsregierung haben, wenn eine Reihe europäischer Völker ultrareaktionäre Diktatoren über sich dulden, so kann schließlich vom Völkerbund keine übermäßig fortschrittliche Politik erwartet werden. Auch in diesem Punkte zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik.

Selbst wenn wir aber von Deutschland aus alles tun, um den Völkerbund vernünftig zu unterliegen, ist damit der Friede noch lange nicht gesichert; zu allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gegen die Kriegursachen kommt noch der geistige Kampf hinzu, der gegen die Kriegsbereitschaft, gegen die militaristische Gesinnung zu führen ist. Deshalb ist es keine Phrase, wenn von der Notwendigkeit einer Völkerbunds-

An die Partei!

gegnung gesprochen wird, gerade in Deutschland haben wir es sehr nötig, gegen den Aberglauben an die Unausrottbarkeit der Kriege zu kämpfen. Noch weiter: schließlich dürfen wir mit dem Kampf gegen Kriegsgehe und Kriegsgeist nicht warten, bis es vierzehn Tage vor dem 1. August ist, alles auf eine Parole wartet und dann umfällt, sondern wir müssen, das war in Heidelberg vor allem die Schlussfolgerung aus dem Referat Dr. Hillers, rechtzeitig für die Parole der Kriegsdienstverweigerung und die Verweigerung jeder anderen Unterstützung des Krieges eintreten.

Damit kann aus der Heidelberger Tagung, die sich einer lebhaften Beachtung in der Öffentlichkeit erfreute, das Ergebnis gewonnen werden: Genf kann der Friede werden, wenn die Völker es wollen, wenn sie eine unzweifelhaft kriegsgegnere Gestalt an den Tag legen, wenn sie die Kriegsdienstverweigerung organisieren, die es jeder Regierung ausichtslos erscheinen läßt, einen Krieg überhaupt zu beginnen. In der deutschen Republik gehört dazu, daß wir jede Soldatenspielerlei, jede Militarisation und jede auf eine neue Aufrichtung gerichtete Tendenz rechtzeitig und energisch bekämpfen. Damit dienen wir zugleich der Republik, und eine antimilitaristische, den Völkern aufrichtig unterstützende Republik ist der Friede.

Am die große Koalition in Preußen.

Ueber die Verhandlungen, die unter den Parteien des preussischen Landtages wegen der Erweiterung der Regierung am gestrigen Tage geführt worden sind, teilt der Verein Deutscher Zeitungsverleger das folgende mit:

Zur Frage der Regierungsumbildung in Preußen hören wir, daß die Sozialdemokraten noch nicht Stellung genommen haben. Es dürfte dies voraussichtlich am Mittwoch der Fall sein. Offenbar wird die Frage der Umbildung bei den Sozialdemokraten nicht als eine rein preussische Frage angesehen. Es wird betont, daß ihre Lösung nur unter dem Gesichtswinkel der Regelung im Reich möglich ist. Voraussichtlich wird der Gang der Verhandlungen der sein, daß, nachdem die Sozialdemokraten offiziell Stellung genommen haben, Ministerpräsident Braun die Initiative für die weiteren Verhandlungen ergreifen wird.

Danach wäre also damit zu rechnen, daß, wie das auch in diesen Spalten zum Ausdruck kam, die Frage der preussischen Koalition nicht ohne Mitwirkung der Reichstagsfraktionen zur Entscheidung gelangt. Wir hoffen wenigstens, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des preussischen Landtages der Auffassung sind, wie sie in der vorstehenden Meldung zum Ausdruck kommt. Uebrigens soll am Ende dieser Woche die Tagung des preussischen Landtages unterbrochen werden. Er wird erst Anfang November wieder zusammentreten, also in den Tagen, in denen auch das Reichsparlament seine Sommerferien beschließen wird.

Der Soz. Pressedienst bringt eine kurze Darstellung über die Auffassung in den Kreisen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, in der es heißt, das prinzipiell über die Frage der Koalition „innerhalb der Sozialdemokratie kaum noch ernsthaft Meinungsverschiedenheiten bestehen“.

„Aber schließlich ist es mit dieser grundsätzlichen Bereitschaft nicht getan, solange über die Umstände, unter denen regiert werden soll, keine Klarheit herrscht und Einigung besteht. Das ist das Wesentliche! In dieser Hinsicht machen sich vorerst jedoch sowohl bei dem Zentrum als auch bei den Demokraten noch Schwierigkeiten persönlicher und politischer Natur geltend und es ist ganz selbstverständlich, daß auch die Sozialdemokratie bestimmte Voraussetzungen annehmen wird, sobald es angebracht ist. Wir möchten zunächst nur darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie im preussischen Landtag die stärkste Fraktion bildet. Daß sich diese Tatsache bei den kommenden Verhandlungen auswirken muß, dürfte auch den Regierungsparteien nicht zweifelhaft sein.“

Eines hat die Volkspartei aus den Vorkängen der letzten Tage immerhin schon gelernt: Sie hat, entgegen ihrer anfänglichen Absicht, zunächst auf jede Art von Voraussetzungen für ihren Eintritt in die preussische Regierung verzichtet und wie es sich gehört, unter äußerster Zurückhaltung als ruhiger Sänder bei den Regierungsparteien leise angeklopft und um Bundesgenossenschaft erjacht.“

Man kann nicht eben behaupten, daß diese Darstellung von übermäßiger Klarheit zeuge. Wir hoffen aber, daß die preussische Landtagsfraktion wenigstens dahin wirkt, daß trotz des Drängens der Volkspartei die endgültige Beschlussfassung bis nach Wiederzusammentritt des Reichstages verschoben wird.

Genosse Macdonald 60 Jahre.

Am Dienstag feierte James Ramsay Macdonald auf dem Parteitag der Labour Party seinen sechzigsten Geburtstag. Genosse Macdonald, der Führer der englischen Arbeiterpartei im Unterhaus, wurde 1866 als Sohn einer armen Landarbeiterfamilie in einem kleinen Fischerdorf Schottlands, Loffiemouth, geboren. Macdonald gehörte 1893 zu den Gründern der Unabhängigen Arbeiterpartei. Auch das Zustandekommen der Labour Party, die die Unabhängige Arbeiterpartei und einige kleinere sozialistische Organisationen mit den Gewerkschaften zu einer politischen Arbeiterpartei zusammenschloß, war wesentlich auf die Initiative Macdonalds zurückzuführen. Im Jahre 1906 wurde er dann in das Unterhaus gewählt, wo er während der Kriegszeit in scharfem Gegensatz zur Kriegspolitik der englischen Regierung stand. Nach den Dezemberwahlen 1923 erreichte er den Höhepunkt seines politischen Wirkens durch die Bildung der ersten englischen Arbeiterregierung. Ihr waren die ersten realen Versuche zu verdanken, die sich um eine Lösung des europäischen Währungsproblems handelte. Auf der Septembertagung 1924 des Völkerbundes kam es zur Annahme des bekannten Genfer Protokolls, das dann später von der konservativen Regierung Englands sabotiert wurde. Aber als die Arbeiterregierung die ersten Schritte machte, mit einigen wenigen Veränderungen ersthaft in die Struktur des englischen Kapitalismus einzugreifen, wurde sie von der englischen Kapitalistenklasse daabgejagt. Es blieb jedoch Macdonalds Verdienst, daß sie aus der Regierung mit reinlichem Gewissen ging, weil sie in der Regierung sorgfältig sich von allem schied, was nicht zu ihr gehörte. Die ungeheure psychologische Wirkung, die die erste englische Arbeiterregierung auf die Massen des englischen Proletariats ausübte, zeigt heute noch ihre Spuren. Mehr als diese psychologische Wirkung konnte der Regierung Macdonalds nicht befehlen sein. In dem engeren Kreis der Unabhängigen Arbeiterpartei ging schon in den ersten Jahren der Nachkriegszeit Macdonald die Führung verloren. Bei dem Radikalisierungstendenzen des englischen Proletariats, der in unruhigeren Taten die historischen Aufgaben der englischen Arbeiterklasse fühlbar macht, wurde Macdonald häufig zum Exponenten des rechten Flügels der Labour Party. Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung wird vielleicht so manche Auffassung des Genossen Macdonald forrgieren, aber sie wird stets und ständig die großen Verdienste, die sich Macdonald in der Führung der englischen Arbeiterpartei erworben hat, anerkennen müssen. Auch dann, wenn andere diese Führung übernehmen sollten.

Am Sonnabend beginnt die sozialdemokratische Werbewoche. Sie gilt der Werbung für die Partei, die als einzige den Arbeitern, Angestellten und Beamten politische und soziale Rechte erkämpft hat. Sie gilt der Werbung für die Partei, ohne deren Stützung ein weiterer Aufstieg der arbeitenden Massen zu den Zielen des Sozialismus undenkbar ist.

Die Kommunisten hatten längst ihre Absicht angekündigt, die sozialdemokratische Werbewoche mit allen Mitteln zu stören. Da kommen ihnen die Meinungsverschiedenheiten über die Verabschiedung des Hohenzollern-Vergleichs im Preussischen Landtag gerade recht.

Meinungsverschiedenheiten über Fragen der parlamentarischen Taktik hat es immer gegeben und wird es immer geben. Sie haben den machtvollen Aufstieg der sozialdemokratischen Partei nicht aufgehalten. Sie haben keine Genossen davon abgehalten, seine Pflicht gegenüber der Partei zu erfüllen. Nie aber war es üblich, den Meinungsstreit so mit Elgen zu vergällen, wie es durch die Kommunisten geschieht. Jedermann muß sich mit Eitel und Berachtung abwenden von den Verleumdungen und Beschimpfungen, mit denen sie die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags überschütten.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Vergleich nicht zu, sie vertritt sich aber auch nichts von seiner Ablehnung.

weil der Volksentscheid keine Volksmehrheit für die Enteignung gebracht hat,

weil die Versuche einer gesetzlichen Regelung im Reichstag gescheitert sind,

weil schließlich das Scheitern jeder Regelung durch Gesetz oder Vergleich nur die Folge haben kann, daß wieder die Gerichte entscheiden, die den Hohenzollern noch mehr zusprechen, den

Arbeitet alle für eure Partei, für eure und eurer Kinder Zukunft!

Niemand entziehe sich der Arbeit für seine Partei!

Der Parteivorstand.

Die Mission Dr. Gademanns.

Ein Wittelsbacher vor dem Ausschuss. Das Mordgespräch Pracher-Glaser.

München, 12. Oktober.

A. W. Schetter wendet sich gegen die heftigen Angriffe der bayerischen Rechtspresse und erklärt dieser Presse den verfassungsmäßigen Charakter des Ausschusses. Die Strafprozedurordnung sei für den Ausschuss maßgebend.

Wittelsmann (D. B.) hat sich mit General von Epp inzwischen geeinigt. Zwischen Graf, Unterleitner und anderen ergeben sich erregte Auseinandersetzungen. Graf wendet sich dagegen, daß ein Mitglied des Königshauses vernommen wird, das sei eine Provokation der bayerischen „Volksseele“. Man könne nicht einen Herzog Ludwig von Bayern und einen Justizminister (Pracher) hintereinander vernehmen. Die Deutschnationalen würden bei der Vernehmung des Herzogs abwesend sein.

Pracher (Dem.): Graf begehe eine lächerliche Provokation. Die Deutschnationalen wollten aufpassen.

Kempes (D. B.) fragt, ob jemand gegen die Ladung des Herzogs Ludwig von Bayern etwas einzuwenden hat.

Landsberg: Die Deutschnationalen haben einen Ueberfall organisiert.

Mittelsmann (D. B.) verlangt sofortige Vernehmung des Wittelsbachers.

Trohmann (Bayr. Bp.): Es sei unerträglich, ein Mitglied des bayerischen Herrscherhauses zu vernehmen.

Levi: Die Verantwortung für die Ladung des Zeugen Herzog Ludwig falle auf die, die ihm Schweighardt zugeführt haben.

Der Württembergische Stöhr will sich an der Vernehmung des Herzogs nicht beteiligen. Zwar seien die Württembergischen keine Monarchisten, doch hätten die Württembergischen keine Monarchisten. Doch hätten die Württembergischen Achtung vor der Vergangenheit.

Levi verlangt von Schetter ein Einschreiten gegen Stöhr. Sonst müsse er den Ausschuss verlassen, wenn er nicht geküßt werde.

Herzog Ludwig von Bayern (42 Jahre alt) (Die Deutschnationalen und der Württembergische verlassen den Saal.): Schweighardt sei ihm von seiner Schwester, der Gräfin Törting, empfohlen worden. Er habe gefragt, ob alles in Ordnung sei. Das sei ihm bestätigt worden. Vorläufig habe er ihn aufgenommen, zur Erhebung. Er sei dann als Postersergehilfe beschäftigt worden. Ueber politische Dinge habe er mit Schw. nicht gesprochen. Es seien ja viele Leute unschuldig in Untersuchungshaft gekommen. Wessen sich Schw. schuldig gemacht haben soll, habe er nie gewußt. Von Mord habe man nie etwas zu ihm gesagt.

Kempes (D. B.) wendet sich gegen die andauernden Verbeugungen vor den Wittelsbachers.

Schetter: Niemand mache solche Verbeugungen.

Dr. Gademann ist inzwischen erschienen. (Nachdem er weiß, was die anderen ausgesagt haben!)

Schetter befehlt Gademann darüber, daß er im Jahre 1921 nicht Verteidiger der Würder Hartungs sein konnte, da er nicht ordentlicher Rechtsanwalt war.

Gademann: Er sei als „Rechtskundler“ von Braun und Beuter mandatiert worden. Heute sei er als geprüfter Rechtsanwalt immer noch Verteidiger. Seine Auffassung werde von anderen Rechtsanwälten geteilt. Er übergibt dem Ausschuss ein Gutachten von Dr. Stanzoni. Er sei kein beliebiger junger Mann gewesen, sondern auf Grund von Erfahrungen durch Escherich verwendet worden. Er habe als juristischer Exponent die Kämpfe gegen Severing geführt. (Um die Orgel.) Mit Gürtner und Stauffer habe er wegen des Vermögensbestandes der E. W. und anderer Dinge Besprechungen gehabt. In der Sache Zusam habe er mit Kriebel verhandelt.

Schetter: Das Auto ist doch leer zurückgekommen.

Gademann: Da könne er sich nicht äußern. Ueber die Fahrt will er nichts wissen. Es seien Beforgnisse wegen Waffenverrats wahrgeworden. Roth habe sie an die „zuständige Stelle“ verwiesen.

Schetter: Sie sind doch zu Roth gegangen, weil ein Mord vorlag. Sonst wären Sie doch zum Innenminister gegangen.

Gademann: Nein, wegen der Waffensache. Freilich im Zusammenhang mit der Waffensache.

Schetter: Das könnten Sie wesentlich einfacher vorbringen!

Gademann: Diese „kleinen Dinge“ habe er nicht mehr so gemerkt. Roth habe sie an den zuständigen Referenten gemeldet. Nach den Zeugenaussagen nehme er jetzt an, daß er bei Stauffer war. Stauffer, der tot ist, habe ihm wohl den Auftrag gegeben.

Schetter: Als „Küger“ Jurist müssen Sie zu Stauffer doch etwas gesagt haben. Warum war denn die Sache — 10 Tage nach Ausführung der Fahrt — so eilig?

Gademann: Eine bestimmte Behörde sei an der Autofahrt beteiligt und interessiert gewesen. Er habe die Staatsanwälte lediglich geholt. Es sei möglich, daß er dem Kria von der Waffensache sprach. Er könne sich nicht erinnern, da es sich um „einen der vielen Fälle“ handelte. Untermwegs habe er mit den

Staat aber mit Millionen Projektkosten belasten würden.

Dazu kommt, daß im Landtag nahezu eine Zweidrittelmehrheit — 292 bürgerliche Abgeordnete von insgesamt 450 Mitgliedern — den Vergleich will.

Kein Sozialdemokrat bestreitet, daß es ein ungeheures soziales Unrecht ist, wenn in einer Zeit des Massenelends so gewaltige Vermögen in die Hände weniger Familien gelangen — die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat das selbst in ihrer Erklärung ausgesprochen. Sie glaubt aber nicht, daß nach dem Verlangen des Volksobersteins und der Beschneidung im Reichstag eine gerechtere Lösung erreicht werden kann mit den Mitteln des parlamentarischen Abbaus.

Im übrigen haben die Kommunisten bei ihrem Spektakel noch ein sehr durchsichtiges Ziel im Auge. Sie wollen durch täglichen Krach ihre Anhänger ablenken von den schweren Auseinandersetzungen in der eigenen Partei, die diese dem völligen Zerfall entgegenzuführen drohen.

Die Sozialdemokratie will die Arbeiter aufklären. Dazu gehört auch Verständnis für die Probleme des Tages, bei deren Lösung der Wille der Mehrheit auch dann nicht außer Acht gelassen werden kann, wenn die Minderheit noch so groß war.

Wir wissen, daß wir nicht sprunghaft den Weg in die sozialistische Gesellschaft zurücklegen können. Das kommunistische Ausland hat das im übrigen zur Genüge gezeigt.

Die Werbewoche muß einen großen Schritt vorwärts bringen. So wird sie zum Vorteil der Arbeiterklasse gelangen, wie auch zum Nutzen jedes einzelnen.

Darum wirkt bei allen euren Arbeitssameraden, bei allen euren Bekannten und Freunden stets und vor allem in der Werbewoche für die Stärkung der sozialdemokratischen Partei, für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse, für die Auffüllung der politischen Organisation in der Sozialdemokratie!

Staatsanwälte über die Zusage nicht gesprochen. Er glaube, er habe die Herren in das Vorzimmer des Ministers geführt.

Schetter: Bei Gürtner ist mit keinem Worte von der Waffensache die Rede gewesen. Woher diese Widersprüche?

Gademann: Mit der Autofahrt sei seine Mission erledigt gewesen. Er habe sich nicht weiter gekümmert. Er verweigere das Zeugnis in bezug auf seine Mandanten Braun und Beuter.

Auf Frage von Levi: Ob Beuter und Braun am 14. März 1921 in Untersuchung waren, sei ihm nicht ersinnerlich.

Levi hält G. seinen „selbstgefertigten“ Schriftsatz von Beuter entgegen.

Gademann will von dem Haftbefehl am 18. März 1921 nichts gewußt haben.

Levi: Warum dann diese Eile? Wer hat sie über die Sache Zusam informiert?

Gademann: Er verweigere in diesem Punkte sein Zeugnis. Er habe wohl aus der Presse davon erfahren. (!) Es sei möglich, daß er von einem Mandanten davon hörte. (Wah!) Er sei als Vertreter der E. W. mit Kriebel zu Roth gegangen. Wer den Gang zu Roth anregte, wisse er nicht. Möglicherweise habe Kriebel den Schritt zu Roth veranlaßt. Von anderen Interventionen wisse er nichts. Er könne sich nicht erinnern. Die Fülle Dobner und Schweighardt könne er nicht. Von „H. V.“ sei er über den Fall Zusam unterrichtet worden.

Levi: Was ist Roth und Stauffer eigentlich vorgetragen worden?

Gademann: Ich kann mich nicht erinnern. Heute könne man die Dinge „bureaufrästisch“ betrachten.

Levi: Sie sind doch Verteidiger gewesen. Sie mußten sich doch weiter kümmern?

G.: Ja, um die Mord-, aber nicht die Waffensache!

Levi: Die Staatsanwälte erwarteten doch, zum Minister zu kommen! Wie kommt es, daß Roth von einem „einzig zulässigen Weg“ sprach?

Gademann: Gürtners Gedächtnis sei doch nicht mehr so stark. Er sei doch sterblich Referent gewesen.

Schäffer: Wer war denn der Referent?

Gademann: Nach den Zeugenaussagen müsse er bei Stauffer gewesen sein. Genau könne er das nicht sagen! Der Vorfall, den Kriebel erwähnte, hänge mit der Sache nicht zusammen. Mit Gürtner habe er über die ganze Sache nicht gesprochen.

Auf Frage von Kempes: Genau könne er sich an den Zeitpunkt der Uebernahme der Verteidigung von Beuter, Braun nicht mehr erinnern.

Mittelsmann (D. B.): Wie konnten Sie sich als Jurist zu einer Botenrolle hergeben? Warum haben Sie die Staatsanwälte nicht auf die Wichtigkeit der bedeutenden Waffensache aufmerksam gemacht?

Gademann: Als „junger Mann“ habe er den Auftrag übernommen. Warum ihm Stauffer den Auftrag gegeben, wisse er nicht. (Wie sehr wußte G. nicht, ob Stauffer ihm überhaupt den Auftrag gab!)

Auf Frage von Landsberg: Er könne sich nicht erinnern, daß er sich nach dem Ergebnis seiner Schritte erkundigt habe. (!) Möglich sei es schon!

Bodauf (Dem.): Wenn Sie Verteidiger waren, konnte die Sache doch für Sie nicht erledigt sein. Waren Sie schon Verteidiger, als Sie beim Minister waren?

Gademann beginnt zu stottern: Was er sich damals dachte, sei schwer zu sagen.

Auf Frage von Spuser (Dtschn.): Stauffer habe als Vertretungsmann von Roth gepliten. „Aus eigenem Recht“ sei er als Verteidiger aufgetreten auch in Strafsachen. Vor dem Schwurgericht freilich nicht.

Auf Frage von Schetter: Ich bin in London gewesen und habe meinen Aufenthalt abgebrochen, als ich die Neußerungen Levi hörte.

Schetter: Wie kamen Sie als nichtordentlicher Verteidiger zu einer unbeschränkten Sprechart für Beuter und zu einer Tasse Tee bei Staatsanwalt Kria?!

Gademann stockt und weiß nichts zu sagen. Möglicherweise habe er Kria gebeten, die Erstattung des ärztlichen Gutachtens zu beschleunigen. Auf neuerliche Fragen von Levi gerät G. in Verwirrung.

Levi: Haben Sie heute eine Vollmacht von Beuter?

G. stockt und sagt, er könne sie jederzeit nachbringen (sic!). Heute habe er keine Vollmacht. (Wah!)

Unterleitner: Wie kommen Sie mit Kria zum Teetrinken? Das ist doch nicht gewöhnlich?!

Gademann redet etwas drum herum.

Kodials Major Dhermaler: Schweighardt sei im Nachrichtendienst tätig gewesen, den er leitete. Einen direkten Verkehr mit den Agenten habe er nicht gehabt. Ihm sei von dem Waffenschatz auf Schloß Holzen nichts bekanntgeworden. Das müsse Major Passavant wissen.

Pracher wird aus dem Zuchthaus Straubing vorgeführt: Er wurde wegen verurteilten Landesverrats 1923 zu 14 Jahren Zuchthaus (1) verurteilt. Er sei 10 Jahre in Frankreich gewesen. Als er mit der Entente-Kommission in Verbindung kam, schlug man ihm deutschseits vor, Waffenangelegenheiten den deutschen Behörden bekanntzugeben. Es sei ihm Schweighardt als Vertrauensperson der Reichswehr zugeführt worden. Die Entente wollte Bayer nicht entwaffnen. Deswegen habe er die Waffenlager dem Schweighardt mitgeteilt, der ihm dafür Gelder gab, auch um die Entente-Delegationen zu bestechen. Schweighardt habe ihn einmal gepöbelt. Im Falle Zeller — 4. Oktober 1920 — habe er Bestauftrag. Best habe sich so benommen, als ob er eine Erpressung vornehmen wollte. Zeller habe Geld für die Mittelung des Angebers geboten. Dabei wurde er — Pracher — verhaftet. Er sei Glaser und Pöhner vorgestellt und dann entlassen worden. Glaser warnte ihn vor Schweighardt und forderte ihn auf, für die Polizei zu arbeiten. Glaser und Schw. seien Konkurrenten gewesen! Man habe sich gegenseitig die Waffen abgekauft, um Heeresgut zu verschleiern. Dohner habe er durch Best kennen gelernt. Dohner habe schon vorher mit Waffen gehandelt. Die Autofahrt sei nach Eintritt der Dunkelheit unternommen worden. In der Nacht habe ihn Böhm in München immer von einer Stelle zur anderen bestellt. Im Bureau von Glaser habe er dann 1000 Mark bekommen. Am nächsten Morgen habe er durch Daner von dem Mörderfall auf Dohner erfahren. Daner sagte ihm, daß man Dohner ermorden wollte. Daner bedrohte ihn. Er sei dann zu Glaser gegangen, der von nichts wissen wollte und auf Böhm wartete. Am nächsten Tage hielt er den Mordversuch an Dohner dem Glaser vor, der sehr verlegen war. Böhm habe auf Veranlassung von Glaser ihn in ein Nebenzimmer genommen und gesagt: Sandmayer — das waren die anderen. Böhm habe ihm dann 1000 Mark gegeben, die er nicht genommen habe, weil es sich um Blutgeld gehandelt habe. Bei Daner habe er Dohner getroffen, der ihm sagte, daß man ihn erdrosseln wollte. Garais habe er bei Daner getroffen. Garais verlangte von ihm Aufbedung. Vor allem wollte er wissen, ob höhere Stellen beteiligt waren. Glaser hatte die Autofahrt organisiert. Man wollte feststellen, ob Glaser die Sache Dohner begünstige oder duhe und ob die E. W. nicht mächtiger sei als die gesamte Polizei. Auf Vorhalt erklärte Glaser, daß er — Pracher — sich „gut“ halten solle. In der Sache Dohner sei Glaser ausgewichen. Zeller habe geäußert: „Dohner müsse weg“. Am Mitternacht sei er mit Garais und Anwälten zu Timm gegangen. Es sollte ein Telefongespräch geführt werden, um zu sehen, ob Glaser beteiligt war. Er habe mit Glaser so gesprochen, als ob er den Dohner um die Ecke gebracht hätte. Er habe angenommen, daß Glaser durch die Bemerkung Zellers, Dohner gehöre weg, im Wilde sei. Glaser habe er mit der Geheimnummer erreicht. Glaser stellte sich unter Senfrod vor. Nach dem Gespräch habe er angenommen, daß Glaser ihm nichts tue, auch wenn er einen Mord begehe.

Buchrunder droht mit Enthüllungen.

Was sagt Herr Gehler dazu?

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeindefusses des preussischen Landtags hat Major a. D. Buchrunder die folgende Erklärung abgegeben, deren Veröffentlichung namentlich vom Ausschuss zugestimmt wurde:

„Zu meinem Bedauern darf ich über die Vorgänge des Jahres 1923 nicht eingehend aussagen. Mich hindert erstens ein Schweigebot des außerordentlichen Gerichts in Kottbus, zweitens meine Verpflichtung der Reichswehr gegenüber. Der Reichswahrminister hat zwar am 13. August dieses Jahres zu einem meiner Vertreter gesagt: „Von mir aus kann sich Buchrunder an die Entente und an Polen wenden, das ist mir völlig gleichgültig.“ Ich fühle mich aber durch diese Äußerung von meiner Bindung nicht befreit. Wenn diese Bindungen befreit sind, dann werde ich nur in öffentlicher Sitzung aussagen. Der Grund ist folgender: In meinem Prozeß habe ich die Verantwortung für alles auf mich genommen und diese Rolle bis heute beibehalten. Ich habe aber inzwischen erfahren, daß einige beteiligte Offiziere und der Reichswahrminister, es damit nicht genug sein lassen, sondern mich unter Bezug auf die geheimen Gerichtsverhandlungen mit ehrenrührigen Vorwürfen bedacht haben, ohne mich zu hören und ohne meinen Antrag, mich zu hören, statzugeben. Ich war bereit, mir den Kopf abzulassen zu lassen, ich bin nicht bereit, mir die Ehre abnehmen zu lassen. Alle Wege zu einer gütlichen Vereinigung sind mir durch den Reichswahrminister versperrt. Ich bin jetzt einzig durch gerichtliche Mittel Klarstellung zu erzielen. Ich habe gegen meine Befehliger, soweit sie nicht durch den § 183 Reichsstrafgesetzbuch geschützt sind, Beleidigungsklagen und gegen den Oberst v. B. d. außerdem eine Anzeige wegen Meineides bzw. wissentlich falscher dienstlicher Meldung erstatten müssen. Ich hoffe ferner, durch einen in Vorbereitung befindlichen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens eine Klarstellung meiner Handlungswelt zu erreichen. Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren, die Prozesse zu verfolgen und zu bewirken, daß sie öffentlich stattfinden. Hier aber habe ich vor Beilegung der erwähnten Bindungen keine weiteren Aussagen zu machen.“

Unter diesen Umständen darf man auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit gespannt sein. Jedenfalls dürfte Herr Gehler jetzt nicht mehr mit einer Handbewegung und einigen schnoddrigen Bemerkungen über den Fall hinweggehen können. Allerdings muß verlangt werden — und dafür müßte sich vor allem auch der Untersuchungsausschuss mit allem Nachdruck einsetzen —, daß die kommenden Verhandlungen nicht wieder hinter verschlossenen Türen, sondern in vollster Öffentlichkeit geführt werden.

Ehrhardt als Stahlhelmführer.

Die Telegraphen-Union meldet aus Magdeburg: Kapitän Ehrhardt ist dem Stahlhelm beigetreten. Er wird künftig in enger Zusammenarbeit mit der Bundesführung des Stahlhelms politisch tätig sein. Dieses Bündnis des Kapitänsführers Ehrhardt mit dem Stahlhelm ist ein neuer Beweis dafür, daß sich der Stahlhelm immer mehr zu einer echten Putschistenorganisation entwickelt. Wenn jetzt der militärische Leiter des Rapp-Bundes entscheidenden Einfluß auf die Leitung des Stahlhelms gewinnt, so kann man sich danach vorstellen, welche Wege der Stahlhelm in Zukunft einschlagen wird.

Hungerstreik im Kottbuser Gefängnis.

Seit Sonnabend früh befinden sich die politischen Gefangenen des Kottbuser Zentralgefängnisses im Hungerstreik. Sie fordern Abänderung einiger Punkte der Verordnung des preussischen Justizministeriums über die Behandlung politischer Gefangener. Ihre Forderungen sind dem preussischen Justizministerium zugeleitet worden.

Der englische Parteitag.

Lebhafte Debatte über die Unterstützung der Bergarbeiter.

SPD. London, 12. Oktober. Im Mittelpunkt des zweiten Tages der Labour-Konferenz stand nochmals die Bergarbeiterfrage. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Ross unterbreitete dem Kongress eine Resolution, in welcher gegen die Haltung der Regierung während der ganzen Dauer des Bergbaukampfes und insbesondere gegen die gefürchtete Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau als einer Kapitulation vor den Unternehmern protestiert wird. Die Entschließung empfiehlt als einziges Mittel zur Lösung der Probleme des Bergbaues und zur Wiederherstellung der Gesundheit der Industrie die Nationalisierung der Kohle auf der Basis des Nationalisierungsplanes, den der Bergarbeiterverband der königlichen Kommission unterbreitet hat und welcher die offizielle Billigung der Gewerkschaften sowie der Exekutive der Arbeiterpartei und der Fraktion der Partei im Unterhaus bereits gefunden hat.

Im Namen der unabhängigen Arbeiterpartei wandte sich der schottische Abgeordnete Kirkwood mit der Begründung gegen die Entschließung, daß sie den Arbeitern in ihrem gegenwärtigen Kampf keine tatsächliche Hilfe brächte. Dieser Auffassung schlossen sich ein Dutzend Redner, darunter eine Reihe Delegierter aus den Kohlenrevieren an, wobei insbesondere die Forderung nach einer prozentualen Lohnabgabe für die Bergarbeiter und nach einer Kohlenanwartsparier erneuert wurde. Als sich der Sekretär der Eisenbahner Thomas zum Wort meldete, entstand ein derartiger Tumult, daß dem Redner erst durch Intervention des Vorsitzenden das Wort verschafft werden konnte. Thomas wandte sich unter Hinweis auf die seit dem Generalstreik eingetretene Notlage der Gewerkschaften gegen alle prozentualen Abgaben. MacDonald, der hierauf das Wort ergriff, betonte, daß die Annahme der Resolution keineswegs praktisch bedeutungslos sei, da sie die nächste Arbeiterregierung auf die Nationalisierung des Bergbaues festsetze. Der Kampf um die Kohle werde nach Abschluß des gegenwärtigen Kampfes in das Unterhaus verlegt werden. Die Abstimmung ergab rund 2 Millionen Stimmen für und 1 Million gegen die Resolution. Der Kongress brachte Ramsay MacDonald, der am Dienstag seinen 80. Geburtstag feierte, bei Beginn der Sitzung eine Ovation dar.

Der Chef der Rheinarmee bei Briand.

SPD. Paris, 13. Oktober (Radio). Außenminister Briand empfing am Dienstagabend den kommandierenden General der französischen Rheinarmee, Guillaumat. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um eine neue Verminderung der Besatzungstruppen. Der Generalstab der Rheinarmee hat schon vor einigen Tagen dem Kriegsministerium in einem Bericht vorgeschlagen, die Stärke der Besatzungstruppen abermals um ein Viertel zu vermindern. Es blieben dann nur noch zwei französische Korps im Rheinland. Gleichzeitig soll auch die selbständige Kavalleriedivision aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich zurückverlegt werden. General Guillaumat wird am Mittwoch mit dem Kriegsminister Painlevé und dann mit dem Ministerpräsidenten Poincaré ebenfalls über die Herabsetzung der Besatzungsstärke verhandeln. Ministerpräsident Poincaré, der im Laufe des Dienstag auf seiner Reise durch Elsaß-Lothringen nicht nur zahlreiche Schulen besuchte, sondern auch verschiedene Abordnungen und Politiker empfing, erklärte bei einer Aussprache über das Zollproblem, daß die französische Regierung nicht daran denke, das Saargebiet in irgendeiner Form vorzeitig wieder an Deutschland zurückzugeben. Die Regierung sei entschlossen, unter allen Umständen die im Vertrag von Versailles festgesetzten Termine einzuhalten.

Nach Thoiry.

SPD. Paris, 12. Oktober. (Radio.) Am Montagabend wurde amtlich erklärt, daß im Anschluß an die Besprechungen von Thoiry die Arbeiten der Sachverständigen sowohl auf französischer Seite wie auf deutscher Seite weitergegangen seien. Beide Regierungen arbeiten vorläufig getrennt an der Aufstellung eines Gesamtplanes und an der Feststellung solcher Punkte, die gegebenenfalls Gegenstand von Zugeständnissen von der einen oder der anderen Seite werden könnten.

Diese amtliche Erklärung der französischen Regierung ist sicher zurückzuführen auf Meldungen, die davon sprachen, daß zwischen Poincaré und Briand Unstimmigkeiten aufgetreten seien. Die ferner wissen wollten, daß in den Verhandlungen zwischen Paris und Berlin kein weiterer Fortschritt zu verzeichnen sei.

Die französische Heeresreform.

Kriegsminister Painlevé hat der Armeekommission der Kammer mitgeteilt, daß in drei bis vier Tagen das ganze Geheiß über die neue Heeresreform, die die einjährige Dienstzeit bringen soll, fertiggestellt sei. Das Geheiß müsse dann allerdings noch dem Kabinett und dem Obersten Kriegsrat zur Vorprüfung vorgelegt werden, könne aber doch voraussichtlich Mitte Oktober schon der zuständigen Kammerkommission zugeleitet werden.

Paul-Boncour.

Der sozialistische Abgeordnete Paul-Boncour, der schon seit längerer Zeit wegen seines Amtes als Völkerbunddelegierter Auseinandersetzungen mit seiner Parteileitung veranlaßt hat, wird am Mittwoch von der künftigen Verwaltungskommission (Partei-Vorstand) der Sozialistischen Partei über seine Stellung gehört werden. Die Kommission wird dann einen Bericht ausarbeiten und diesen dem am 31. Oktober stattfindenden Parteitag zur Beschlussfassung unterbreiten. Der sozialistische Bezirksverband des Departements Tarn (das ist Paul-Boncour's heimatlicher Wahlkreis) zur Kammer. Red. v. L. W.) hat Paul-Boncour vorgeschlagen, sich als Kandidat für eine im Januar stattfindende Senatswahl aufstellen zu lassen. Paul-Boncour hat sich seine Entscheidung vorbehalten.

Am die Eisenbahnobligationen.

Ein offizieller französischer Schritt.

Havas meldet aus Washington, daß das amerikanische Staatsdepartement im Laufe der Woche von der französischen Regierung offiziell mit dem Plan der Mobilisierung der deutschen Dames-Obligationen beauftragt werden dürfte. Die belgische Regierung soll ihren Vertreter in Washington bereits angewiesen haben, sich dem französischen Schritt anzuschließen. Von der zuständigen Stelle in Paris wird die Richtigkeit dieser Meldung bekräftigt. Dagegen scheint noch nicht festzustehen, welchen Charakter das französisch-belgische Vorgehen haben wird, d. h. ob es sich darum handelt, die Genehmigung der nordamerikanischen Regierung zur Unterbringung eines Teiles dieser Obligationen auf den amerikanischen Märkten zu erhalten, oder ob es den beiden Regierungen vielmehr zunächst nur darum zu tun ist, die amerikanischen Prioritätsrechte auf den Erlös aus einem eventuellen Verkauf der deutschen Obligationen klarzustellen. In dem zwischen den Alliierten und der amerikanischen Regierung getroffenen Abkommen vom 14. Januar 1925, durch das die Bezahlung der rückständigen Kosten der amerikanischen Rhein-

landsbesetzung auf einen längeren Zeitraum verteilt wird, war vorgesehen, daß die Vereinigten Staaten schon früher befriedigt werden sollen, falls es gelingen würde, einen Teil der Dames-Obligationen flüssig zu machen. Da sich die amerikanischen Ansprüche auf rund eine Milliarde Goldmark belaufen, würde das finanzielle Ergebnis einer Mobilisierung in erster Linie Amerika zugute kommen. Die eingeleiteten Verhandlungen scheinen zu bezwecken, Amerika zum Verzicht auf dieses Prioritätsrecht zu bestimmen.

Thüringer „Liberalismus“.

Aus Weimar wird dem Soz. Pressedienst geschrieben: Im Lande Thüringen sind jetzt Bestrebungen im Gange, anlässlich der Neuwahlen zum Thüringer Landtag neue Parteigruppierungen zu schaffen. Es besteht zwar auch in Thüringen eine liberale Vereinigung, aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Bisher ist sie wenigstens noch nicht an die Öffentlichkeit getreten. Aus dieser liberalen Vereinigung soll sich nun eine neue Partei bilden, die die linke Volkspartei und die rechten Republikaner vereinigt. Der eigentliche Organisator dieser „neuen Partei“ ist der bekannte Strafrechtslehrer an der Jenaer Universität, Professor Gerland, der bereits im Jahre 1904 der schärfste und hemmungsloseste Antreiber für den Thüringer Verbotsblock war. Damals schon spekulierte er falsch und setzte sich zwischen zwei Stühle. Der Volkspartei war zwar seine Tätigkeit willkommen, aber die Demokraten haben ihm die Gefolgschaft verweigert. Zu Professor Gerland hat sich bereits der Beamtensprecher im Thüringer Landtag, Studentrat Kühn, gestellt, der bis vor Jahresfrist Hospitant bei den Demokraten war, und jetzt ein eifriger Verfechter der ordnungsbünderischen Gewalttätigkeit in Thüringen geworden ist. In erster Linie bezwecken diese beiden „Politiker“ mit dieser „Neuen Partei der Mitte“, Demokraten und Volksparteier, neben gewissen Wirtschaftsgruppen eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zusammenzubringen. Ihre Parole für den Wahlkampf soll lauten: Verhinderung einer neuen sozialistischen Mehrheit im Thüringer Landtag — ihr Wahlprogramm entspricht dem des Ordnungsbundes von 1924.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Wie der „Deutsche Handelsdienst“ berichtet, sind die unterbrochenen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen worden. Die Besprechungen werden in zwei getrennten Kommissionen geführt. Die wichtigste Beratung wird in der Abteilung für Zollfragen stattfinden. Polen verlangt die Einfuhrerleichterung von Bier und Fleisch und eine Frachtermäßigung für die durch Deutschland rollenden polnischen Transporthüter, besonders aber für Holz und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Deutschland wünscht eine bedeutende Zollermäßigung für Farbstoffe, Webwaren, Uhren und Stiefel. Polen verlangt ferner die Abnahme eines monatlichen Kontingents von dreihunderttausend Tonnen Kohle durch Deutschland, während die Gegenofferte bisher nur auf 70 000 Tonnen Kohle lautete. Wegen des Kohlenkontingents hat seinerzeit der Zollkrieg begonnen. Die deutsche Delegation soll, wie polnische Blätter melden, nachfolgende politische Forderungen gestellt haben: Der deutsche Seeland in Warschau soll das Recht haben, in polnischen Gefängnissen wegen politischer Delikte inhaftierte Reichsdeutsche zu besuchen. Bei Ausweisung von Reichsangehörigen aus polnischen Gerichten soll der deutsche Seeland gehört werden. Außerdem müßte als kritische Frage noch der Punkt des Niederlassungsrechtes, worüber bisher keinerlei Verständigung erzielt werden konnte. Angesichts dieser vielen ungelösten Fragen sind die Aussichten der bereits seit zwei Jahren dauernden Verhandlungen nicht gerade sehr glänzend.

Verlängerung des Handelsvertrages mit Mexiko.

Wie Berliner Blätter berichten, ist durch Vereinbarung zwischen dem deutschen und der mexikanischen Regierung das Auslieferungsvertrags des zum 21. Oktober 1926 gefälligenden deutsch-mexikanischen Handels-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrags vom 6. Dezember 1882 bis zum 21. April 1927 hinausgeschoben worden. In der Zwischenzeit sollen die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Mexiko zum Abschluß gebracht werden.

Stürmischer Abschluß des Richtertages.

In der Schlußsitzung des Richtertages kam es noch zu einem stürmischen Zwischenfall. In der Debatte um den Republikanischen Richterbund ließ sich ein Redner zu wüsten Angriffen auf die Antipresse verleiten. Seine Ausführungen verursachten lärmende Gegenäußerungen und schließlich tobte ein regelrechter Tumult. Etwa 15 Delegierte verließen demonstrativ den Saal. Mehrere Mitglieder vom Vorstandstisch eilten ihnen nach. Die Stimmung war aber bei einer solchen Siedehöhe angelangt, daß die Verhandlungen im Eiltempo beendet wurden.

Konferenz der Innenminister.

Der Reichsminister des Innern plant für Mitte November die Einberufung einer Konferenz der Innenminister der Länder nach Berlin. Die Konferenz wird sich mit allen zwischen dem Reich und den Ländern schwebenden innerpolitischen Problemen befassen. Die Kleinfalberfrage dürfte ebenfalls zur Debatte stehen.

Ein polnischer Marineffandal.

Vor dem Militärbezirksgericht in Warschau begann am Montag ein großer Prozeß gegen ein höheres Marineoffiziers mit Kapitän zur See Bartojewicz an der Spitze. Alle sind angeklagt, mit der Thorneer Firma Erbslein, Marzall u. Co., welche der Marine Unterwasserminen lieferte, zum Schaden des Fiskus jahrelang groß angelegte Betrugsereien betrieben zu haben. Infolge der Anklage gegen Bartojewicz und Genossen sind auch der Chef der Marineverwaltung Admiral Worembski und sein Stellvertreter Konteradmiral Kloczowski ihrer Posten enthoben und unter Anklage gestellt worden, doch wird ihr Prozeß besonders geführt. Die Anklageschrift umfaßt nicht weniger als 200 Seiten in Maschinenschrift. Angesichts des umfangreichen Anlagematerials wird damit gerechnet, daß der Prozeß mindestens einen Monat dauern wird. Die polnische Kriegsmarine zählt kaum ein halbes Duzend kleinerer Schiffe.

Der frühere Kriegminister Generaloberst von Seezingen, Präsident des Ruffhäuser-Bundes, ist am Sonnabendmorgen in Berlin an Herzschwäche im Alter von 78 Jahren verstorben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Lebmann in Leipzig
Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Seppand in Leipzig
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Leipzig-Gesellschaft, Leipzig

Bandwürmer zehren am Menschen und schaden der Gesundheit; das Spezial-Bandwurmmittel ist billig, leicht einnehmbarer Form, wirkt sicher. Allein echt Kölnig-Salomo-Apothek (Ecke Nikolaistraße). Postversand nach auswärts. Grimmalsche Straße 17
Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Das Ende des Landtages.

197. Landtags-Sitzung vom 12. Oktober 1926.

Nach Eröffnung der Sitzung meldete sich der Kommunist Dr. Schminde zur Geschäftsordnung zum Worte. Er erklärte, der Minister des Innern habe eine Anweisung herausgegeben, die den Versammlungsdienst durch die Polizei betreffe. Die Arbeiterschaft solle terrorisiert werden. Die Kommunisten beantragten, die Angelegenheit heute auf die Tagesordnung zu setzen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Versammlungsrechts trat Genosse Liebmann für die Behandlung ein. Der Antrag Schminde wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Günther teilte in einem Schreiben an das Präsidium mit, daß er der Reichspartei des deutschen Mittelstandes beigetreten sei und sie im Landtage vertreten.

Die Vergabungsaufträge für Kleinpflaster.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der Bericht des Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der von der sächsischen Regierung im Jahre 1925 erteilten Aufträge von Kleinpflaster. (Unser Leser ist über die Ausschuhverhandlungen laufend unterrichtet worden.)

Die Mehrheit des Ausschusses beantragt, vom dem Berichte des Ausschusses zum Kenntnis zu nehmen. Der Berichterstatter, der Deutschnationale Grelmann, übte an der Handhabung des Submissionswesens durch die Regierung abfällige Kritik.

Der Volksparteiler Dr. Hartwig verteidigt die Regierung gegen die Vorwürfe rechtswiderlicher Vergabung von Aufträgen. Für die Kommunisten sprach Dr. Schminde, der sich durchaus auf den Standpunkt des Berichterstatters stellte.

Finanzminister Dr. Dehne behauptete, die Vergabungsvorschriften hätten die Regierung in die Lage versetzt, freihändig vorzugehen. Der Vorwurf, daß die Preise zu hoch waren, zu denen die Aufträge vergeben wurden, ist richtig. Die Feststellung der zu hohen Preise sei aber erst hinterher möglich gewesen.

Herr Franz von den Dreihundwanzig gestiefel sich in der Rolle des freiwilligen Regierungskommissars.

Abg. Wetzel (Soz.):

Auf Grund der Feststellungen des Untersuchungsausschusses ist der Nachweis als erbracht anzusehen, daß eine Begünstigung einzelner Firmen stattgefunden hat und hierdurch eine schwere finanzielle Schädigung des Staates herbeigeführt wurde. Die Regierung, in der vier Minister sitzen, die sich noch immer Sozialdemokraten nennen, hat einen der wichtigsten Grundzüge der sozialistischen Wirtschaft, eine Einrichtung, die die Allgemeinheit schützen soll, in Anspruch zu nehmen, nicht beachtet. Warum hat sich die Regierung nicht der Landesprelsprüfungsstelle (Zurufe rechts: Was!) bedient? Es ist eine Nachlässigkeit des Finanzministeriums gewesen, in jeder Zeit die Landesprelsprüfungsstelle nicht zu befragen. Denselben Vorwurf, den die Deutschnationalen gegen die Regierung erhoben hat, hätten sie aber auch gegen die kleinen Unternehmer erheben müssen, die damals mitbedient und geschwiegen haben. Die Regierung wird am besten vor solchen Dingen geschützt, wenn der Staat auf die eigene Regie zukommt. Die Gemeinwirtschaft steht unter der strengsten Kontrolle der Defizientität.

Nach stundenlangen Debatten wurde der Bericht der Minderheit mit den Stimmen der Koalition abgelehnt und darauf der Bericht der Ausschuhmehrheit mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

Gemäß den Vorlagen bewilligte das Haus die im Etat für 1927 eingezeichneten Mittel für Erweiterungsbauten in der Anstalt Hoch- und Weichschmelze und beim Hauptamt Leipzig im voraus.

Weiter wurden bewilligt 2 1/2 Millionen Mark zugunsten der Schwammeregeschädigten.

Dann trat das Haus in die zweite Beratung ein über

die Anträge und Vorlagen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Das Haus brachte — nach der schwachen Belegung zu schließen — dieser wichtigen Frage, nachdem man sich im Ausschuh eingehend darüber unterhalten hatte, nur noch geringes Interesse entgegen.

Es lagen folgende Ausschuhentwürfe vor: Erhöhung des Kapitalbestandes des staatlichen Kraftwagenunternehmens zum Zwecke der rechtzeitigen Beschaffung von Kraftomnibussen von 40 000 000 M. auf 68 000 000 M.

Genehmigung der Einstellung mit Titel 12a des Nachtrags zum außerordentlichen Etat betreffend weitere Kapitalbeteiligungen an der in eine „Dresdner Ueberland-Berke G. m. b. H.“ umzuwandelnde Straßenbahn Loßwitz-Pläusch, A. G.

Bewilligung des Berechnungsgeldes für die Beteiligung an den Arbeiten zur Vervollendung des Mittelaltkanals einschließlich des Stützriegels.

Bewilligung der Mittel für den Bau der Talsperren bei Kriebitzsch in der Zschopautale, sowie bei der Lehmühle in Flur Reichstädt im Tale der Wilden Weseritz.

Genehmigung des Nachtrags zum Staatshaushaltplan 1926.

Weiter beantragt der Ausschuh die Annahme des Antrags Arzt und Genossen (Soz.) mit der Aenderung, daß Ziffer 1 folgende Fassung erhält:

Die Regierung zu ersuchen, sofort bei der Reichsregierung energische Schritte zu unternehmen, um Erwerbslosenunterstützung ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit zur Auszahlung zu bringen.

Es lagen mehrere

sozialdemokratische Minderheitsanträge

vor. Die Regierung wird ersucht, bei Vergabung der Aufträge und Kostlandsarbeiten, sowie der Zuschüsse die Unternehmungen zu berücksichtigen, die 1. die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vereinbarten tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten, 2., soweit angängig, gemeinwirtschaftliche Unternehmungen (Bauhilfen) darstellen.

Dann soll die Regierung im Verordnungswege anordnen, daß a) die Bewilligung für Ueberseitarbeiten, soweit diese über die tariflich vereinbarte regelmäßige Arbeitswoche hinausgehen und soweit diese nicht aus Sicherheitsgründen notwendig sind, eingestellt wird; b) ohne Gutachten der zuständigen Gewerkschaften Ueberstundenbewilligungen überhaupt nicht erteilt werden dürfen; die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung schleunigst darauf hinzuwirken, daß durch Erlass einer Rechtsverordnung der Nachmittagsarbeit wieder eingeführt wird.

Abg. Graupe (Soz.):

Es muß zugegeben werden, daß in den Sitzungen des Ausschusses auch die bürgerlichen Parteien sich jetzt Mühe gegeben haben, der Not der Erwerbslosen Rechnung zu tragen. Sie haben offenbar jetzt selbst eingesehen, daß der Aufbau der deutschen Wirtschaft, den sie nach dem Jahre 1923 mit allen Kräften fordern wollten, nicht eingetroffen ist, daß sich vielmehr der Abbruch der deutschen Wirtschaft in einer Art und Weise ausgewirkt hat, die direkt blamabel für die sogenannten deutschen Wirtschaftsführer ist. Das festzustellen, ist notwendig, um nicht irgendwelche Illusionen für die arbeitenden Klassen, vor allem nicht für die nächsten Jahre, zu erwecken.

Wir haben in den nächsten Monaten mit einer Million ausgesteuerten Erwerbslosen zu rechnen, in Sachsen allein mit 100 000 ausgesteuerten Erwerbslosen. In einer Sitzung des Landesausschusses für Arbeitervermittlung haben die Delegierten der Arbeitsämter in Plauen, in Leipzig usw. festgestellt, daß, wenn die Unterstützungsbauer für die Erwerbslosen nicht verlängert wird, wenn nicht auch diejenigen, die bereits 52 Wochen arbeitslos sind, eine

längere Unterstützung bekommen aus der Erwerbslosenfürsorge, im November, Dezember und Januar das Fürsorgewesen vollständig zusammenbrechen wird.

In Sachsen liegen die Verhältnisse prozentual gegenüber den übrigen deutschen Bundesstaaten noch wesentlich ungünstiger. Auf 1000 Einwohner gerechnet kommt auf das Reich eine Erwerbslosenziffer von 25,7, für Sachsen eine Ziffer von 37,1 Erwerbslosen. In Sachsen kommt jede Wirtschaftskrise viel härter zum Ausdruck und aus dem Grunde hätten wir gewünscht, daß die Vorlagen der sächsischen Regierung bereits in diesem Frühjahr dem Landtag vorgelegt worden wären. Aber die Vorlagen, denen wir zustimmen werden, sind auch durchaus nicht ausreichend.

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt angewiesen, daß die Gemeinden 50 Prozent als Beihilfe aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge überweisen bekommen sollen zur Unterstützung der Ausgesteuerten.

Wo die Gemeinden die übrigen 50 Prozent Unterstützungsgelder hernehmen sollen, das scheint uns heute allerdings noch ein Rätsel zu sein. Der sächsische Staat jedenfalls wird, meiner Ueberzeugung nach, gar nicht imstande sein, den Gemeinden die übrigen 50 Prozent oder auch nur 40 Prozent zuzuwenden, denn der sächsische Staat ist in seinen Finanzen genau so bankrott geworden durch seine falsche Steuerpolitik (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten, wie leider durch die falsche Steuerpolitik des Reichs und durch den ungerechten Finanzausgleich auch die Finanzen der Gemeinden bankrott geworden sind. So sieht es heute aus. Wenn der Herr Finanzminister Dr. Dehne feststellt hat, daß wir in Sachsen mit einem Defizit von 70 000 000 bzw. 72 000 000 M. zu rechnen haben, so beweist das, daß wir in den letzten Jahren seit der Koalitionserregung eine vollständige Bankrottsfinanzpolitik getrieben haben. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Und zwar eine Bankrottsfinanzpolitik auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Weil wir keine katastrophalen Zusammenbruch des Fürsorgewesens erkennen, haben wir bekanntlich vor einigen Wochen den Antrag gestellt, daß die sächsische Regierung energische Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen hat, unbedingt den Erwerbslosen die Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit zuzugestehen. Dadurch werden auch die Gemeinden und die Bezirksverbände entlastet.

Diese Vorlagen der sächsischen Regierung sind, wie schon gesagt, leider zu spät gekommen. Allerdings sind es auch Vorlagen, die finanziert werden aus Reichsmitteln. Hätte die sächsische Regierung unsern Antrag vom 2. Februar Folge geleistet, hätte sie versucht, auf dem Anleihewege Mittel zu beschaffen, um noch vor den Wintermonaten die Vorarbeiten zu erledigen für die Kostlandsarbeiten, dann wären erstens die Kostlandsarbeiten heute zum Teil in Betrieb genommen und zweitens würden die Kostlandsarbeiten lange nicht soviel Ausgaben verursachen, als sie jetzt leider in den Wintermonaten bringen werden.

Dann noch einige Worte zu den Aufträgen, die auf Grund der Vorlagen vom Staat vergeben werden sollen. Da wünschen wir, daß alle Kostlandsarbeiten ausgeschrieben werden, damit solche Zustände, wie sie mein Parteifreund Wetzel bei der Kleinpflastergeschichte an einzelnen Beispielen vorgebracht hat, nicht auch bei den Kostlandsarbeiten in Erscheinung treten. Wir wünschen, daß zu allen solchen Arbeiten die Bauhilfen mit herangezogen werden sollen.

Wir verlangen auch in dem Minderheitsantrage nach der Drucksache Nr. 2017, daß die zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden vereinbarten tariflichen Löhne und Arbeitsbedingungen eingehalten werden, daß nicht eine Ueberstundenwirtschaft bei den Kostlandsarbeiten und bei den sonstigen Aufträgen des Staates in Erscheinung tritt, die den Wert der Kostlandsarbeiten vollständig untergräbt oder beseitigt.

Wir hätten gewünscht, daß außer dieser Arbeitsbeschaffungsvorlage die Regierung endlich dazu kommen möchte, Arbeit bereitzustellen, um den Wohnungsmarkt zu beleben. Unser Antrag ist abgelehnt worden, man hat sie als Agitationsanträge bezeichnet. Im Berliner Stadverordnetenkollegium haben die deutschnationalen Stadverordneten beantragt, die Berliner Stadtverwaltung soll, um den Wohnungsbau zu fördern, eine Anleihe von 120 Millionen Mark aufnehmen. Wir haben damals bloß 30 Millionen gefordert. (Abg. Arzt: Sehr richtig!) In Berlin, wo die Deutschnationalen in Opposition stehen, da erlaubt man sich, solche Anträge zu stellen, und also wir am 2. Februar diesen Antrag stellten, 30 Millionen Mark bereitzustellen und den Wohnungsmarkt zu beleben, ist man mit einer glatten Geste darüber hinweggekommen. Das ist äußerlich charakteristisch für die politischen Handlungen bestimmter Parteien. Deswegen werden wir dem Minderheitsantrage von Glombiza, der verlangt, daß die Regierung den Gemeinden und den gemeinnützigen Baugenossenschaften 16 Millionen Mark zins- und tilgungsfrei zur Verfügung stellen soll, zustimmen.

Wir sind aber gegen den Antrag von Herrn Dr. Schardt, der 16 Millionen Mark den sogenannten privaten Leuten zuweisen will zur Finanzierung des Wohnungsbau, denn durch diesen Antrag würde der Hausbesitz ohne Zweifel wieder zu einer Erwerbsquelle für bestimmte Personen werden.

In den nächsten Wochen,

sobald die Wahlen vorüber sind,

werden wir mit einer ungeheuren Preiswelle zu rechnen haben. Die Bildung der Truppe von Eisen und Stahl werden zu einer kolossalen Preissteigerung führen, wird sich auswirken auf die Preisbildung der fertigen Industrie, und das wird zur Folge haben, daß man den Mietzins nicht nur auf 100 Prozent, sondern auf 150 Prozent und darüber erhöht. Diese Gedanken, die der preussische Wirtschaftsminister zum Ausdruck gebracht hat, sind zweifellos nicht bloß Gedanken eines Ministers, sondern Gedanken einer bestimmten Richtung, die darauf ausgeht, den Mietzins der vorhandenen Wohnungen mit dem der jetzt erbauten Wohnungen gleichzustellen.

Deshalb legen wir als Sozialisten: Wollen Sie diese Preissteigerung verhindern, wollen Sie diese Preiswelle unterbinden, dann müssen Sie ganz andere Wege einschlagen. Da muß der Staat als Preisregulator auftreten und versuchen, den Wohnungsmarkt durch eigene Regie und gemeinnützige Bautätigkeit so zu beleben, daß eine derartige Preissteigerung unterbunden wird.

Abg. Voigt hat sich im Ausschuh darüber beschwert, daß alte Angehörte entlassen werden sind ohne Rücksicht auf die Familienmitglieder, die sie noch zu ernähren und zu erziehen haben. Deshalb wäre es zweckmäßig, wenn Sie in der Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei auf das unsoziale Vorgehen der Unternehmer hinweisen würden. Das können Sie natürlich nicht, und aus dem Grunde haben Sie als christlicher Gewerkschaftssekretär gegen unsre Anträge gestimmt, daß die Ueberstundenarbeit ohne vorherige Begutachtung der Gewerkschaften nicht bewilligt werden soll. Diese Ueberstundenforderung eines früheren sozialistischen Ministers hat bereits bestanden, ist aber aufgehoben worden durch die Koalitionsregierung.

Am Schluß seiner wirkungsvollen Ausführungen erklärte Graupe:

Wenn heute Staat, Gemeinden und Bezirksverbände finanziell beim Null angelangt sind, so ist das in erster Linie auf die Steuerpolitik der jetzigen Koalitionsparteien und der Deutschnationalen Partei zurückzuführen.

Die Wirkung dieser Steuerpolitik im Reich wie auch in Sachsen wird dazu führen, den Notstand zu verschlimmern. Was sind das für Zustände, wenn man nicht weiß, daß in Dippoldiswalde ein Ritzergutsbesitzer und Mitglied des Kirchenvorstandes überhaupt

keine Steuern bezahlt hat. Wo bleiben die Finanzämter, um hier eine energische Buchführung vorzunehmen? Den Kleindauern, den Kleingewerbetreibenden wird die Buchführung nachgeprüft bis ins einzelne, aber an die Großgrundbesitzer, an die Großindustriellen wagt man sich nicht heran. Deshalb rufen wir der sächsischen Wählerschaft zu:

Nächt euch am 31. Oktober und stimmt für die Sozialdemokratische Partei!

(Bravo! links.)

Der Kommunist Glombiza vertrat die Minderheitsanträge, seiner Fraktion, wobei er sich und seine Gefinnungsgenossen als die einzig waren Freunde der Arbeiterschaft hinstellte.

Ein deutschnationaler Minderheitsantrag forderte 15 Millionen Mark für den Wohnungsbau an private Unternehmer.

Herr Langhorst stimmte namens der Dreihundwanzig den Regierungsvorlagen und den dazu gefassten Ausschuhbeschlüssen zu. Die gegenwärtige Regierung und damit auch die Koalition könne sich mit dem, was sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet habe, sehen lassen. Die Ausführungen des Abg. Graupe waren nicht der Ausdruck seiner wahren inneren Ueberzeugung gewesen, wobei Langhorst schon 3 1/2 Jahre zurückliegenden Vortrag im Zwickauer Stadtparlament gegen unsern Genossen Graupe aussprechen zu sollen glaubte.

Genosse Graupe erwiderte auf der Stelle und bezeichnete die Darstellung des Borredners als Verleumdung.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlagen in der Ausschuhfassung.

Die Minderheitsanträge wurden abgelehnt, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Antrags, bei Vergabung der Aufträge und Kostlandsarbeiten die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen (Bauhilfen) zu berücksichtigen, der gegen die Stimmen der Bürgerlichen Annahme fand.

Der Antrag Blüher (D. Sp.) auf Zuteilung von Reichsmitteln an Länder und Gemeinden zur Behebung der Arbeitslosigkeit, fand ohne Aussprache einstimmige Annahme.

Es folgte endlich der Antrag Blüher wegen Vorlegung einer Vorlage über Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Es werden bekanntlich

30 Millionen für Tief-, Hoch- und Wasserbauten

gefordert. Der Haushaltsausschuh A empfahl seine Annahme mit einigen Aenderungen und Ergänzungen. So soll bei der Reichsregierung auf baldige Aufstellung und Durchführung eines Finanzprogramms des Reichs für den Wohnungsbau gedrungen werden.

Ein sozialdemokratischer Minderheitsantrag ersuchte, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: die Regierung zu ersuchen, umgehend dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten, durch die ausreichende Anleihemittel für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt werden.

Genosse Liebmann:

Der Antrag Blüher ist ein wahlbenagotischer Antrag. (Sehr richtig! v. d. Soz.; Unruhe rechts.) Wenn es dem Abg. Blüher recht gewesen wäre, daß rechtzeitig etwas für die Erwerbslosen geschieht, dann hätte er für die „Sprungungsanträge“ der Sozialdemokratie vom 2. Februar eintreten müssen. Wir haben damals auch beantragt, die notwendigen Mittel aus Steuern und nicht aus Anleihemitteln aufzubringen. Sie (zur Volkspartei) haben das Gegenteil getan und dem Besten geschenkt. Wenn Sie jetzt mit wollen, so wollen Sie damit nur nach außen Eindruck machen; denn Ihrem Antrage die Gelder aus Anleihemitteln bereitgestellt werden Ihnen ist es bekannt, daß die Regierung erklärt hat, daß auf Anleihemittel nicht zu rechnen ist. Wir haben im Februar verlangt, daß 30 Millionen für den Wohnungsbau flüssig gemacht und zur Verfügung gestellt werden. Herr Blüher hat damals darüber gehandelt und behauptet, wir glaubten selbst nicht an die Durchführbarkeit unseres Antrags. Und nun kommt man, wo der Landtag zu Ende geht und die Wahlen bevorstehen, mit dem Antrag Blüher, der 30 Millionen Mark für Tief-, Hoch- und Wasserbauten fordert. Und bei seiner Annahme wird wohl für solche Bauten etwas getan, aber für den dringenden notwendigen Wohnungsbau geschieht nichts. Unser Antrag ist im Ausschuh nur deshalb mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden, weil die „Mietervertreterin“, Frau Wätzer, mit den Bürgerlichen gestimmt hat. Liebmann erklärt am Schluß, daß die Sozialdemokraten trotz allem für den Antrag Blüher stimmen werden, weil er eine Belebung des Arbeitsmarktes bezweckt, ersucht aber auch um Annahme des sozialdemokratischen Antrages als Ergänzung, weil er am besten den Lebensnotwendigkeiten des sächsischen Volkes entspricht.

Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag Blüher angenommen, der sozialdemokratische Minderheitsantrag dagegen abgelehnt. Die sogenannten Alten Sozialdemokraten stimmten gegen die Aufnahme von Anleihemitteln für den Wohnungsbau!

Damit war die Tagesordnung aufgearbeitet.

Präsident Winkler erklärte, daß die heutige Sitzung vermutlich die letzte ist, die der alte Landtag abhält. (Woh! Bravo! links.) Wenn nicht noch ganz dringende Arbeiten erledigt werden müssen, beabsichtige er nicht, noch eine weitere Sitzung einzuberufen.

Herr Blüher konnte es sich nicht versagen, der Leitung des Präsidiums zu danken, die an der geleisteten positiven Arbeit des Landtages ihren bedeutenden Anteil habe. (Zuruf links: Das letzte Lob, das du bekommst!)

Darauf erklärt der Präsident die Sitzung für geschlossen.

Die 23 am Schandpfahl!

Zu Beginn der Landtags-Sitzung vom 12. Oktober hatte Abg. Wirtz eine Erklärung gegen den Genossen Liebmann abgegeben und diese darin beschuldigt, daß die von ihm in der Sitzung vom 7. Oktober gegen die Dreihundwanzig und insbesondere auch gegen die Minister erhobenen Beschuldigungen eine „grobe Entstellung der Wahrheit“ darstellten.

Im Laufe der Sitzung hat daraz:

Genosse Liebmann

unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses, während der größte Teil der Dreihundwanzig vorher demonstrativ den Sitzungssaal verließ, folgende

Erklärung

abgegeben:

Zu der Erklärung, die der Abg. Wirtz bei Beginn der heutigen Landtags-Sitzung abgegeben hat, habe ich folgende Feststellung zu treffen:

Der Abg. Bethke hat in der Landtags-Sitzung vom 7. Oktober 1926 den Journalisten Rabitz durch schwerste Beleidigungen als einen moralisch minderwertigen Menschen hingestellt und daran den Versuch unternommen, die sozialdemokratische Presse Sachsens, für die Herr Rabitz arbeitet, ebenfalls moralisch herabzusetzen.

Zur Abwehr dieser völlig ungerechtfertigten Angriffe

des Herrn Bethke auf die sozialdemokratische Presse Sachsens habe ich mit einer Beleuchtung der moralischen Qualitäten des Herrn Bethke und seiner Parteifreunde geantwortet. Die von mir zur Kennzeichnung der moralischen Qualitäten dieser Herren angeführten Tatsachen waren nur ein kleiner Abriß aus dem vorliegenden Material über die moralische Bewertung der Herren am Bethke.

Herr Wirth hat in seiner heutigen Erklärung meine Behauptungen „jämlich als grobe Entstellungen der Wahrheit“ bezeichnet und erklärt, er, Wirth, und seine Parteifreunde würden nicht früher auf die Unschuldigungen eingehen, „als der Herr Abgeordnete Viehmann nicht deswegen vor Gericht belangt werden könne“.

Diese Erklärung ist ein Versuch der Herren Betsche und Genossen, eine Stellungnahme zu der von mir angeführten Tatsache zu umgehen.

Daß es sich bei meinen Behauptungen nicht um Entstellungen der Wahrheit handelt, geht aus einigen Beispielen hervor, die ich im folgenden anführe: Die von mir in der Landtagssitzung vom 7. Oktober aufgestellte Behauptung, der Ministerpräsident sei in der Presse als pathologischer Wagnier bezeichnet worden, läßt sich beweisen. Diese Behauptung ist schon im Jahre 1925 in der sächsischen sozialdemokratischen Presse erschienen, und dann von andern Zeitungen übernommen worden. Der Ministerpräsident hat damals nicht geglaubt, obwohl ich mich ihm gegenüber als Verfasser dieser Behauptung bekannt und auch erklärt habe, ich sei bereit, im Landtage die Aufhebung meiner Immunität zu beantragen, damit der Ministerpräsident mich wegen dieser Behauptung gerichtlich belangen könne. Wenn der Ministerpräsident damals nicht gegen einen sozialdemokratischen Redakteur klagen wollte, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß er später Strafantrag wegen formaler Verleumdung gegen einen sozialdemokratischen Redakteur stellte, und auch dessen Verurteilung zu 500 M. Strafe erzielte. Wenn es dem Ministerpräsidenten damals auf eine gerichtliche Klärung angekommen wäre, dann hätte er auch die Möglichkeit gehabt, durch Strafantrag eine gerichtliche Klärung herbeizuführen. Der Ministerpräsident behauptet jetzt, er sei durch die Entscheidung des Parteivorstandes an der Klageerhebung verhindert worden. Er hat aber wohlweislich keine Entscheidung des Parteivorstandes über die Klageerhebung gegen den sozialdemokratischen Redakteur eingeholt.

Wenn der Ministerpräsident Helldi jetzt abzutreten versucht, daß er falsche dienstliche Angaben gemacht hat, so muß demgegenüber mit allem Nachdruck auf eine amtliche Aussage eines hohen Thüringer Staatsbeamten hingewiesen werden, der unter seinem Eid angegeben hat, der Ministerpräsident Helldi habe erklärt, er wisse nichts von dem Ankauf von Waffen durch die sächsische Regierung im Jahre 1923.

Tatsächlich hat aber Helldi in der Kabinettsitzung dem Waffenankauf zugestimmt und als Finanzminister die Mittel für den Waffenankauf beschafft.

Meine Behauptung, der Ministerpräsident habe einen ganz ungeheuerlichen Vorwurf eines Dresdner Revolververlattes auf sich laden lassen, meine weitere Behauptung, der Staatsanwalt habe den Ministerpräsidenten gebeten, gegen das Revolververlat Straf-antrag zu stellen, was aber der Ministerpräsident abgelehnt habe, kann aus den amtlichen Akten über diesen Vorgang festgestellt werden.

Meine Behauptung, der Minister Max Müller habe nicht darauf reagiert, als in der Presse von ihm geschrieben wurde, seine amtlichen Darstellungen verdienen keinen Glauben, weil er schon zu oft die Unwahrheit gesagt habe, ist mehrfach in der sächsischen sozialdemokratischen Parteipresse aufgestellt worden, ohne daß der Innenminister einen Strafantrag gestellt hätte.

Ganz allgemein bekannt ist, daß die Minister in der sogenannten

Ministerbrotschüre einige Duzend Unwahrheiten über Regierungsbeamte aufgestellt haben, so daß selbst ein deutsch-nationaler Abgeordneter im Landtage die Ministerbrotschüre als einen beispiellosen Treubruch gekennzeichnet hat.

Als Beispiel, wie die Minister mit der Wahrheit umspringen, sei folgendes angeführt:

In der Landtagssitzung vom 18. März 1925 begründete der deutsch-nationale Abg. Günther zwei Anfragen über den Oberregierungsrat Günther. Die Anfragen bezogen sich auf Angaben aus der bekannten Ministerbrotschüre. In dieser vom Ministerpräsidenten Helldi bezeichneten Brotschüre der vier Minister heißt es auf Seite 11:

„Eines Tages wurden ein paar hundert Mann Polizei mobilisiert und nach Zwickau dirigiert, um dort Unruhen zu bekämpfen.“

Der Vertreter der sächsischen Regierung mußte im Landtage auf Günthers Anfrage feststellen, daß keine Polizei nach Zwickau dirigiert worden ist.

In der Ministerbrotschüre wurde geschrieben:

„Günther hat auf eigene Faust drei höhere Beamte entlassen.“

Der Vertreter der sächsischen Regierung mußte im Landtage auf die Anfrage Günthers feststellen, daß die Entlassung von dem zuständigen Minister verfügt worden ist.

Die vier Minister sind also in diesen beiden Fällen amtlich der Unwahrheit überführt.

Zu der Entlassung des Dresdner Polizeipräsidenten Menke aus dem sächsischen Staatsdienst wurde von der Regierung angegeben: „Menke habe als Jagdteilnehmer in unerhöhter Weise einen Mann angepöbel.“

Tatsächlich mußte aber der Minister Müller angeben, daß Menke überhaupt nicht an der Jagd teilgenommen hatte. Mit ihrem Entlassungsgrund stützte sich die Regierung auf die Aussage eines Gendarmen, der später bei der Vernehmung erklärte, er habe angenommen, der Täter sei Menke.

Bei der Beratung des diesjährigen Stats wurde auch die Entlassung der Redakteure Edel und Tolles aus der sächsischen Staatszeitung zum Gegenstand einer eingehenden Prüfung gemacht, wobei festgestellt wurde,

daß der Ministerpräsident Helldi an den Redakteur Tolles ganz ungeheuerliche und unmoralische Anschuldigungen gestellt hatte, deren Tolles keine Entlassungsgründe für Edel beschaffen.

In der Öffentlichkeit ist bekannt, daß die Dreiwandlung dem Parteivorstand der SPD in Berlin im Frühjahr dieses Jahres das ehrenwörtliche Versprechen

gaben, für den von der Sozialdemokratie gestellten Auflösungsantrag im Landtage zu stimmen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands mußte nachträglich feststellen, daß diese ehrenwörtliche Verpflichtung von den 21 Abgeordneten gebrochen wurde.

Der Innenminister Müller hat in der Staatszeitung erklären lassen, in Sachsen wären nur einige hundert Kleinkaliberschützen mit etwa 50 Gewehren vorhanden. Tatsächlich mußte aber die Regierung einige Zeit später selbst zugeben, daß in Sachsen an die Kleinkaliberschützenvereine 320 Waffenscheine ausgegeben worden sind. Da auf 30 Kleinkaliberschützen ein Waffenschein entfällt, so sind nicht 50 Gewehre, sondern 320, und nicht ein paar hundert, sondern etwa 10.000 Kleinkaliberschützen in Sachsen vorhanden. Auch diese Darstellung der Regierung beweist, wie leichtfertig sie mit der Wahrheit umgeht.

Der Ministerpräsident Helldi hat der Redaktion der sächsischen Staatszeitung Anweisung gegeben, eine an die Staatszeitung geschickte preßgesetzliche Verurteilung nicht abzugeben, obwohl sie den Anforderungen des Preßgesetzes in vollem Umfang entsprach. Dadurch hat der Ministerpräsident verhindert, daß falsche, die Ehre des Angegriffenen herabsetzende Darstellungen in der Staatszeitung richtiggestellt werden konnten.

Es stehen sich zahlreiche Beispiele dafür entgegen, daß die sächsische Regierung Meldungen in der Presse dementiert hat, trotzdem sich bald darauf die Richtigkeit dieser Meldungen herausstellte.

Auf dem Heidelberger Parteitage der Sozialdemokratischen Partei hat der Abgeordnete Betsche über die sächsischen Parteiverhältnisse eine Reihe von Unwahrheiten wider besseres Wissen aufgestellt. So führte Betsche nach dem Protokoll, S. 112, aus:

Öffentl. Wählerveranstaltungen

Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr:
Bodelwitz. Im Gasthof spricht Landtagsabgeordn. C. H. Hertel, Leipzig.

In allen Versammlungen wird über:
Die Sozialdemokratie und die Landtagswahl

gesprochen.
Wähler und Wählerinnen! Ihr sollt entscheiden, darum halt euch Auffklärung und kommt!
SPD, Groh-Leipzig.

Nun traf die Siebenerkommission heimliche Abmachungen mit den Kommunisten. Erst später erfuhren wir davon, daß Hundertschaften gebildet werden sollten.

Tatsächlich ist die Bildung von Hundertschaften vor der Bildung der Regierung Zeigner mit den Kommunisten vereinbart worden, wobei die sozialdemokratischen Landesinstanzen und die Landtagsfraktion einstimmig zustimmten.

Diese Beispiele der Betschischen Wahrheitsliebe ließen sich genügend vermehren. Auch die vorher angeführten Beispiele der Unwahrscheinlichkeit von Betsche und seinen Freunden sind keineswegs erschöpfend.

Aus den angeführten Beispielen ist zu erkennen, daß die Erklärung des Abgeordneten Wirth in keiner Weise mit den Tatsachen übereinstimmt und daß die Entrüstung über meine Ausführungen vom 7. Oktober jeder Grundlage entbehrt.

Für die unersäulichen Auseinandersetzungen über die moralischen Qualitäten der 23 können sich die Nationalsozialisten bei ihrem Parteifreund Betsche bedanken, ohne dessen freche Beschimpfung der sächsischen Parteipresse die Abwehr Viehmanns nicht notwendig gewesen wäre. Da die Sache einmal aufgerollt ist, muß noch einiges dazu gesagt werden.

Der Volksstaat beschäftigt sich in zwei Leitartikeln mit der öffentlichen Stümpfung der sächsischen Minister. Er versucht Helldi und die anderen reinzuwaschen, was aber völlig vergeblich ist und sein muß. Die bürgerliche Presse nimmt von diesen Auseinandersetzungen im Landtage nur insoweit Notiz, als sie die Vorgänge erwähnt. Nur die Leipziger Neuen Nachrichten springen den bedrängten nationalsozialistischen Moralhelden bei, wie sie es ja seit je tun. Das Datenblatt bringt die Erklärung des Herrn Wirth im Wortlaut, es berichtet aber nicht ein Wort darüber, daß Genosse Viehmann eine Gegenerklärung abgegeben hat. Sie sind einander wert, die Hakenkreuzer und die Nationalsozialisten.

Da Herr Betsche in der Erklärung des Genossen Viehmann zu gut weggekommen ist, seien noch einige seiner moralischen Taten in Erinnerung gebracht:

Als die Kommunisten 1923 in die sächsische Regierung eintraten, verlangten sie, ihr Parteigenosse Brandler sollte Ministerialdirektor im Ministerium des Innern werden, wo ihm die Polizei unterstellt sei. Das wurde von der Sozialdemokratie abgelehnt. Dafür wurde Brandler Ministerialdirektor in der Staatskanzlei, wo er nichts arbeitete und auch nie etwas zu sagen hatte.

Auf dem Heidelberger Parteitage (Protokoll S. 123) lag Betsche Brandler übernahm als Ministerialdirektor das Ministerium des Innern, um die Polizei in die Hand zu bekommen.

Wie Betsche 1923 über die Zeigner-Regierung urteilte.

In einer Kreisbelegiertenversammlung des 6. Unterbezirks in Dresden, die am 27. Juni 1923 stattfand, brachte Betsche nach einer lebhaften Diskussion, in der über die Wählerereignisse gegen die Zeigner-Regierung geklagt wurde, eine Resolution ein:

„Die Generalversammlung des 6. Kreises drückt der Regierung Zeigner ihr volles Vertrauen aus und stellt sich rückhaltlos hinter sie. — Die Generalversammlung drückt der Siebenerkommission für ihre schwierige, aufopfernde Arbeit bei der Bildung der sächsischen Regierung ihre volle Anerkennung aus.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Betsche und Müller für die Kommunisten.

Als zu Anfang Oktober 1923 die Kommunisten ihren Eintritt in die sächsische Regierung verlangten, traten der sächsische Wirtschaftsminister Hermann Müller und Betsche energisch für die Aufnahme der Kommunisten in die sächsische Regierung ein.

Bei der Besprechung der Regierungserklärung Zeigners zur Bildung der sozialistisch-kommunistischen Regierung fanden einige Fraktionsmitglieder und Mitglieder der Regierung die Erklärung zu stark auf den Ton einer Parteierklärung gestimmt. Betsche aber erklärte:

„Die Regierungserklärung ist gut, sie ist großzügig und staatsmännlich.“

Es könnten noch zahlreiche ähnliche Zitate als Beweis dafür angeführt werden, daß die Fraktionsmehrheit 1923 alles mitgemacht und gutgeheißen hat, was sie nach Eintritt in die Koalition verurteilte und heruntertrieb.

Schließlich sei noch daran erinnert, wie Betsche im Tone eines Zufällers von der Tribüne des Landtages einen Genossen mit einem anderen Knaben verglich!

Das sind die Moralhelden der 23!

Gerihtssaal

Der gefährliche Spirituslocher.

Am Sonntag, dem 5. September 1926, machten ein 61 Jahre alter Mobelfabrikant und seine gleichaltrige Braut einen Ausflug auf dem Motorrad in die Dübener Heide. Zwischen dem Eisenhammer und Söllschau wollten die beiden in Gemeinschaft mit einigen befreundeten Radlern abfahren. Dazu benötigte man einen alten Haus-Spiritustocher, aus dem infolge des Windes die Flammen schlugen. Deshalb warteten alle Beteiligten vor den Toren des Kochers. Da der Spiritus ausgebraunt war, gab der Mobelfabrikant Brennstoff nach. Die Flammen hatte er vorher gelöscht. Als das Mädchen sich über den Kocher beugte, um ihn erneut in Betrieb zu setzen, schlug eine größere Flamme empor und entzündete die Wulst des Mädchens. Trotzdem alle Anwesenden sofort das Feuer unterdrückten — der Bräutigam hat heute noch schwere Brandwunden an den Händen — starb die Verunglückte am 7. September, da zuviel Haut in Mitleidenschaft gezogen worden war. Am Montag, dem 11. Oktober, stand nun der Mobelfabrikant unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vor dem Schöffengericht. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme mußte aber der Staatsanwalt die Freisprechung des Angeklagten beantragen. Das Gericht kam dem Antrage nach und sprach den Angeklagten kostenlos frei.

Schöffengericht.

Vom Heiratmarkt der 1920er. Das allerchristlichste Leipziger Papier vom Peterssteinweg vergleicht in seinen Spalten oft Kroschdistränen über die Verwilderung der Sitten. Dabei braucht es gar nicht in die Ferne zu schweifen, sondern nur seinen fetten Profite abwerfenden Kuppelmarkt anzusehen, der die liberale Verwilderung der Sitten überhaupt darstellt. Ein Beispiel von vielen zeigt eine kürzlich stattgefundene Gerichtsverhandlung. Ein 43 Jahre alter Gastwirt, eben erst von seiner Frau geschieden, wollte nach gut bürgerlichem Manier aus der nächsten Ehe ein „Goldstück“ machen. Der beste Weg zur lukrativen Gestaltung dieser Transaktion geht nach dem Eingeländnis mancher Heiratswindler durch die Spalten der 1920er. Also gab der arg verschuldete Mann nach bewährtem Muster eine Heiratsanzeige in den 1920er auf. Natürlich meldeten sich eine Reihe heiratslustiger Damen. Eine davon, eine 48 Jahre alte Witwe, äußerte bezweifelnderweise als Zeugin: „Ich wurde mit ihm handelseinig!“ In diese Verwilderung der Sitten schien der Vorlesende noch nicht glauben zu wollen, denn er fragte: „War denn gleich Sympathie gegeneinander da?“ Zeugin: „Nun, ich hatte eben Interesse fürs Geschäft!“ Die Frau hatte sich einige tausend Mark durch Prostitution gespart. Dem Gastwirt gelang es, seiner Partnerin das Geld abzulassen. Natürlich gab es bei so abgestimmten Seelen bald fürchterlichen Krach. Die Frau warf Biergläser hinter dem Mann her. Auf diese und auf ähnliche Weise bereiteten sich die beiden auf die Heiligung der bürgerlichen Ehe vor. Ehe es zum kirchlichen Segen kam, sprach die Frau allerdings zum Mann: „Sorge für Auflösung und gib mir mein Geld wieder!“ Das Geld erhielt die Betrogene mit Mühe und Not durch gerichtliche Klagen bis auf 1100 M. zurück. Andererseits kam der Wirt der Aufforderung nach „Auflösung vor!“ gern nach und legte sich wieder auf den trauischen Boden des Heiratmarktes der 1920er. Diesmal ließ sich eine geschiedene 34 Jahre alte Frau mit ihm ein. In diesem Falle ergatterte er aber nur Schmutzflecken im Werte von etwa 300 M. Außerdem legte die Anklage dem Wirt Scheu- und Wechselbetrugereien zur Last. Wegen solcher Vergehen war er auch bereits mehrmals vorbestraft. Nun muß er seine vielen seitigen „Geschäfte“ mit 9 Monaten Gefängnis büßen.

Das Gnadenbrof.

Von Veriaid Biertel.

Copyright by Verlag Jakob Hegner in Hellaera 1927.

Lächelten nicht auch die Kees und Langenbruch ziemlich unerbötlichen? Starren nicht überall aus den Kuffen hervor die Statisten mit von Lachen verzerrten Fragen auf die immer trampfgeren Bemühungen Kufostkins? Ja, sogar die Theaterarbeiter wagten sich vor und wählten sich den Schweiß ab, um besser glocken und grinsen zu können.

Da war besonders ein rothaariger Burtsche mit einem gewaltigen Adamsapfel; dieser Adamsapfel ging gluckend auf und nieder, man bekam es mit der Angst zu tun, daß der Mensch sich verschlucken und an seinem eigenen Adamsapfel erstickten könnte.

Der Charakterpieler Ulrich dachte plötzlich, während er die einstudierten Bewegungen machte und der immer lauter und dringender werdenden Souffleure geläufig den Text nachsprach, an eine besonders peinliche Szene aus seiner Kindheit; eine ganz niederträchtige Szene, an die er schon viele Jahre sich nicht mehr erinnert hatte. Damals war ein allgemein heißgeliebter blutjunger Lehrer gestorben, und das Gymnasium nahm mit allen seinen Klassen an dem Begräbnis teil. Sechshundert Knaben verschiedener Alters füllten die Kirche, und der Knabe Ulrich gehörte einem jüngeren Jahrgang an. Da, als die junge, sehr schöne Witwe, unter dem Schwergewicht ihres Kummers schwankend — man sah durch den schwarzen Schleier ganz hell ihr süßes Kinder-gesicht, — an den Sarg trat, ging eine nur mit Mühe unterdrückte Lachwelle durch die Knabenscharen.

Wo war dieses Gesächter aufgesprungen? Vielleicht in einem kindlichen Herzen, das sich gegen den Schmerz wehren wollte. Es war ein unüberstehlicher, Leib und Seele erschütternder Lachkrampf, der alles anstieß, was in der Kirche Knabe war. Der kleine Ulrich lachte, lachte bis er weinte, lachte bis er schrie, lachte so schrecklich laut, daß er am Kragegen packte, aus der Bank hervorgezerrt und unter kräftigem Schütteln vor die Kirchentür gefetzt wurde. Dann freilich war es aus mit dem graufigen Lachfieber. — Während Herr Ulrich sonst, bei der allergeringsten Anzählung,

sein Spiel unterbrochen und die Störung energisch abgeleitet hätte — seine Probenkrach waren berichtigt, und sogar der abgehartete Direktor strahlte sie — während ihm sonst bei auch nur entfernt ähnlicher Gelegenheit Hypokontakte wuchsen und seine Stimme zum Orkan anschwellte: war er diesmal wie wissend und krafflos, ein wechseleser Elmsen unter den Phylaktern. Und er plagte sich im Gegenteil, den Faden wieder zu erwischen und alles möglichst brav auszuführen. So oft er aber einsetzungen in Feuer geriet, knipste im Parkett die Diebstampe des Regisseurs und leuchtete die auf, gerabewegs Herrn Ulrich in die geweiteten Augen; was belagen wollte, daß der Beobachter da branten Mängel notierte, die sich eben gezeigt hatten. Waren die Fehler angekreidet, dann erfolgte die Leuchtsampe, um sofort wieder aufzulammen, ein höllisches Winkfeuer! —

Aber das war schließlich nur eine menschliche Kleinigkeit, wie sie beim Theater jedem passieren konnte, verglichen mit der Tücke der gegen Ulrich mitverschorenen Objekte. Die Türen verhedderten sich in ihren Angeln, und was noch ärger war, die Ecken der Tische spiegelten sich im Raume, so daß Ulrich nicht an ihnen vorüber konnte. —

Mit dem Regisseur mochte man ja später groß sein, wenn es darauf ankam; und Ulrich erwartete geradezu durtig den Zusammenstoß mit der eckhaften Kugel von einem Menschen. Ja, Ulrich blies einmal beinahe in einem Relativsatz stecken, weil er innerlich den Blick probierte, den er erlebend über den Notizblock des Regisseurs gleiten zu lassen gedachte. Sein Herz krampte sich zusammen vor Wut, und er füllte sich seiner beinahe wieder mächtig. Da erhob sich ein Teppich gegen den rechten Fuß des Charakterpieters Ulrich, und der Schauspielers fiel hin.

„Barbon!“ sagte er ganz laut, als er sich wieder erhob. Gestächter. — Aber ein toller Blick des Schauspielers ließ nun wirklich alles verstummen und erstarrten. Ulrich spielte gemeltemer, und der erste Akt war zu Ende.

Jedoch in seiner Brust lag das Unheil, er fühlte es genau. Koller Schweiß am ganzen Körper machte ihn fröckeln. Seine Augen flackerten verzweifelt. —

Im Zwischenakt tollte der Regisseur auf der Bühne, wo alle Mitspielenden versammelt waren, hin und her und hielt Kritik.

Aber immer machte er vor einem andern halt, nur vor Ulrich nicht. So hatte also dieser Late ihm, dem Hauptdarsteller, nichts zu sagen, und gefragt würde er gewiß nicht werden! Auch den Anflug, daß ihm die Stille nicht beschäftigte, nicht tostimierte Herren, elende Zivilisten, sich ganz dreist an der Rampe herumtrieben, mochte ein anderer bemängeln; dem Charakterpieler Ulrich war alles gleichgültig geworden.

Und mit Hilfe dieser Gleichgültigkeit, welche ihn wie ein Schwimmgürtel umgab und über einem Meer von Angst hielt, ging auch diese Höllenprobe vorüber, einfach, weil nichts ewig dauert.

Als Ulrich sich in seiner Garderobe abschminkte — was ihn völlig entmannete und, wie er da in Unterhosen mit nacktem Oberleib vor dem Spiegel sah, völlig wehrlos machte —; mochte es, und herein trat nun doch der Regisseur.

Ulrich wollte — trotz seiner neuerungenen Apathie, aber gewohnheitsmäßig — sofort zuckern, vielmehr den Blick, wie geblü, nach dem Notizblock schnappen lassen; doch führte der Regisseur keine Notizen mit sich, nicht einmal ein loses Blättchen.

Schon von der Türe aus sagte er, die Schmale in der Hand behaltend, zu Ulrich hinüber: „Ich habe mir viel aufgeschrieben — es ist aber alles nebensächlich. Ich kann Ihnen nur sagen, daß Ihnen eine Geringfügigkeit fehlt; nämlich die wahre Demut. — Uebrigens ist die Perücke miserabel. Dem Kufostkin waren bestimmt andre Haare gemacht. Die Thigen sind die eines Landarztes, der seine Vorpatienten gern mit bloßem Kopf besucht, und der eines Tages an der Arteriosklerose freipieren wird, aber nicht an der Demut.“ —

Hierauf klebete sich Herr Ulrich hastig an, nachdem er sich nur notdürftig abgeschminkt hatte. Die Perücke überreichte er mit bester Sorgfalt dem Garderobier; dazu ließ er sich Zeit, das war seine ganze stumme Antwort. —

Bei der Portierloge traf er wieder mit Johanna Klee zusammen, die rasch zurückertrat und ihn sehr respektvoll grüßte. Es war ihm unangenehm. —

Auf der Straße war noch immer pralle Sonne. Ulrich blinzelte. Er wurde, wie er so in der Wärme dahin ging, ganz langsam und rebete allgültiges Zeug vor sich hin. (Fortsetzung folgt.)

Neuer Orkan in der Nordsee.

Zahlreiche Schiffe in Seenot.

Die Sturmgefahr an der Wasserante scheint noch nicht vorüber zu sein. Die Seewarte in Hamburg erläßt folgende Sturmwarnung: „Gruppe V—VIII Gefahr: stürmischer West-Nordwestwind noch nicht vorüber. Sturmwarnung ändern in Nordweststurm.“

Dieser Nordweststurm brachte bereits im Lauf des Dienstags schwere Böen und verursachte ein erneutes Ansteigen des Wassers. Von der Unterelbe wird Windstärke 10, von Vort Windstärke 12 gemeldet. Der Dampfer Nitros gibt fortwährend SOS-Rufe. Ein Flugzeug der Station Nordbergen hat bei Baktrum einen Dampfer mit schwerer Schlagseite beobachtet. Wegen des starken Seeganges konnte das Flugzeug nicht niedergehen. Ausgehende Bergungsdampfer haben den Dampfer nicht mehr aufgefunden. In der Höhe des Weserfeuerstiftes gibt ein spanischer Dampfer dauernd SOS-Rufe.

Der schwedische Dampfer Esther ist nach Cuxhaven zurückgekehrt. Die Wellen haben die Kommandobrücke völlig verschoben. Einen ähnlichen Unfall erlitt der zurückgekehrte Dampfer Egeria, dem die Kommandobrücke von der See völlig zertrümmert wurde. Der Kapitän erlitt mehrere Rippenbrüche und mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Der englische Dampfer Athen ist gesunken, die Besatzung wurde vom Port Wellington übernommen. Der Schoner Regulus, der seine Masten einbüßte, treibt im Stageraal und erbittet dringend Schlepperhilfe. Dem Hamburger Dampfer Hermann Bonekamp wurde seine Holzladung über Bord gespült.

Am holländischen Hafenplatz Wadingen ist der Heringslogger Wadingen 47 mit drei geretteten Matrosen und vier Leichen der Besatzung des untergegangenen Heringsloggers Wadingen 46 eingelaufen. Letzterer hatte 17 Mann Besatzung, von denen 13 bei dem Schiffbruch ums Leben kamen.

Wie aus Rotterdam berichtet wird, treibt in der Nähe des Feuerstiftes Maas der französische Dampfer Orno hilflos und mit Maschinenbeschaden auf den Wellen umher. Ein Schleppdampfer hat vergeblich versucht, Verbindung mit dem französischen Schiff zu erhalten.

Schiffskatastrophen.

Am Freitagabend stieß im Hafen von Le Havre ein französischer Amerikadampfer mit dem Schleppdampfer „Arkus“ zusammen. Der Schlepper wurde in zwei Stücke gerissen und sank sofort. Neun Mann der Besatzung ertranken.

Wie dem Vett Parisien aus Triest gemeldet wird, steht ein Dreimastsegel unweit 5 Meilen von der Küste entfernt in Flammen. Drei Schaluppen sind abgegangen, um die Besatzung zu retten.

Bootsunglück in Ostpreußen.

Wie die Allenheimer Zeitung meldet, sind am Sonntag nachmittag auf dem Nikolaitiersee vier Männer, Arbeiter und Handwerker, die in einem Fischerkahnboot auf den See hinausgefahren waren, beim Rettern des Bootes infolge heftigen Sturmes ertrunken.

Eisenbahnkatastrophen.

Bei der Einfahrt des Simplon-Expreßzuges in den Bahnhof von Lyon hat sich am Dienstag früh ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet, wobei ein Beamter getötet und 25 Reisende zum Teil schwer verletzt wurden. Unmittelbar vor dem Einlaufen in den Bahnhof brach die Achse des rechten Vorderrades der Schnellzuglokomotive. Da die Geschwindigkeit nur noch 25 Kilometer betrug, hatten die Reisenden lediglich das Gefühl eines ruckartigen Haltens. Die Lokomotive stürzte jedoch um und rief zwei Wagen eines Vortruges mit sich, der auf dem Nebengleis einfuhr.

Am Montagnachmittag kam es in Bremen auf einem nahe bei der Stadt gelegenen Bahndamm zu einem Zugzusammenstoß. Der Personenzug aus Wilhelmshaven fuhr auf einen Arbeitszug auf, wobei die Lokomotive aus den Schienen sprang und teilweise zertrümmert wurde. Auch der Gepäck- und ein Personenwagen entgleisten und wurden erheblich beschädigt, während zwei Wagen des Arbeitszuges gleichfalls aus den Schienen sprangen und zertrümmert wurden. Wie durch ein Wunder kamen die meisten Fahrgäste mit dem Schrecken davon, während einige leichtere Verletzungen erlitten.

Wie die Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, entgleiste beim Durchfahren des D-Juans VI durch den Bahnhof Salzgitter am Sonntag früh die Lokomotive des Zuges. Außer dem Koch im Speisewagen wurde niemand verletzt.

Dienstag fuhr auf der Strecke Schwerte—St.-Aplerbeck ein Güterzug auf einen Bauzug auf, wobei beide Lokomotiven und sechs Wagen entgleiteten. Drei Mann der Bedienung des Bauzuges erlitten Verletzungen.

210 Tote in Hannover.

Die Zahl der an Typhus erkrankten betrug Dienstag morgen 1576, die der Toten 210. Seit Montag vormittag wurden 19 Personen neu eingeliefert, 30 kamen zur Entlassung. Die Zahl der Toten hat sich um 4 vermehrt.

Typhuserkrankungen in Nevißes.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, befaßt sich in Nevißes (Rheinland) die Zahl der an Typhus erkrankten Personen auf 10. In den letzten Tagen sind keine Neuerkrankungen zu verzeichnen. Eine Frau ist gestorben.

Typhus in Lodz.

Im Textilgebiet von Lodz (Polen) ist eine harte Typhusepidemie ausgebrochen. Die Erkrankungen zählen in die Hunderte. Besonders ernst tritt die Epidemie in den Arbeiterquartieren in Erscheinung. Es gibt dort ganze Straßen, wo sich fast in jedem Haus ein Kranker befindet.

Brand-Katastrophen.

Das Anwesen des Gastwirts Kreher in Ertzen bei Hameln ist von einem schweren Brandunglück heimgesucht worden. Bei den Rettungsarbeiten wurden sechs Feuerwehrleute unter der einwirkenden Saaldecke begraben. Unter den Trümmern zog man die Leichen zweier Feuerwehrleute hervor, die bis zur Unkenntlichkeit verbrannt waren. Die anderen kamen mit mehr oder weniger schweren Brandwunden davon.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag brach in Hirschau in Bayern auf einem Gehöft Feuer aus. Ehe noch die Nachbarn ihre Habe in Sicherheit bringen konnten, hatte der Brand, begünstigt durch den Sturm, zehn Nachbarhäuser und deren Nebengebäude ergriffen. Die gesamte Heu- und Getreibeerde der betreffenden Gehöfte ist vernichtet worden.

Gerüstensturz.

Wie die Ostdeutsche Morgenpost meldet, ereignete sich im Hüttenwerk in Malapane ein schwerer Unglücksfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Eine Beuthener Firma war dort mit der Ausbesserung von zwei Fabrikstrahlen beschäftigt und hatte hierzu ein Gerüst aufgestellt, auf dem sich zwei Monteure befanden. Nachdem die Arbeiten an dem letzten Schornstein teilweise beendet waren, kam das etwa 20 Meter hohe Gerüst ins Rutschen und beide Monteure stürzten in die Tiefe, wo sie mit geschmetterten Gliedern tot liegen blieben.

Dreifacher Raubmord bei Berlin.

SWD. Berlin, 13. Oktober (Radio). In Oranienburg wurde am Dienstagabend ein schweres Verbrechen verübt. Der 76 Jahre alte pensionierte Volkssekretär Dobrindt und seine um zehn Jahre jüngere Frau, sowie die 43jährige Tochter wurden erschossen und erschossen in der Wohnung tot aufgefunden. Als Mörder konnte ein Bekannter der Familie, ein erst Sechzehnjähriger namens Müller, festgestellt werden. Es gelang diesem zunächst, zu entkommen. Gegen 11 Uhr abends konnte er indessen in einem benachbarten kleinen Orte festgehalten werden. Der Mörder ließ sich ohne jeden Widerstand verhaften. Er erklärte, die Tat begangen zu haben, weil ihn die Ermordeten wegen seiner Flucht aus einer Fürsorgeanstalt anzeigen wollten.

Brudermord bei Altenburg.

Nach einer Meldung der Morgenblätter fand man in der Nähe von Altenburg den 19jährigen Arbeiter Richard Müller mit einem Revolver in der Hand erschossen auf Kutz darauf ging bei der Polizei ein Brief ein, in dem der Bruder des Erschossenen, der eben aus dem Zuchthaus entlassen worden war, mitteilt, er habe seinen Bruder durch unvorsichtigen Handieren mit dem Revolver ums Leben gebracht. Man nimmt jedoch an, daß Mord vorliegt und hat die Verfolgung des Bruders eingeleitet.

Die Tragik eines armen Zeufeld.

SWD. Berlin, 13. Oktober (Radio). Der Volksschullehrer Friedrich Schumacher, der sich am Dienstag wegen Diebstahls von Büchern aus der Bibliothek des Zoologischen Museums der Berliner Universität und von Insektenansammlungen zu verantworten hatte, wurde freigesprochen. Im Laufe der Verhandlung kam zur Sprache, daß Schumacher, obgleich nicht akademisch vorgebildet, auf dem Gebiet der Insektenkunde der tenantreichsten Forscher der Welt ist. Er hat 25000 Arten und 10000 Gattungen von Insekten im Laufe der Jahre bestimmt. Bereits 1913 hatte er 40 Veröffentlichungen aus seinem Wissensgebiet herausgegeben. Die medizinischen Sachverständigen traten für Schumacher ein, worauf der Staatsanwalt selbst Freisprechung beantragte, weil begründete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten für die Zeit bestanden, in der er sich die Bücher enteignet hat.

Juwelenraub in Verlaßles.

In das Schloss Chantilly bei Verlaßles sind in der Nacht zum Dienstag mehrere Banditen eingedrungen und haben viele Schmuckgegenstände und Juwelen im Werte von mehreren Millionen Franken geraubt.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter befindet sich unter den geraubten Juwelen auch der berühmte Diamant Le Grand Condé, dessen Wert allein auf 10 Millionen Franken beziffert wird.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Erster Verhandlungstag.

Der 12. Verbandstag des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten wurde am Dienstag im Volkshaus zum Frankfurter a. Main durch den Vorsitzenden, Kollegen Ströbelin-Berlin, eröffnet. Anwesend sind 53 Delegierte, die 2338 Mitglieder vertreten. Außerdem nehmen an den Verhandlungen 11 Vertreter des Vorstandes teil, einschließlich der Bezirksleiter.

Namens der Stadt Frankfurt heißt Bürgermeister Genosse Gräf, der mit den Gründern der Frankfurter Ortsgruppe gehört, die Delegierten willkommen. Als ausländische Gäste sind erschienen der Kollege Covan vom tschecho-slowakischen Bruderverband sowie der Kollege Kommander von den österreichischen Gastwirtsgehilfen. Den WDSB. vertritt Genosse Wacker. Daraus wird in die Verhandlungen eingetreten und nach den

Vorschlägen der Verbandsleitung die Tagesordnung sowie die Geschäftsordnung genehmigt. Damit fallen die Anträge, die eine geordnete Behandlung gewisser organisatorischer Maßnahmen verlangten. Die Diskussion wird möglichst gegliedert und die dazugehörigen Anträge, deren Zahl, außer den Anträgen des Hauptverbandes, die städtische Zahl von 200 erreicht hat, werden entsprechend verteilt.

Die einzelnen Vorstandsmitglieder geben ihre Resportberichte. Erwähnenswert ist, daß der Verband trotz der schlechten Wirtschaftslage gut dasteht, und daß in allen Bezirken ein froher Mut herrscht. Die Mitgliederzahl hat im Laufe der letzten zwei Jahre Schwankungen durchgemacht und stellt sich jetzt auf 2338. Die Verwaltungskosten sind verhältnismäßig hoch, da der Verband durch seine Eigenart gezwungen ist, mehr Angestellte zu haben als andere Organisationen. Um auf dem Gebiete der Finanzen erhebliche Verbesserungen durchzuführen, wurde der Verbandstag vor allen Dingen einberufen.

Die Mandate werden alle für gültig erklärt und dann tritt man in die Debatte über den Geschäftsbericht ein. Die Diskussion, die am Schluß des ersten Tages beendet wurde, gestaltete sich äußerst lebhaft. Vor allen Dingen sind es die Berliner, die einen heftigen Kampf führen um die Genehmigung eines neuen Sekretärs. Von mehreren Seiten wird die Rückkehr zu dem alten System der Bezirkssekretäre gewünscht, von anderen Delegierten wird dieser Wunsch bekämpft. Auch an dem Verbandsorgan wird Kritik geübt, ohne daß positive Vorschläge zur Aenderung gemacht werden.

♣ Spiel, Sport, Körperpflege ♣

Wettkämpfe zum Kreiswintersportfest am 1. und 2. Januar in Geising-Altenberg.

Stilaufen: Mitglieder (18—35 Jahre) 10- und 20-Kilometer-Lauf, zusammengelegter Lauf (bestehend aus 10-Kilometer-Lauf und drei Sprüngen), 1-Kilometer-Hinterlauf. Mitglieder (über 35 Jahre) 5-Kilometer-Lauf, Jugend (14—16 Jahre) 4-Kilometer-Lauf, Jugend (16—18 Jahre) 8-Kilometer-Lauf, Knaben (10—12 Jahre) 2-Kilometer-Lauf, Knaben (12—14 Jahre) 3-Kilometer-Lauf, Sportlerinnen (über 18 Jahre) 4-Kilometer-Lauf, Sportlerinnen (14—16 Jahre) 3-Kilometer-Lauf, Sportlerinnen (16—18 Jahre) 4-Kilometer-Lauf, Mädchen (10—12 Jahre) 2-Kilometer-Lauf, Mädchen (12—14 Jahre) 3-Kilometer-Lauf.

Skispringen: Mitglieder Klasse A am Geisingberg, Klasse B an der Gründelschanze in Geising, Knaben am kleinen Hügel in Altenberg.

Modeln: 1-Kilometer-Modelnrennen auf der Gründelschanze in Geising für Ein-, Zwei- und Dreifacher ohne Steuerung für Mitglieder über 18 Jahre, für Jugend von 14—18 Jahren und Kinder von 10—14 Jahren.

Eislaufen: Schlittschuhrennen für Mitglieder über 18 Jahre (500-, 1500- und 5000-Meter-Lauf, Mitglieder über 35 Jahre (500- und 1500-Meter-Lauf), Jugend 14—16 und 16—18 Jahre (500- und 1500-Meter-Lauf), Sportlerinnen über 18 Jahre (500- und 1000-Meter-Lauf), Sportlerinnen 14—16 und 16—18 Jahre (500-Meter-Lauf).

Kunstlaufen, Einzellaufen für Mitglieder, Jugend, Sportler und Sportlerinnen, Drei-Minuten-Räufchen.

Paarlaufen, Drei-Minuten-Räufchen. Die Paare können sich beliebig zusammensetzen (Sportler und Sportler) (Sportlerin und Sportlerin) (Sportler und Sportlerin).

Die Kämpfe sind offen für den Bund. Die Meldungen müssen vereinsweise bis 4. Dezember an die Geschäftsstelle des 4. Kreises, Dresden, Rügenbergstraße 2/II, gesandt werden. Sie müssen enthalten: Genane Bezeichnung des zu meldenden Startes, Angabe der Rächte, für die Quartier benötigt wird (31. Dezember zum 1. Januar, 1. Januar zum 2. Januar, 2. Januar zum 3. Januar). Es stehen Privatquartiere zum Preise von etwa 40 Pfg. pro Nacht und Privatquartiere zum Preise von etwa 1 Mk. bis 1,50 Mk. zur Verfügung. In der Meldung muß angegeben werden, ob Privat- oder Massenquartier gewünscht wird. Nach der Meldung werden die Quartiere bestimmt festgelegt. Bis 15. Dezember muß der Quartierbeitrag eingekauft werden. Danach erfolgt Zufindung der Quartierzettel. Es können sich auch Genossen als Zuschauer melden. Sie erhalten ebenfalls Quartier.

Ein Festbeitrag von 50 Pfg. muß von allen Teilnehmern bezahlt werden. Dieser ist bis 4. Dezember einzulösen. Die Vereine Geising und Altenberg veranstalten einen Begrüßungsabend. Vereine und Regien, die durch Aufführungen mitwirken wollen, melden sich beim Genossen Max Liebig, Altenberg i. E. Besondere Auskünfte in allen Angelegenheiten erteilt die Kreisgeschäftsstelle. Der Kreisrat.

Kongress für gymnastische Wissenschaften. Wie die Berliner Schwedische Gesellschaft mitteilt, plant die schwedische Regierung, zu Ostern 1927 vom 19. bis 22. April einen Internationalen Kongress für gymnastische Wissenschaften in Lund abzuhalten. Es ist bereits ein Organisationsausschuß gebildet worden, der mit den zuständigen Stellen im Ausland in Verbindung treten soll. Teilnahmsberechtigt an dem Kongress sollen sein Institute, an denen eine wissenschaftliche Erforschung der Physiologie und Hygiene der Leibesübungen betrieben wird, einzelne Persönlichkeiten, z. B. Gymnastikpädagogen, Sportärzte und Verbände, die für die Entwicklung der Gymnastikwissenschaft tätig sind. Das deutsche Auswärtige Amt hat die Spitzenverbände aufgefordert, ihm die betreffenden Stellen, die für die Teilnahme in Frage kommen, namhaft zu machen.

Schach. Berichtigung. Unter Aufgabe Nr. 45 muß es heißen: Matt in 2 Zügen, nicht in 3 Zügen. Unter Aufgabe 46 fehlt: Matt in 3 Zügen.

PROBLEM

FLANKE

4

Klein!

Generalvertreter: Walter Cohn, Leipzig, Nürnberger Straße 56.

Cartouche.

Der Organisator unter den Räubern.

Zu den berühmten Räubern der Geschichte, wie etwa der Engländer Robin Hood und der Ungar Kolya Sandor, gehört auch der Pariser Louis Dominique Cartouche, der 1683 geboren, eine Zeitlang ganz Paris sowie einen Teil der Provinz mit Schrecken erfüllte und von dem Organisator Granaal 1725 in einer Dichtung „Das bestrafte Laster, oder Cartouche“ bejungen wurde. Den Nimbus der üblichen Räubersagen teilt Cartouche mit seinen Berufskollegen, doch hat es weder im Mittelalter, noch aber in der Neuzeit einen Räuber gegeben, der sich dermaßen gut auf das Organisieren verstanden hätte, wie er. Als nach dem spanischen Krieg die Soldaten nach Paris zurückgekehrt kamen, organisierte Cartouche aus diesen verbitterten, erwerbslos gewordenen Menschen ein wahres Räuberheer. Er benutzte als Muster die Organisation der Armee; lehrte Offiziere ein, die als einzige mit ihm in Verbindung standen und in alle Pläne eingeweiht waren. Es gab eine Zeit, da zweltausend Menschen in seinem Dienste standen. Das „Heer“ bestand aber nicht nur aus richtigen Räubern und Wegelagerern, sondern auch aus Leuten, die anderen Berufen nachgingen. So gab es unter den „Cartouchianern“ Goldschmiede, die als Helfer arbeiteten, — unter ihnen befand sich auch ein Goldschmied des Königs, — Waffenhändler, die das „reguläre Heer“ mit Waffen versorgten, Schenkwirte, in deren Lokalen Kriegsgaräte abgeholt wurden, Ärzte, die die verletzten Cartouchianer behandelten und ihnen halfen, sich der Justiz zu entziehen, Stellenvermittler, die dafür sorgten, Cartouchianer als Diener und Dienerrinnen in vornehmen Häusern unterzubringen. In der Garde des Palais-Royal befanden sich einige hundert Cartouchianer und der Stadtdiogen, dem es oblag, für die Sicherheit von Paris und der Straßen von Ne de France zu sorgen, gehörte ebenfalls der Bande an. Bei einer derartigen Organisation fiel es Cartouche leicht, sich als Herr von Paris zu fühlen.

Selbstverständlich wurden auch von Cartouche, wie von allen großen Räubern, Geschichten erzählt, die seinen Edelmut bewiesen, eine derselben, die nicht nur Edelmut, sondern auch Geist verrät, lehnt das Wiedererzählen: Eines Abends hielt Cartouche auf dem Pont Neuf einen Mann, der sich eben in die Seine stürzen wollte, vom Selbstmord zurück. Der Mann klagte dem Retter sein Leid: wenn er nicht bis zum Abend des nächsten Tages siebenundzwanzigtausend Pfund aufbringen könnte, müsse er in Konturs gehen und sei verloren. Cartouche, von dem Jammer des Mannes gerührt, versprach ihm für den folgenden Abend die genannte Summe. Am Abend fanden sich bei dem Kaufmann alle Gläubiger ein. Als sie bereits ungeduldig zu werden begannen, erschien Cartouche und legte mit einer vornehmen Gebärde das Geld auf den Tisch. Dann schlug er vor, zur Feier des Tages einige Flaschen Wein zu leeren. Die Stimmung wurde immer heiterer. Vergesslich hat der dankbare Kaufmann seinen Retter, er möge doch seinen Namen nennen, Cartouche erwiderte mit seinem Lächeln: „Kennen Sie mich, mein Herr, so würden Sie mir gegenüber Dankbarkeit empfinden, dadurch aber verliere ich die Tugend meiner Wohlthat und die Freude daran.“ Einer der Gläubiger war über diesen Edelmut dermaßen gerührt, daß er in Tränen ausbrach. Inzwischen blickte Cartouche immer wieder auf die Uhr, als erwarte er etwas. Schließlich erhob er sich und gab dadurch das Zeichen zum allgemeinen Ausbruch. Die Gläubiger umringten ihn und schritten zusammen in der dunklen Nacht weiter. Pöhllich stürzte an einer Straßenbiegung eine Bande hervor, überfiel die Gläubiger und nahm ihnen die siebenundzwanzigtausend Pfund wieder ab. Cartouche schrie lauter um Hilfe als alle anderen; als sich jedoch die Ueberfallenen von ihrem Schrecken erholtten, war er mit samt seiner Bande verschwunden.

Im Jahre 1721 wurde er nach vielen vergeblichen Versuchen gefangen. Seine Verhaftung erregte ungeheures Aufsehen, man sprach in ganz Paris nur von Cartouche. In der Comédie Italienne wurde bereits ein Drama, dessen Titelbild er war, aufgeführt, ein zweites sollte in der Comédie Française über die Breitere gehen. Die Schauspieler, darauf erpicht, das Drama lebensgetreu wiederzugeben, suchten den gefangenen Räuber in seiner Zelle auf. Es wurde ihnen gestattet, ihn jeden Tag zu besuchen. Um diese Besuche angenehmer zu gestalten, wurde Cartouche in einem geräumigen Saal untergebracht, wo er ungehindert dem Regisseur spielen konnte. Er gab auch den Schauspielern Unterricht im Taschendiebstahl. Und nicht nur diesen, der diensthabende Polizeioffizier nahm an dem Unterricht teil und verriet dabei eine außergewöhnliche Begabung. Als er nun eines Tages aufrichtig befragte, daß ein derart begabter Mensch wie Cartouche zum Verbrecher herabgesunken war, erwiderte der Räuber, es sei noch viel betrüblicher, einen von der Natur so sehr als Taschendieb begabten Menschen bei der Polizei fassen zu müssen.

Cartouche wurde zum Tode durch das Rad verurteilt. Auf den Richtplatz geführt, schien er etwas zu erwarten, da dieses erwartete Ereignis jedoch nicht eintrat, überkam ihn die Wut und er erklärte sich plötzlich bereit, seine Mitschuldigen zu nennen. Er wurde wieder in das Gefängnis gebracht und gab tatsächlich die Namen seiner Spießgesellen an, die der Reihe nach verhaftet und ihm gegenübergestellt wurden. Der tragische Zug der also Verhafteten währte achtzehn Stunden. Cartouche sprach zu jedem einzelnen: „Ihr habt euer Wort gebrochen, mich selbst unter Geführung eures Lebens zu teilen. Deshalb könnt ihr es mir auch nicht verübeln, wenn ich euch den Richter nenne und ihnen erkläre, was ihr getan habt.“ Cartouche nannte unter anderen auch den Namen seiner Geliebten; als sie ihm gegenübergestellt wurde, erklärte er, daß er nichts gegen sie auszusagen habe; er hätte sie nur noch einmal sehen und zum Abschied küssen wollen.

Dann trank er noch ein Glas Wein auf die Gesundheit seiner Richter und schritt stark und gelassen zur Hinrichtung. So starb Louis Dominique Cartouche, der beste Organisator unter den berühmten Räubern und Wegelagerern. In unseren Tagen wäre er höchstwahrscheinlich der Organisator eines Truffs geworden und reich an Geld und Ehren friedlich in seinem Bette gestorben. H. Z. M.

Graphik des Auslands.

Die Ausstellung ausländischer Graphik bei Beyer u. Sohn ist für Leipzig wirklich ein kleines Ereignis. Selten sah man so kostbare und schöne Stücke beieinander. Leipzig, das sich immer gern als Hochburg deutscher Graphik bezeichnen, sollte durch regen Besuch einer solchen Ausstellung zeigen, daß es tatsächlich Beziehungen zu Kunstleistungen hat, die sich weit über das Niveau der üblichen Graphikproduzenten hinausheben, die an den Akademien rüdelweise gelehrt werden.

Die Kunstschüler und Akademiker sollten täglich solche Ausstellungen besuchen, die Professoren sollten sich nicht scheuen, dort den Schülern die Dinge zu zeigen, die sich im Lehrsaal nicht abspielen können, da das Schöpferische niemals gelehrt werden kann. Sicher könnten durch Hinweise des Lehrers vor solchen Weiterwerken manchem Schüler die Augen geöffnet und eine Ahnung vom künstlerischen vermittelt werden.

Von Edward Munch, dem großen norwegischen Maler, ist eine unbeschreiblich schöne und ergreifende Radierung da: Das trankene Mädchen. Das Blatt ist ganz unheimlich, der Inhalt ist Form geworden, und doch paßt es uns wie ein altes Volkslied. Die herbe Gestaltung macht den Gegenstand mystisch und selbstverständlich zugleich. Und wie ist diese Radierung technisch meister-

haft und vollendet, keine Spur von akademischer Gespreiztheit oder Virtuosität.

Der Schwede Anders Jörn ist mit drei Radierungen vertreten. Er ist einer der virtuossten Radierer aller Zeiten. Sein eminentes Können macht die Virtuosität seines Vortrags blutvoll und überzeugend, besonders lebendig ist das kleine Selbstbildnis im Vesp, das mit einer Donnerwetternadel hingeschrieben scheint. Trotzdem hat Jörn nicht die Bedeutung eines Munch. Bei Jörn bleibt die blendende Technik Oberflächlich, sie vermittelt nicht jenes Unausprechliche, das einem Rembrandt, einem Goya, einem Munch eigen ist.

Sehr schöne Blätter französischer Graphik sind in ost herrlichen Drucken vertreten. Von Charles Moroy, einem der ersten modernen französischen Radierer, wird die berühmte Darstellung von „Notre Dame“ gezeigt. Dieses kleine Blatt ist besonders selten und wird im Kunsthandel sehr teuer bezahlt. Reichend sind auch die Lithographien und Radierungen Corots, die mit sparsamen Mitteln Landschaften voll großer Innigkeit darstellen.

Gezanne und Ganguin sind mit interessanten Blättern vertreten. Die „Grabenden“ Millets sind technisch etwas unbeholfen, aber doch kann man auch in diesem Blatte spüren, was von Goya zu diesem Künstler hinzog.

Die schönen Lithographien Jorains und Gavarnis, eine Radierung Robins, Victor Hugo darstellend, und noch eine Reihe anderer Franzosen sind köstliche Genüsse für das Auge des Kunstfreundes.

Der Spanier Goya zeigt mit einem starken Blatt, Que Guerezo, daß er den größten Zeichner aller Zeiten zuzurechnen ist.

Neben den theatralischen englischen und amerikanischen Graphikern Bennett und Brangwyn ist James Whistler ein Künstler von hoher Kultur. Seine Landschaften haben oft einen Schärfe und eine Innigkeit, die durchaus überzeugen wirken. Das Selbstbildnis S. Habens, der übrigens der Schwager Whistlers war, zeigt technisch eine gewisse Klasse, aber die Abhängigkeit von Vorbildern drängt sich doch sehr auf.

Ein kleiner Bildniskopf Israels ist in seiner Schlichtheit sehr angenehm.

Neben dieser überaus interessanten Graphikausstellung wirken die farbigen Zeichnungen der Nikolaus Farakoski aus Budapest recht unbedeutend und langweilig. Da hat sich einer eine recht hübsche Manier zurecht gemacht und wundert weder drauflos.

Die Bilder von Schulze-Köfe erlauben nicht einmal ein: naja! so abern wirken diese in einer Hohlspanntechnik heruntergeputzten armen wendischen Bauerleute, Landschaften und Stillleben. Dort paßt ein Rot, da steht ein Grün, und wo anders langweilt sich ein Blau. Schulze-Köfe sublimiert auch ein bißchen, macht die Köpfe klein und die Arme und Beine lang — alles in allem, schade um die Leinwand.

Die Entwicklung der Psychoanalyse.

Ein Almanach zum 70. Geburtstag Sigmund Freuds.

Der Internationale Psychoanalytische Verlag Wien—Leipzig gab schon im vorigen Jahre einen Almanach heraus, der in seiner Art vorzüglich zu nennen war und dessen einzelne Artikel abstrahiert ein lebendiges Bild vom Stande der psychoanalytischen Forschung gaben. Dieser Almanach scheint eine ständige Einrichtung werden zu wollen. Soeben ist ein neues Bändchen für 1927 erschienen, das auch für alle Nichtschüler, die sich „orientieren“ wollen, lesenswert ist. Einiges Wesentliche — nicht alles — sei hier besprochen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß anlässlich des 70. Geburtstages Sigmund Freuds (am 5. Mai 1926) der Almanach rückblickend auf das Werk dieses genialen Forschers blickt. Er tut dies, indem er drei Geburtsjahrestage nachdruckt; der eine ist von einem Fachmann, der nicht zur engeren Freudens Schule gehört, dem Züricher Psychiater Professor Bleuler; die beiden andern Aufsätze stammen aus der Feder zweier — wenn man so sagen darf — literarischer Fachleute: von Stefan Zweig und Alfred Döblin. Um dessen Scheitern mit Stefan Zweig die Bedeutung der Freudens Theorien erkannt zu haben. Nicht ohne Bitterkeit meint Zweig im Hinblick auf die Anerkennung, die Freud in der ganzen Welt, nur noch nicht in dem wissenschaftlichen Betrieb der Universitäten gefunden hat (er ist immer noch „außerordentlicher Professor“): „Tempora non mutantur“, die Zeiten ändern sich nicht und die Schulmeister nicht mit ihnen.“

Freud selbst hat sich in einem neueren Briefschreiben, „Die Frage der Valenaanalyse“, mit dem Problem auseinandergesetzt, ob die Anwendung der psychoanalytischen Therapie nur den Medizinern vorbehalten bleiben soll. Darüber hinaus gibt das Buch wieder eine brauchbare Darstellung des jetzigen Standes der Psychoanalyse und zwar eine Darstellung, die sich nicht in erster Linie an die Fachwissenschaft wendet, sondern für den Laien berechnet ist und daher jedem empfohlen werden kann, der sich einen Ueberblick über ein Spezialgebiet aus der modernen Psychologie erwerben will, das in den letzten zwanzig Jahren ungeheures Ausmaß angenommen hat und drauf und dran ist, mehr oder weniger erfolgreich auch in allen andern Wissenschaften, vor allem der Kunstgeschichte, der Pädagogik, der Religionswissenschaften und der Soziologie Eingang zu halten. Im Almanach ist aus der lehrbuchartigen Schrift Freuds ein Abschnitt unter dem Titel „Psychoanalyse und Kurpfuscherei“ nachgedruckt, in dem Freud zu dem Resultat kommt, daß alle behördlichen Eingriffe zwecklos seien, da die innerlichen Entwicklungsbedingungen der Psychoanalyse nicht durch Verbordnungen und Verbote zu treffen sind. Mir scheint persönlich, daß ein gewisser Reiz der Schulmedizin nicht ungeschuldig an den Bestrebungen ist, die Anwendung der Psychoanalyse nur auf staatlich abgestempelte Mediziner beschränken zu wollen. Es dürfte klar sein, daß in manchen schweren Fällen von Neurose und Psychose ein „Kur-Psychoanalytiker“ mehr Erfolg erzielen kann als die ganze Schulmedizin und die herkömmliche Psychiatrie, die erst von Freud gelernt hat, daß es auch echte Krankheiten gibt, deren Ursache nicht physischer, sondern physischer Natur sind.

Neu in dem Almanach sind Zitate von Philosophen und Dichtern, die vor Freud gelebt haben und deren Aussprüche uns heute so klingen, als ob die Betreffenden bereits vom Geist der modernen Tiefenpsychologie durchdrungen seien. Tatsächlich liegen die Dinge natürlich so, daß ein Sigmund Freud unter anderem mit genialem Griff das zusammengefaßt und wissenschaftlich gestaltet hat, was die größten und besten Denker aller Zeiten schon immer gewußt haben, was aber auch — wenigstens teilweise — damals und heute noch nicht immer gesagt werden durfte. Freuds Bedeutung wird dadurch nicht kleiner, daß er den Mut gefunden hat, Selbstverständlichkeiten in seine Theorie mit aufzunehmen.

Interessant ist eine Auseinandersetzung des in diesem Jahre verstorbenen berühmten Berliner Psychoanalytikers Karl Abraham über „Cousés Heilformel“. Durch Cousés Tod ist die Oeffentlichkeit noch mehr als schon vorher auf jene sonderbare, ein wenig primitive-naturre anmutende Heilformel aufmerksam geworden: „Jeden Tag geht es mir in jeder Beziehung immer besser und besser.“ Die Möglichkeit, in einzelnen Fällen durch Cousismus eine Linderung gewisser neurotischer Erkrankungen zu erzielen, sei nicht bestritten. Mit diesen Heilungen verhält es sich ähnlich wie mit den Heilerfolgen der Gesundbrüder oder wie mit den phantastischen Heilungen, die sich angeblich in der berühmten Grotte von Lourdes in Frankreich ereignet haben: Wieviele Heilfällige auf eine in die Welt gesandte Heilung kommen und wieviele dieser „Heilungen“ wiederum nur vorübergehender Natur sind, wird nicht verraten. Im Grunde handelt es sich aber bei Cousé um eine nur ganz oberflächliche, keineswegs irgendwie tiefenpsychologisch zu nennende Art der Beeinflussung dessen,

was Freud das „Unbewusste“ nennt. Das Herunterbeten der Heilungsformel an einer Schnur mit 20 Knoten findet sein Analogon in dem Rosenkranzbeten der Katholiken. Der ganze Cousismus ist eine verfluchte Hechnlichkeit mit dem Glauben an die Allmacht des Wortes, wie wir ihn bei Primitiven heute noch beobachten können, und der Unterschleib zur psychoanalytischen Heilmethode wird besonders deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die letztere das Bewußtmachen des Verdrängten als unentbehrliches Mittel zur Erreichung des Heilzweckes benutzt, man bei Cousé gerade davon sprechen kann, daß er peinlich bemüht ist, nicht an solche gefährlichen Dinge zu rühren und den Massen eine „Heilmethode“ zu überliefern, die eine lächerliche und manchmal auch persönlich unangenehme Analyse zwar erspart, aber dadurch eben auch alles andere als einen Erfolg in Fällen echter Neurose verspricht.

Unser Genosse Bernfeld, sicher einer der bedeutendsten Köpfe aus dem engeren Mitarbeiterkreis Freuds, hat ein Buch geschrieben, „Sophos oder die Grenzen der Erziehung“, in dem er sich als Psychoanalytiker grundlegend mit den Möglichkeiten der Erziehung auseinandersetzt. Dieses Buch ist jedem sozialistischen Pädagogen wie überhaupt jedem pädagogisch interessierten Menschen — und wer wäre das nicht! — zu empfehlen. Im Almanach ist eine Besprechung Bynckens, der sicher in grundlegenden Fragen ein Gegner Bernfelds ist, nachgedruckt, die ein Beweis dafür ist, wie stark auch auf solche Leute, die nicht zur engeren Jungs gehören, heute bereits die psychoanalytische Denkweise wirkt.

Im September ist auch ein Buch von Dr. Erwin Rohm „Lassalle — der Führer“ erschienen, in dem das Schicksal Lassalles, vom Standpunkt der Psychoanalyse aus betrachtet wird. Ein Auszug aus diesem Buch regt an, es ganz zu lesen. Rohm kommt zu dem Schluß, daß jene in der Literatur viel umstrittene mangelnde Anpassung Lassalles an das reale Leben auf einen psychologischen Infantilisismus, auf das nicht „normale“ Lösen des Oedipus-Komplexes bei Lassalle zurückzuführen sei. Bekanntlich ist der Oedipuskomplex einer der Grundpfeiler der Freudens Sexualtheorie, die behauptet, daß jeder Mensch in seiner Jugend durch die Oedipus-Situation hindurchgehen müsse, durch die Stufe der Verliebtheit in die Mutter (bzw. Vater), welche Situation normalerweise vollkommen vergessen und verdrängt wird (sie spielt sich vor dem vierten Lebensjahre ab), bei Störungen aber die Grundlage von krankhaften seelischen Veränderungen bilden kann, die auf das ganze Leben bestimmend einwirken. Die Heranziehung der Psychoanalyse zur Klärung von Biographien umstrittener Persönlichkeiten scheint ebenso verheißungsvoll zu sein, wie zur Untersuchung von umstrittenen Gestalten aus der Literatur. Ein solches literarisches Thema behandelt der bekannte Freud-Schüler Dr. Rank „Don Juan und Leporello“. Er zeigt, daß der Dichter mit diesen beiden Gestalten zwei Teile eines und desselben Ich verjensehndigt hat. Zu einem ähnlichen Schluß kommt Rank übrigens in einer andern seiner Schriften bezüglich der Gestalt des Judas und des Jesus.

Ganz allgemein lasse sich sagen, daß man in der neueren Psychoanalyse deutlich ein Hinneigen zu soziologischer Orientierung feststellen kann — eine erfreuliche Tatsache, die sowohl der Psychoanalyse als auch der Soziologie voraussichtlich zum Vorteil gereichen wird. Denn wenn es auch richtig sein sollte, daß das Unbewusste bei allen Menschen von erschreckender Einheitsartigkeit ist und sich seit dem Aufstieg aus primitiver Kulturstufe bis herauf zum Europäer des 20. Jahrhunderts kaum nennenswert geändert haben dürfte, wenn es ferner richtig ist, daß alle Kulturleistungen nur auf Hemmungen und Triebeinschränkungen, nicht aber auf Veränderung des Unbewussten beruhen, so ist doch mit solcher Erkenntnis dem Soziologen zunächst nicht viel geboten. Seine Aufgabe ist es, zu untersuchen, welche wesentlichen Einflüsse formend auf die Entwicklung gewirkt haben und welcher Art in speziellen eben die Hemmungen und die Triebeinschränkungen waren und werden mühen, die, durch soziale Veränderungen bedingt, den Anstoß zu einer Kulturentwicklung gegeben haben. Bei soziologischen Forschungen, namentlich soweit sie demütigt sind, Prognosen für die Zukunft zu geben, ist allerdings eine genaue Kenntnis der Mechanik des menschlichen Seelenlebens, wie sie die moderne Tiefenpsychologie von Jahr zu Jahr mehr liefert, eine wichtige Voraussetzung.

Richard Lehmann.

Kleine Chronik.

Geotzen und Satiren von Goethe bis Morgenstern spricht Ludwig Hardt am Freitag, dem 15. Oktober, um 8 Uhr abends im Kaufhausaal fürs WZ. Der berühmte Vortragskünstler sprach gestern im Leipziger Rundfunk, und die Gelegenheit seines Aufenthaltes in Leipzig ermöglichte es dem WZ, ihn schnell für einen Abend zu gewinnen. Wir möchten wünschen, daß es bei einem Eintrittspreise von 1 Mk. (Kugelhölzer und Erwerbslos 60 Pfg.) recht vielen Annehmern des WZ (Mitgliedsrichter zahlen 1.50 Mk.) möglich sein wird, den großen Sprecher zu hören, dessen Programm diesmal einen ebenso starken wie lustigen Abend verspricht. Alle diejenigen, die Ludwig Hardt etwa nur im Radio gehört haben, werden sich davon überzeugen können, daß manches Rednerhafte seiner Vortragskraft auch an die Wirkung seiner Person, seinen Worten und Gesten gebunden ist. Zwar läßt sich sehr wohl die Kunst des Sprechers an und für sich durch den Rundfunk vermitteln, aber wer so sehr persönlich mit seinem Publikum umzugehen pflegt, wie Hardt, wer durch Zwischenbemerkungen, die ihm oft der Augenblick erst einfließt, gern Beziehungen herstellt zwischen seinen Zuhörern und dem künstlerischen Stoff, den er vermittelt, für den wird das starke Mikrophon gewiß nicht der ideale Zuhörer sein, sondern er muß die, denen er sich mittelst, von Rechts wegen sehen und von ihnen gesehen werden.

Die Chorvereinigung Leipzig-Öst, die im letzten Frühjahrskonzert mit einem neuen Werk, dem weltlichen Oratorium „Eine Lebensmesse“ hervortrat, bringt am 17. Oktober, 8 1/2 Uhr, in der Albertshalle A-cappella-Lieder jeder lebender Komponisten für Gemischte, Frauen-, Männer- und Kinderchöre (vgl. das Infertal, von denen viele für Leipzig neu sind).

Die japanische Theaterkunst war bis vor kurzem in Europa noch so gut wie unbekannt. Heute rangiert sie mit der ersten Stelle. Auch in blühendster Hinsicht ist man in Japan durchaus nicht rückständig. Das kleinste Theater besitzt seit langem eine Drehbühne. Ebenso wird der kostümlichen Ausstattung der Stücke nach durchaus künstlerischen Gesichtspunkten größte Sorgfalt gewidmet. Ausführungen über dieses Thema mit interessanten Abbildungen bringt das Septemberheft der im 18. Jahrgang stehenden Monatshefte für Bühnenkunst „Die Szene“ (Verlag u. Co Verlag Berlin W 15) Die gleiche Nummer enthält u. a. Aufsätze von Roman Rolland: „Guld als Theatermann“, Arnold Bronnen: „Jugend und Theater“.

Neues Theater. Wegen mehrfacher Erkrankungen kommt heute Mittwoch anstatt „Iphigenie auf Tauris“ „Tosca“ zur Aufführung.

Eingelaufene Schriften.

Johanna Scherr, Wagnersche Tragödien. Gesammelte Studien, Skizzen und Bilder. 1. Band. (Köln, 80 Pfg.)
Kraupp, Ein Burg- und Waldmärchen von Wilhelm Klinge-Röhm. Verlag Wolf Büchner, Nabelsburg.
Reinhold Schneider, Die Lehre vom Glück. Thüringer Verlagsgesellschaft Dietmar u. Sohn, Langensalza.
Die Gesundheit im Eigenheim. Von H. Baumgart und Dr. E. Wöhl. Heimkulturzeitung E. Wöhl, Leipzig 80. Neue Auflage.
Friedrich Schiller, Von Königsberg bis Weimar. Verlag der Hainbuchhandlung Wehl.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 13. Oktober.

Die unsittliche Turnkleidung.

In der Nummer 30 der Leipziger Lehrerzeitung wird folgendes mitgeteilt: In Graßhofs bei Debitselde, einem Dorf von 670 Einwohnern im Lande Braunschweig, hat der Lehrer für die Mädchen Turnkleidung eingeführt. Unhöflich eines Wettlaufens der Kinder will nun der Pastor Ziegenmeyer aus 30 Meter Entfernung beobachten, wie Jungen die Mädchen in ihren Turnanzügen „hütern angesehen“ hätten. Darob Rücksprachen und ernste Vorstellungen bei Eltern und Lehrer wegen Gefährdung der Sittlichkeit durch die unsittliche und wenigstens bei ihm öffentliches Vergernis erregende Turnkleidung. Letzte Weihnachten stellten in einem Märchenspiel neun Mädchen Zwerge, Witzmännlein, Osterhasen dar. Ueber wärmende Unterkleidung und lange Strümpfe trugen dabei die Kinder auf Veranlassung des Lehrers ihre Turnkleidung mit Zwergenschürzen usw. Nun lies das Faß über. Als sich die Kinder am anderen Tage zur Schmückung des Christbaums in der Kirche einfanden, wurden sie vom Pastor wegen ihrer schamlosen Auftretens am vorhergehenden Abend aus der Kirche gewiesen. In der Weihnachtspredigt erhob er von der Kanzel herab die schwersten Vorwürfe gegen die Eltern, die mit dieser „schamlosen“ und „unsittlichen“ Kleidung das irdische und himmlische Heil aufs höchste gefährdeten. „Tausendfaches Unheil“ sei mit diesen Anzügen schon angedeutet worden. Mehrere Väter verließen demonstrativ die Kirche. Vom Superintendenten Meyer-Vorselbe wurden im Namen der Sittlichkeit mit christlicher, vergebender Milde und Liebe fünf dieser Mädchen — Konfirmandinnen — angefahren: „Schämt ihr euch nicht, daß ihr halbnackt wie Sekthängerinnen in Tricot auf der Bühne herumtanzt!“ was sicher sehr viel zur Erhaltung von Keuschheit und Unschuld bei den Kindern beigetragen hat. Da aber die Gefahr bestand, daß sich die Turnanzüge der Mädchen des Dorfes Graßhofs bei Debitselde zu einer schweren Gefahr für das ganze Land Braunschweig auswüchsen, hieß es, den Anzügen begegnen. Das Landeskirchenamt (früher Konsistorium) selbst nahm sich der Sache an, bezeichnete in einem hochachtlichen Schreiben die Anzüge als „die Sitten schwer gefährdend“ und schloß die sündhaften, sittenlosen Kinder von der Konfirmation aus. Damit wäre die Sittlichkeit wieder einmal gerettet gewesen, wenn nicht die Eltern eine ganz andere, d. h. eine normale und natürliche Auffassung von Sittlichkeit hätten.

Sie gaben dem Abgeordneten des Landeskirchentags eindeutig und sehr deutlich zu verstehen, daß für Menschen mit normalen sittlichen Empfinden Turnanzüge bei Mädchen durchaus nicht unsittlich seien oder unsittliche Gedanken auslösen könnten. Sämtliche Eltern der vom Konfirmandenunterricht nicht ausgeschlossenen Kinder erklärten: Entweder werden alle Kinder konfirmiert oder kein einziges. Eine Gemeindeversammlung unterstützte die Eltern, und 82 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten des Ortes verlangten durch Unterschriften die Vergebung des Pastors. Solange der Pastor im Orte amtire, werde niemand von ihnen die Kirche mehr besuchen. Am Karfreitag, am ersten und zweiten Osterfeiertag hielten der Pastor in der Kirche, der Lehrer in der Schule Gottesdienst ab. Beim Pastor fanden sich 15 Zuhörer, beim Lehrer 130 Erwachsene und 40 Kinder ein.

Nicht immer sehen sich die Eltern mit gleicher Entschiedenheit gegenüber den Eingriffen des Geistes finsternen Modernismus zur Wehr. Im Namen der Sittlichkeit wird der Kampf mißbräuchlich geführt von einem Manne, dem das Gefühl für wahre Sittlichkeit verloren gegangen zu sein scheint, und der Fanatiker wird sich nicht bewußt, wie er reinen Sinn und Unschuld des Kindes durch solchen Kampf aufs ernsteste gefährdet. Ein hohes Landeskirchenregiment aber bekämpft durch seine Stellungnahme und die Strafmaßnahmen, daß es des beseligen Geistes ist.

Licht loht Leute.

So lautete die Parole, unter der eine gestern im Weißen Saale des Zoo stattgefundene, vom Einzelhandelsverband im Verein mit den städtischen Elektrizitätswerken getroffene Veranstaltung stand. Sie bezweckte durch Demonstrationen dazutun, wie Schaufensterauslagen und Beleuchtung in günstiges Zusammenwirken gebracht werden können, damit der Zweck der Schaufensterdecoration, den Blick des Passanten mit suggestiver Macht anzuziehen, erreicht werde. Nach einigen einseitigen Ausführungen des Direktors S w o b o d a von den Elektrizitätswerken und des Vorsitzenden vom Einzelhandelsverband, D o r h a u e r, erhielt Herr Dipl.-Ing. K i r c h n e r aus Berlin das Wort. Er gab einleitend einen gedrängten Überblick über die Entwicklung des Beleuchtungswesens. Die erste Epoche sei als reine Leuchtkunst anzusehen. So wenn man früher einen brennenden Kienpan aus dem Herdfeuer nahm und ihn an der Wand befestigte, um durch seine Leuchtkraft, die als „Abfallprodukt“ seiner Heizwirkung zu betrachten ist, sich um einiges weniger abhängig vom Tageslicht zu machen. Die zweite Epoche setzte sich zum Ziel, die Lichtstärke zu vergrößern. Hierher gehört die Zeit der Gas- und Petroleumleuchtkunst. Die dritte Epoche, in der wir gegenwärtig stehen, wende ihre Aufmerksamkeit dem Teile des Lichtes zu, der von der beleuchteten Fläche ins Auge gelangt. Wichtig für die Beleuchtung der Schaufenster seien die ersten Abendstunden, in denen noch ein harter Passantenverkehr in den Straßen sich zeige. Heute werde bei der Schaufensterbeleuchtung noch sehr ungewöhnlich und unwirtschaftlich verfahren. Zu schwach beleuchtete Fenster spiegeln die gegenüberliegende Seite der Straße wider, wodurch der Zweck der Beleuchtung sich stark mindere. Je heller die Straßenbeleuchtung, desto größer müsse die Lichtausbeute sein, um die Schaufensterauslage wirkungsvoll nach außen treten zu lassen. Diffuses, durch besondere Gläser zerstreutes Licht, wirke schattenlos, sogenanntes hartes Licht gebe starke Schatten. Wichtig sei auch die Lichtrichtung. Beleuchtung von oben entspreche dem Richtungssinn unseres Auges am besten. Durch Vorschalten von Lichtfiltern lasse sich auch der Lichtquellenbereich auf ein Rot beschränken und ein künstliches Tageslicht schaffen. Doch dadurch trete wieder Lichtverlust ein. Man verwende diese Beleuchtungsart zweckmäßig nur dort, wo auf Farbentöne auch während der Abendbeleuchtung Gewicht gelegt werden müsse. Besonders Augenmerk müsse auf Kontrast zu der Beleuchtungsstärke außerhalb des Fensters verwendet werden. Das Licht dürfe nicht aus dem Fenster heraus auf die Straße fallen. Ebenso sei es unvorteilhaft, wenn die Decken der Fenster Licht auffangen. Zum Schluß führte der Redner ein Schaufenster mit musterhaften, allen Anforderungen genügenden Beleuchtungseinrichtungen vor. Eine Glasbede trennt die Oberlichtquellen von der Dekoration, am Fuße und an den Seiten des Fensters Einrichtungen für Zusatzbeleuchtung. Scheinwerfer für schmale Lichtbündel, um einen einzelnen Gegenstand scharf herauszuheben, Scheinwerfer mit breiter ausweichenden Strahlenbündeln, die ein intensives Licht auf das

Schlamperei der städtischen Verwaltung

500 000 Mark mehr Baukosten für den Schlachthof.

Die Stadt hat auf dem Schlachthof eine neue Fleischgroßhandels-halle errichtet. Außerdem ist ein Umbau des Kessels und Maschinen-hauses und die Umgestaltung seiner Kessel- und Maschinenanlagen erfolgt. Für diese Bauten und Umgestaltungen sind von den Stadtverordneten in mehreren Sitzungen einschließlich der Nachbewilligungen insgesamt 3 365 500 Mark bewilligt worden. Wie jetzt bekannt wird, sind diese Baukosten um 500 000 Mark überschritten worden, ohne daß die Stadtverordneten bisher in einer Vorlage davon Kenntnis erhalten hätten. Diese Ueberhöhung der Baukosten, die ja nicht die erste ist, muß als eine unerhörte Schlamperei in der städtischen Verwaltung bezeichnet werden. Verantwortlich dafür ist der zuständige Dezernent, Herr Stadtrat D i x, der schon sehr oft die Stadtverordneten bei Ausführung von Bauten vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Wiederholt ist es vorgekommen, daß er die Arbeiten schon in Angriff genommen hatte, ehe den Stadtverordneten Vorlagen darüber zugegangen waren. Bei verschiedenen Vorlagen sind große Ueberhöhrungen der von den Stadtverordneten bewilligten Mittel erfolgt. So sind die Baukosten bei früheren baulichen Veränderungen und Erneuerungen auf dem Schlachthof, bei Übernahme von Neueinrichtungen im Krankenhaus St. Jakob und bei baulichen Veränderungen im Kinderkrankenhaus wesentlich höher gewesen, als wie sie von den Stadtverordneten nach den ihnen unterbreiteten Vorlagen beschlossen worden sind. Herr Stadtrat D i x läßt bei der Ausarbeitung seiner Vorlagen jene Zuverlässigkeit und Genauigkeit vermissen, die bei jedem Ratbezirk eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Entweder liegt Unfähigkeit oder lieberliches Verhalten vor.

Bei den Neubauten und laufenden Veränderungen auf dem Schlachthof sind eine Reihe von Arbeiten verrichtet worden, die nicht von dem Ratbezirk in seinen Vorlagen veranschlagt waren. Die Arbeiten sind nicht von der städtischen Baugesellschaft, sondern von privaten Unternehmern ausgeführt worden, denen die nicht veranschlagten Arbeiten im Tagelohn vergütet worden sind. Die Unternehmer haben dafür 50 bis 60 Prozent mehr für die Ausführung verlangt, weil die Arbeiten nicht im Anschluß vorgehen waren. Auf diese Weise sind den in Frage kommenden privaten Bauunternehmern gewaltige Gewinne in die Tasche geschoben worden. Die Stadt und die Steuerzahler haben die Mehrkosten dafür zu tragen. Herr Stadtrat D i x als Ratbezirk aber die Verantwortung, von der er sich hoffentlich nicht zu drücken versucht. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Stadtverordneten mit diesem Ratbezirkern einmal gründlich Fraktur reden. Ob dies freilich von den bürgerlichen Stadtverordneten geschehen wird, ist sehr fraglich, denn sie haben im Jahre 1924 D i x auf Lebenszeit gewählt, weil er nach ihrer Auffassung ein außerordentlich tüchtiger Fachmann ist. Seine fachlichen Eigenschaften müssen jedoch nach den bisherigen Erfahrungen stark angezweifelt werden. Im übrigen

zeigt auch dieser Fall wieder, wie die Bürgerlichen bei der Besetzung wichtiger Verwaltungämter der Stadt sich weniger bei der Auswahl der Personen von deren Gelegenheit und Tüchtigkeit leiten lassen, sondern wie es ihnen nur darauf ankommt, einen der ihrigen in Positionen zu schieben, die man Interessententrettern des kapitalistischen Bürgertums glaubt sichern zu müssen.

Der Oberbürgermeister ist vor einigen Wochen nach Amerika gefahren, um durch persönliche Unterzeichnung von 7000 Anteilspapieren für die Stadt 20 000 Mark zu sparen. Seine Anstrengungen, wenn man von solchen überhaupt sprechen kann, sind überflüssig gewesen, denn diese geparte Summe ist einige Duzend Mal durch die unerhörte Schlamperei, die anscheinend im Dezernat des Herrn Stadtrats D i x herrscht, vertan worden. Die privaten Bauunternehmer, die auf dem Schlachthof die Arbeiten ausführten, haben ganz andere Summen als Gewinn für sich, dank der „Tüchtigkeit“ des Herrn D i x, einheimen können. Das ist auch eine Folge davon, daß durch die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit die städtische Baugesellschaft bei der Ausführung städtischer Bauten oft ausgeschaltet und den privaten Baunternehmungen die Möglichkeit geboten worden ist, riesige Profite auf Kosten der städtischen Bevölkerung erzielen zu können. Wäre die städtische Baugesellschaft die Bauausführende gewesen, dann hätte man wahrscheinlich die nichtveranschlagten Arbeiten im Tagelohn mit einem Aufschlag von 50 bis 60 Prozent nicht auszuführen brauchen. Auch hier zeigt es sich wieder, wie die bürgerlichen Stadtverordneten die Interessen der Stadt und seiner Bevölkerung durch die Drohung der städtischen Baugesellschaft gefährdet haben und noch gefährden. Die Wähler und Wählerinnen müssen den bürgerlichen Parteien am 14. November dafür die Quittung ausstellen, indem sie die bürgerliche Mehrheit beibehalten und dafür sorgen, daß durch eine sozialistische Arbeitermehrheit eine gemeinnützige Kommunalpolitik im Interesse der Stadt getrieben wird.

Es darf erwartet werden, daß im Stadtverordnetenkollegium gründlich in die Schlamperei der städtischen Verwaltung hineingeleuchtet wird und daß die Stadtverordneten mit aller Entschiedenheit dagegen Verwahrung einlegen, durch Ratbezirkern vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Diese Praxis der städtischen Verwaltung, wie sie im Falle D i x in Erscheinung tritt, läuft darauf hinaus, daß die Stadtverordneten in wichtigen Fragen ausgeschaltet und ihnen nur noch das zweifelhafte Recht der Nachbewilligung und der nachträglichen Zustimmung übrigbleibt. So kann es nicht weitergehen, daß die Stadtverordneten vorher „nig to leggen“ haben und Stadträte sich annehmen, über die Mittel der Stadt in einer Weise zu verfügen, die einer Ausschaltung des Stadtparlamentes gleichkommt. Oder daß Ratbezirkern durch eigenmächtiges Vorgehen ihrer Beamten sich beiseiteschieben und auf der Kasse herumtanzen lassen.

Ganze oder einen großen Teil der Dekoration werfen. Dazu farbige Beleuchtung.

Die Ausführungen wurden durch zahlreiche Demonstrationen sowohl theoretischer als auch praktischer Art bestens veranschaulicht. Zwei Schaufensterdekorationen, eine für farbige Stoffauslage, eine für Gegenstände verschiedener Art, dienten dazu, sowohl farbige als richtige Beleuchtung vorzuführen. Die zahlreich erschienenen Zuhörer waren sichtlich gefesselt, was auch in dem Beifall zum Ausdruck kam, der den Ausführungen dieses Redners folgte.

Zum Schluß sprach noch Herr Syndikus Dr. H i l p e r t über richtigen Kundendienst. Der Geschäftsmann müsse sich wieder zum Diener des „Königs Kunde“ machen. Das Vertrauen des Käufers müsse zurückgewonnen werden. Höflichkeit sei der beste Kundendienst. Leber — und nun kam die Weisheit eines Reaktionsärs — mache die Schule des Geschäftsmanns schwer, die jungen Leute für solchen Kundendienst zu erziehen. Die heutigen „Spieschulen“ seien nichts gegenüber der zwar härteren, aber mehr Autorität lehrenden Schulen der Vorkriegszeit.

Der Kapitalismus kann der Reklame nicht entbehren. Die beste Reklame sind wohl billige Preise, sie sind, wie Marx einmal sagte, das schwerste Geschütz, mit dem der Markt erobert wird. Leider haben Krieg und Inflationszeit in die Praxis der Preisfestsetzung so viele unlaute Elemente eingeschmuggelt, daß es trotz der durch die Stabilisierung verschärften Konkurrenz bisher nicht gelang, die Unternehmer wieder zu der früheren haarscharfen Kalkulation zu bringen. Solange das jedoch nicht erreicht ist, wird natürlich auch der Erfolg selbst der raffiniertesten Schaufensterbeleuchtung aufs höchste beschränkt. Die Abfahrtskiste ist infolge der niedrigen Reallohne in fast allen Industriezweigen zugleich eine Kaufkraftkiste. Dagegen vermag der Ausbau der Reklamekunst auch nichts auszurichten. Aber das große Interesse, das der vorstigierte Veranstaltung entgegengebracht wurde, läßt doch den Schluß zu, daß man über den Erwerbungen hinsichtlich erfolgversprechender Werbung auch zu der Erkenntnis kommen wird, daß die Rückkehr zu billigeren Preisen die Vorbedingung aller erfolgreichen Werbemöglichkeiten ist.

Das Kindererholungsheim Neuhaus am Rennsteig.

Bekanntlich war es im Frühjahr dieses Jahres dem Dezernenten des städtischen Wohlfahrtsamtes, Bürgermeister Dr. K u d i s, gelungen, nach langen vergeblichen Versuchen Müllers Hotel in Neuhaus am Rennsteig für die Stadt anzukaufen, um es zu einem Erholungsheim für gesundheitlich bedürftige Kinder umzugestalten. Mitte September konnten zum ersten Male 150 Knaben von der Stadt in dem eigenen Heime untergebracht werden. Am Dienstag fand in Gegenwart der Mitglieder der zuständigen Ausschüsse die Einweihung des Heimes statt.

Das Heim liegt 834 Meter über dem Meere auf einem der höchsten Rämme des Thüringer Waldes. Es ist in wenigen Stunden von Leipzig über Probstzella zu erreichen. Die Endstation der Baby liegt zwei Minuten vom Heim entfernt. Etwas erkrankte Kinder können also rasch und sehr bequem sofort zurückbefördert werden. Das Heim ist ein stattliches dreistöckiges feinstreichtes Gebäude, das nicht nur einen vorteilhaften Anblick gewährt, sondern durch geschickte Verbindung der ehemaligen Hotelzimmer recht praktisch und zweckmäßig eingerichtet ist. Eine genügende Anzahl Speisezimmer, ein großer Speisesaal, nicht zu große Schlafräume bieten

den Kindern ausreichende und bequeme Unterkunft mit Zentralheizung, Kalt- und Warmwasserleitung. In dem 10 000 Quadratmeter großen parkähnlichen Garten können sie sich ausstrecken, wenn nicht kleinere oder größere Spaziergänge in die schöne Umgebung veranfaßt werden, die sich in einem köstlichen Fernblick von den Fenstern des Heimes aus den Besuchern darbietet.

Und die Kinder, die sich zur Zeit im Heim befinden, haben es bitter nötig, frische Luft und gutes und reichliches Essen einige Wochen lang zu genießen. Fast ohne Ausnahme waren es stark unterernährte, erschöpfend blaß, ganz unklindlich iply und abgemagert aussehende Proletarierkinder, eine juchsbare Anlage für eine Gesellschaft, in der ein solches Mitleidenerleben entstehen kann. So sehr es zu begrüßen ist, daß diesen gesundheitlich so außerordentlich bedürftigen Kindern ein sechsmonatiger Erholungsurlaub bereitet wird, so drängt sich doch gerade hier die Tatsache der Unzulänglichkeit dieser Wohlfahrtsanstalten auf. Zurückgeführt in das alte Proletarierelend wird gar bald wieder der erzielte Erfolg verishwendet sein. Und was sind 1200 Kinder, die jährlich dort untergebracht werden, gegenüber den vielen Tausenden, denen die Stadt noch keine solche Erholung gewähren kann? Beteiligung einer Gesellschaftsordnung, in der ein solches Elend unumgänglich ist, bietet die einzig wirksame Hilfe.

Bei der Einweihung wurden die üblichen Reden gehalten. Erfreulich waren die Darbietungen der Kinder, die nicht nur eine Fingerrückbildung gebildet hatten, sondern durch Pyramiden einer Musterriege zeigten, daß sie in der Schule und im Arbeiterturnverein was Tüchtiges gelernt haben.

Wäre das so vorteilhaft erworbene Heim unter der Leitung des Jugendamtes sich zum Vorteil unerer städtischen Jugend recht häufig weiter entwickeln.

Der Kampf gegen die Regiebetriebe.

Man schreibt uns: Nicht nur im Stadtparlament und in Versammlungen von profitulierten Spielern führen die Bürgerlichen ihren Kampf gegen die Regiebetriebe, sie haben ihre Helfershelfer weit in die städtischen Betriebe hineingeschickt um die Bevölkerung gegen die Regie scharf zu machen. Das scheint auch in der Straßenbahn der Fall zu sein. In Wödem wird zur Zeit die Brücke über die Eisenbahn verbreitert, eine unbedingt notwendige Maßnahme, da diese Brücke schon längst ein Verkehrshindernis darstellt. Aber eine unglaubliche Rücksichtslosigkeit gegen das fahrende Publikum ist es, wenn zu gleicher Zeit in unmittelbarer Nähe noch eine Ausweihung der Schienen vorgenommen wird, so daß auf einer Strecke von circa 300 Meter der Verkehr zweimal umgeleitet werden muß. Dadurch entstehen Verpätungen und Verkehrsstörungen bis zu 10 Minuten. Am Sonnabend, früh 7½ Uhr sammelten sich 6 stadtteilwärts fahrende Züge an, die alle mit Arbeitern und Angestellten gefüllt waren, die zu ihrer Arbeitsstätte fuhren. Das geht nun schon seit reichlich 14 Tagen so. Dahinter kann nur Unfähigkeit oder Bosheit stehen und es wird an der Bevölkerung Leipzigs liegen, ein Stadtparlament zu wählen, das den verantwortlichen Saboteuren der städtischen Betriebe derb auf die Finger klopft.

Wieder ein Auswanderungsschwindel.

Von der Kriminalpolizei in Dresden konnte kürzlich ein Betrüger, der Auswanderungslustige um erhebliche Beträge gebracht hatte, in der Person eines stellunglosen 24 Jahre alten Kaufmanns entlarvt werden. Als angeblicher Leiter einer „Auswanderungsgruppe Ecuador“ inserierte er in der Auswanderungszeitung Uebersee in Wien. Auswanderungslustigen, die sich darauf meldeten, wurde ein Schreiben zugeandt, in dem der Betrüger durch seine Vermittlung verbilligte oder freie Ueberfahrtsgelegent nach Ecuador, Brasilien usw. versprach. Weiter versprach er, in den Auswanderungsländern für gute und lohnende Arbeit und Unterkunft zu sorgen. Zur Bedingung machte er, daß jeder, der dieser Vorteile teilhaftig werden wollte, Mitglied der Gruppe werden und 3 Mark Beitrittsgebühren bezahlen mußte. Gegen Vereinbarung größerer Geldbeträge erbot sich der Schwindler zur Beförderung der notwendigen Papiere, Bässe usw. Auch wollte er Waffen preiswert verschaffen. In Wirklichkeit verbrauchte er das Geld zu seinem Nutzen. Wie aus dem beschlagnahmten Schriftwechsel ersichtlich ist, sind ihm in der geschilderten Weise namhafte Beträge in die Hände gefallen. Unter den Geschädigten befinden

Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die Landtags- und Gemeindevahlen liegen am Sonntag von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags, an den Wochentagen von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in den an den Plakatsäulen bekanntgemachten Stellen aus. Ueberzeuge sich jeder Wähler und jede Wählerin, ob sie in der Wählerliste stehen.

Sichert euch euer Wahlrecht!

Die Wählerlisten für die Landtags- und Gemeindevahlen liegen am Sonntag von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags, an den Wochentagen von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in den an den Plakatsäulen bekanntgemachten Stellen aus. Ueberzeuge sich jeder Wähler und jede Wählerin, ob sie in der Wählerliste stehen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Markranstädt.

Die Wahl der Vertreter und Erbkämmer für den Ausschuss der Kasse soll Sonnabend, den 27. November 1926 im Restaurant „Lübinger Hof“ hier, Leipziger Straße 45, erfolgen und zwar:

für die Arbeitgeber vormittags von 8-11 Uhr,
für die Arbeitnehmer von vormittags 11 bis abends 8 Uhr.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche nach Vollendung des 21. Lebensjahres und nach Vollendung des 18. Lebensjahres, wenn das Vormundschaftsgericht die Volljährigkeit ausgesprochen hat.

Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtigen Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben, mit Ausnahme der Arbeitgeber unabhängig Beschäftigter, Arbeiter, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungsbeiträge beschließen, andernfalls zu den Arbeitnehmern. Für die Wahlbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Wahlberechtigt sind volljährige Versicherte, die gemäß § 165 und 235 der Reichversicherungsordnung bei der Kasse versichert sind.

Nicht wählbar ist

1. wer infolge körperlicher Verunstaltung die Fähigkeit zur Befüllung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist.
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Arbeitgeber, die mehrere Versicherungsbeiträge beschließen, haben:

- Für 1-5 Beschäftigte 1 Stimme,
6-10 Beschäftigte 2 Stimmen,
11-15 Beschäftigte 3 Stimmen,
16-20 Beschäftigte 4 Stimmen,
21-25 Beschäftigte 5 Stimmen,
26-30 Beschäftigte 6 Stimmen,
31-35 Beschäftigte 7 Stimmen,
36-40 Beschäftigte 8 Stimmen,
41-45 Beschäftigte 9 Stimmen,
46-50 Beschäftigte 10 Stimmen usw. bis zur Höchstzahl von 30 Stimmen.

Die Wahlen sind geheim. Gewählt wird nach den Grundätzen der Verhältniswahl.

Zu wählen sind:
20 Vertreter der Versicherten und 40 Stellvertreter, 10 Vertreter der Arbeitgeber und 20 Stellvertreter

Die Wahlzeit dauert bis Ende 1932.

Die Arbeitgeber- und Mitgliedervereine (Wahlvereine) können auf der Geschäftsstelle, Markranstädter Str. 45, par. eingeleitet werden. Etwasge Einträge gegen die Richtigkeit der sich daraus ergebenden Wahl- und Stimmberechtigungen sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens binnen vier Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln beim Vorstand zu erheben. Der Wahlausschuss prüft bei der Wahlhandlung die Wahl- und Stimmberechtigungen jedes Wählers.

Alle Wähler die in den Wählerlisten eingetragen sind, werden spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag über ihre Wahlberechtigung, die Arbeitgeber außerdem unter Angabe der Stimmenzahl, benachrichtigt, mit dem Hinweis, daß diese Benachrichtigung als Ausweis bei der Wahl dient und daher zur Wahl mitzubringen ist.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag Wahlvorschläge bei dem Vorstand einzureichen; später eingehende Wahlvorschläge werden nicht berücksichtigt.

Die Wahlvorschläge sind getrennt für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzureichen. Der Vorstand stellt keinen eigenen Wahlvorschlag auf. Die zugelassenen Wahlvorschläge können während der üblichen Geschäftszeit auf unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen getrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichnete binnen einer ihm gesetzlich Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber nennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor-Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Vorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

Die eingereichten Wahlvorschläge werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen und auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Beanstandungen müssen bis spätestens 12. November 1926 befristet sein. Bis zu diesem Tage können die Wahlvorschläge auch noch zurückgenommen werden. Ungültig sind neben den verspätet eingereichten Wahlvorschlägen solche, die nicht mit den erforderlichen Unterschriften versehen oder deren Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, sofern diese Mängel nicht bis zu dem vorstehend genannten Tage beseitigt werden.

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben. Wähler, die durch körperliche Gebrechen gehindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Ist der Name des Wählers in der Wählerliste nicht enthalten, so wird die Wahl nur zugelassen, wenn er in einer förmlichen Mitteilung des Wahlausschusses überzeugenden Weise seine Wahlberechtigung nachweisen kann. In Ausnahmefällen dient als Ausweis für die Arbeitgeber die Quittung über die zuletzt gezahlten Beiträge und für die Versicherten das bis zum Tage der Wahl quittierte Mitgliedsbuch oder eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Beschäftigung steht.

Der Stimmzettel enthält die Namen derjenigen Bewerber, welchen der Wähler seine Stimme geben will.

Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt. Jede Abänderung des Stimmzettels macht den Stimmzettel ungültig.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe sein und in einer Größe, die der Vorstand bestimmt. Stimmzettel, die von diesen Bestimmungen abweichen, sind ungültig. Wähler legen auf der Geschäftsstelle aus.

Die weiteren Bestimmungen über die Wahl sind aus der der Kassenabteilung angefügten Wahlordnung zu ersehen. Die Wahlordnung kann ebenfalls auf der Geschäftsstelle der Kasse eingesehen werden.

Markranstädt, den 13. Oktober 1926.
Der Kassenvorstand,
L. Budisch, Vorsitzender.

Tapeten!

Große Auswahl! Große von 20 Pf. an, Violeum-Teppiche, Läufer, Wandtapeten, Bunttapeten, (guter Kleber) Billige Breite, Volants, Tapeten, Gitter, etc., etc. Markranstädt.

Reformbetten-
Rockstroh
Spezial-Geschäft
Nicolaistr. 10
Preisw. Qualitäten
Reich. Musteran.

Die Frauenwelt

ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, b. Frauen des Angehüllten u. mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit Frauenwelt bekannt gemacht die ihren hohen praktischen u. idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und adhen zu dem großen trauen Verkauf, der von Post zu Post um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt zeichnet sich durch jedes Heft enthält die neueste Modenschau Selbst ist die Frau ein jedes Heft enthält außerdem eine interessante, sehr wertvolle Sonderbeilage **Rinderland** Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 40 Pfennig. Alle Austräger und Abnehmer der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. **Leipziger Buchdruckerei U. G.** Kaufhaus Str. 10/11 1. u. 2. Buchhandlung

2 große Schlager!

Echter Schweizerkäse
vorzügl., saftige Qualität

1/2 Pfd nur 65

Frischer Schweinekamm oder Koteletten

Pfd. nur 1,30

Brühl

Kaufhaus

Konsumverein L.-Blagwitz u. Umg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftung.

Vermögen	Bilanz per 30. Juni 1926	Schulden
Betriebswerte:		
Warenbestand	3 737 417,36	
Inventar	159 000,—	
Maschinen	147 000,—	
Fuhr- u. Kraftwagenpark	141 000,—	
Gleisanlage Wodau	—	
Grundstückswerte:		
Grundstücke und Gebäude	2 732 042,37	
Angelegte Werte:		
Beteiligungen	251 527,81	
Effekten	—	
Ausgeliehene Hypotheken	40 319,41	
Flüssige Werte:		
Bankguthaben	351 035,44	
Poltschek	18 977,42	
Kasse	44 330,03	
Forderungen:		
Debitoren	31 860,71	
Zusammen	7 684 943,65	Zusammen 7 684 943,65

Mitgliederbewegung.
Bestand am 30. Juni 1925 . . . 71 646 Mitglieder
Neu eingetretene . . . 1 445 Mitglieder
73 091 Mitglieder
Es schieden aus: durch Kündigung 375 Mitglieder
durch Tod 171 Mitglieder
durch Übertragung 40 Mitglieder
durch Ausschluss 956 Mitglieder
1 542 Mitglieder
Bestand am 30. Juni 1926 . . . 71 540 Mitglieder
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betragen am 30. Juni 1926 149 750,08 Mkt.
Sie vermehrten sich im Berichtsjahr einschließlich Aufwertung um 554 379,10 Mkt.
und betragen am 30. Juni 1926 698 129,18 Mkt.
Die Summe der Mitglieder betrug am 30. Juni 1925 3 582 300,— Mkt.
Sie verminderte sich um 4 850,— Mkt.
und betrug am 30. Juni 1926 3 577 450,— Mkt.
Leipzig-Blagwitz, den 13. Oktober 1926.
W. Böhler, D. Borgner.

Ortsverein Alt-Leipzig

S. P. D.
Freitag, den 15. Oktober, abends 7/8 Uhr
im großen Saale des Volkshauses
Mitglieder-Versammlung
Felix Fechenbach spricht
über das Thema:
Im achten Jahre der Republik.
Der Redner wird besonders die Justiz- und Fememordskandale behandeln.
Sorgt für starken Versammlungsbesuch!
Auch die Mitglieder anderer Ortsvereine sind willkommen.
Gäste können eingeführt werden.
Der Vorstand.

Dr. med. Neckels
Spez.-Arzt für Harn- u. Hautleiden
praktiziert wieder selbst.
Petersteinweg 10
Licht- und Röntgenbehandlung.
Sprechstunde 10-1, 4-7 Uhr.

Famliennachrichten.
Für die liebevolle Anteilnahme beim Selbstaange meiner lieben Gattin, unlerer auden Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Frau
Marie Baumgeb. Kunze
lagen wir allen Freunden und Bekannten unsern aufrichtigsten Dank.
Leipzig, den 11. Oktober 1926.
Karl Baum nebst Kindern.

Schotten
Voll-Fett-
Heringe
10 Stück **75**
und 10 Stück **50**
Heringsmilch gratis!
1/2 Original-Tonne 950/1000 **30** Mkt.
1/2 Original-Tonne 450/500 **28** Mkt.
Trotz schwerer Stürme große Zufuhren
Seefische
und prachtvolle blutfrische
Grüne Heringe
Fischmariaden
Räucherwaren
zu billigen Preisen.
Paul Baumann
Fischwarengroßhandlung
Loipzig, Windmühlstraße 42.

Bekannt wird Ihr Geschäft

in dem großen Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten, wenn Sie die Werbeweche der Leipziger Volkszeitung vom 16. bis 23. Oktober zur Insertion benutzen. Während dieser Woche wird die Leipziger Volkszeitung von vielen Helfern einem groß. Teil der Leipziger Bevölkerung kostenlos ins Haus getragen. Benutzen Sie diese Gelegenheit, denn

heben Sie Ihren Umsatz. Um auch unsererseits größte Sorgfalt auf die Ausgestaltung Ihrer Inserate legen zu können, ersuchen wir um schnellste Übermittlung derselben. Größte Beachtung finden Inserate

Verlangen Sie unter Fernruf 72206 noch heute unseren Vertreterbesuch. Ein Versuch wird Ihnen sicher gute Erfolge bringen!

nur durch gute Reflame

in der Leipziger Volkszeitung

Werkstätten für Erwerbsbeschränkte.

II.

Das vielleicht interessanteste und erfolgreichste Unternehmen des Arbeitsamtes II sind aber unstreitig die „Werkstätten für Erwerbsbeschränkte“.

Um gerade für diese, von der freien Wirtschaft vergessenen Menschen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, wurde auch in Leipzig eine Werkstätte für Erwerbsbeschränkte eingerichtet.



Schuhmacherei.

wert und gut arbeiten. Auch das Städtische Beschaffungsamt unterstützt die Schreibstube mit etlichen Aufträgen.

Rein für die Erwerbslosen eingerichtet sind die später zu den Werkstätten hinzugekommenen Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten.

Die Handwerksinnungen sind, was aus den verschiedenen Vorkommnissen in den letzten Jahren bekannt ist, sehr eifersüchtig auf Wahrung ihrer Interessen bedacht.



Schuhmacherei.

an Stelle der teuren Handarbeit billige neue Fertigware kauft. Diese Innungen empfinden natürlich die Erwerbsbeschränkten-Werkstätte als recht mißliebige Konkurrenz.

Leistungen zu so bescheidenen Preisen hervorzubringen; sie hat sich mit dieser — immerhin nur kleinen — Konkurrenz abgefunden.

Die von der Erwerbsbeschränktenwerkstätte weiter eingerichteten Werkstätten in der Liebestraße, die Holzspalterei,



Holzspalterei: Kreisäge.

Klempnerei und Schlosserei, finden gleichfalls dank ihrer vorzüglichen Arbeiten reichliche Aufträge.

In den wenigen Jahren hat sich die Werkstätte dank der unermüdeten Arbeit ihrer Leitung stark vergrößert und in allen Teilen der Leipziger Bevölkerung, bei Privaten wie Geschäftskenten, Anerkennung gefunden.

Die Leipziger Einrichtungen sind vorbildlich, sogar in den Kreisen, die für gewöhnlich einer sozialen Fürsorge ablehnend gegenüberstehen, wenn diese irgendwie die eigenen Interessen be-



Holzspalterei-Stapelplatz.

rührt, aber auch ihnen entgeht nicht, daß die durch die Werkstätten ersparten Mittel sonst auf dem Steuerwege beschafft werden müßten, und daß die Konkurrenz gegenüber dem freien Gewerbe leider nur allzu minimal ist.

Die „soziale Einsicht“ bürgerlicher Stadtverordneten in Beziehung auf die Werkstätten für Erwerbsbeschränkte offenbarte sich recht nett bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages im Leipziger Stadtverordnetenkollegium:

Die Arbeitsstätten für Erwerbsbeschränkte auszubauen und die Löhne mit den Gewerkschaften in einer Höhe zu ver-

Der zweite Teil, die Löhne betreffend, wurde mit der Stimme der Demokratin Mendelssohn-Bartoldy von den Bürgerlichen ab-

Die kommenden Landtags- und Gemeindevahlen geben den Erwerbslosen und Erwerbsbeschränkten Gelegenheit, den sozial rückständigen Herrschaften die Nutzung auszustellen in Gestalt eines sozialdemokratischen Stimmzettels.

Erster Deutscher Textilarbeiterinnenkongress.

Gera, den 11. Oktober.

Heute vormittag wurde hier unter starker Beteiligung der Bevölkerung der von 400 weiblichen Delegierten besetzte erste deutsche Textilarbeiterinnenkongress eröffnet.

Zu dem ersten Referat erhielt Frau Dr. med. Dietrich-Dresden das Wort. Sie sprach leidlich vom ärztlichen Stand-

Gera, den 12. Oktober.

Der Abend des ersten Kongrestages brachte den Höhepunkt der Tagung in dem Referat der Genossin Elise Kiewera-Gera.

„Die psychologische Einstellung der Textilarbeiterin im Erwerbsleben der Fabrik“.

In sehr tiefsehenden Ausführungen behandelte sie die Frage, wie Berufsarbeit und Erwerbstreben auf die geistige und seelische Einstellung der Frau wirken, behandelte eingehend die Frage von dem Doppelleben der erwerbstätigen Frau, die sich in ihrem Denken und Streben ständig zerrissen fühlt durch die Widersprüchlichkeit der Pflichten, die auf ihr liegen, und kam dann zu den Schlussfolgerungen und Forderungen, die sich für uns aus diesen Tatsachen ergeben.

Wernersewert sind in der Diskussion die Ausführungen der Genossin Emma Jahn-Glauchau, die darauf hinwies, daß alle von uns geforderten Gesetze nur eine Linderung des Leids der Frauennarbeit in der Fabrik bringen können, und daß wirkliche Hilfe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmöglich sei.

Ausfluß der ASPD-Mitglieder Winkler und Heibel aus dem Verbandsrat.

Über den Antrag ging der Kongress zur Tagesordnung über, da es vor den Verbandstag gehöre.

Der heutige Vormittag war ganz der Frage des Schutzes der schwangeren Textilarbeiterinnen und der damit eng zusammenhängenden Frage des § 218 gewidmet.

„Die schwangere Textilarbeiterin in der Gesetzgebung“, indem sie die gegenwärtigen Gesetze kritisch beleuchtete. Im Anschluß daran begründete die Verbandssekretärin Gen. Elise Kiewera die Forderungen des Textilarbeiterverbandes, deren wesentlichste die vierstündige Arbeitszeit im fünften und sechsten Monat und Arbeitsverbot acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niedertunft, Bereitstellung von Eih- und Liegegelegenheiten in der Fabrik, Aufsicht durch einen Arzt bzw. eine Krankenschwester in Großbetrieben und Stillpausen sind.

Genosse Dr. Moles sprach aus seiner reichen Praxis als Arzt und Reichstagsabgeordneter über die Frage der Abtreibungsstrafe, indem er scharf herausarbeitete und bewies, daß es sich hier um ein reines Klassen-gesetz handelt. Interessant waren die bevölkerungspolitischen Ausführungen, in denen er seine vor 15 Jahren zuerst aufgestellte Forderung des Gebärstreiks vertat und darauf hinwies, daß damals führende Genossinnen, darunter Luise Zick, Klara Zeitlin und Rosa Luxemburg ihn scharf deshalb bekämpft hätten. In der lebhaften Debatte trat ihm Genossin Mathilde Wurm entgegen, die ausführte, daß man nicht veruchen dürfe, mit solchen Mitteln die Klassenlage der Arbeiter zu ändern, die nur durch den energischen und rücksichtslosen Kampf gebessert werden könne, und daß die Lage der stanzionslosen Arbeiterin, in der das Zweifelhafte schon seit Jahrzehnten sich durchgelebt hat, die Aushilfslosigkeit dieser Methode beweise.

Am Nachmittag sprach zunächst Verbandssekretär Hugo Rübner über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit im allgemeinen und in der Textilindustrie im besonderen.“ Die von ihm betonte Tatsache, daß durch die Frauennarbeit heute jährlich 2 Milliarden Werte hergestellt werden, zeigt die volkswirtschaftliche Bedeutung mit aller Deutlichkeit. Er ging auf die schwierige und heikelmittene

Frage der Doppelverdiener

ein, mit der sich die folgende Resolution befaßt:

„Der Kongress beurteilt grundsätzlich alle Bestrebungen, die dahin zielen, die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit und arbeitsrechtliche Gleichstellung der erwerbstätigen Frau zu beschränken.“

Er protestiert deshalb auch gegen alle Versuche, verheiratete oder auch sonstige Frauen mit erwerbstätigen männlichen Angehörigen ohne weiteres als sogenannt „Doppelverdiener“ aus ihren Arbeitsstellen zu entfernen oder ihnen das Erlangen solcher zu erschweren. Ihre Bezeichnung als „Doppelverdiener“ zum Zwecke der Schaffung einer Sonderstellung darf vielmehr nur in besonderen Ausnahmefällen und zu wirtschaftlichen Ausnahmzeiten von der Kollegenchaft gebildet und anerkannt werden.

Andere — insbesondere die jetzt üblichen Maßnahmen — stellen die oben erwähnte und abgelehnte Haltung dar und sind geeignet, die Minderbewertung der Frauenerwerbsarbeit in der öffentlichen Meinung zu verstärken und den Unternehmern damit neue Begründung für die Minderentlohnung der weiblichen Arbeiter zu liefern, sowie ferner innerhalb der Arbeiterchaft Zwietracht zu bringen, ohne deren Lage wesentlich und auf die Dauer bessern zu können.

Aus dem Referat des Verbandsvorsitzenden, Genossen Schrader, über die Textilarbeiterin in ihrer Tätigkeit als Vertrauensperson des Verbandes und als Betriebsrätin ist besonders hervorzuheben, daß er die Gleichberechtigung der Frau auch auf das Verbandsleben und bis zur Stellung des weiblichen Verbandsvorsitzenden ausgebeutet wissen will. Als letzte Referentin sprach Genossin Gertrud Hanna über die geschichtliche Bedeutung des Kampfes der Frau um die politische und wirtschaftliche Gleichstellung mit dem Manne; sie gab einen historischen Überblick und forderte die Frauen auf, die erworbenen Rechte festzuhalten und auszunutzen und noch neue in jenem Kampfe dazu zu erobern.

Alle Referate wurden, wie sich aus der Diskussion ergab, dankbar und doch kritisch aufgenommen. Nach oft recht heisser Debatte wurden die Resolutionen nahezu einstimmig angenommen.

Die Internationale der Arbeiter.

Deutsch-englische Verhandlungen.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen im englischen Bergbau-Konflikt haben die beteiligten kapitalistischen Kreise Englands unter Förderung der Baldwin-Regierung ihr Augenmerk stärker als bisher darauf gerichtet, aus dem Ausland Kohlen zu beziehen. Dabei rechnet man besonders auf größere Lieferungen des Ruhrbergbaues, der bisher seine Bemühungen im wesentlichen darauf gerichtet hatte, die außerenglischen Absatzgebiete zu versorgen, der aber nach England selbst nur verhältnismäßig geringe Kohlenmengen geliefert hat. Die Unternehmerpresse des deutschen Westens kündigt an, daß in den nächsten Tagen arbeitslose Bergarbeiter in größerer Zahl auf den Gruben neu angelegt werden sollen. Die deutschen Kohlenherren haben also die Absicht, dem Ersuchen ihrer englischen „Brüder im Geiste des Kapitalismus“ zu entsprechen, weil sie hoffen können, dabei besonders hohe Profite zu erlangen. Als Beweis dafür, wie sehr schon bisher die deutschen Kohlenkapitalisten von der Konjunktur infolge des englischen Streiks profitiert haben, verdient angeführt zu werden, daß sich auf dem Rhein für die Strecke von Duisburg bis Rotterdam die Fracht für Kohlen in Kahnladungen von Anfang April bis Ende September von 60 Pfennig auf 3 Mark pro Tonne erhöht hat und daß sich inzwischen die effektive Kohlenfracht pro Tonne auf dieser Strecke auf 5,50 bis 6 Mark stellt. Die Ansprüche an den vorhandenen Schiffsraum für Kohlenverladungen sind demnach gesteigert, daß schon seit 17. September offiziell keine Kohlenfrachten mehr notiert werden, die Kahnbesitzer vielmehr in der Lage sind, von Tag zu Tag gesteigerte Tagesmieten zu verlangen. Der Rhein ist eben zu einer Kohlenausfuhrstraße von so großer internationaler Bedeutung geworden, wie noch nie zuvor.

Bekanntlich haben alle internationalen Verhandlungen der Gewerkschaften noch zu keinem Entschluß geführt, der Erleichterung der Streiklage für die englischen Bergarbeiter durch die kontinentalen Kohlenlieferungen in geeigneter Weise entgegenzuwirken. Die Bergarbeiter arbeiten in ganz Europa, ohne auf ihre englischen Kollegen Rücksicht zu nehmen. Die Transportarbeiter in ganz Europa vollführen nach wie vor die Transporte auch für reguläre Streikbruchkoste. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß sich die englischen Transportarbeiter am allerwenigsten veranlaßt fühlen, den Transport von Streikbruchkoste in England selbst zu unterbinden. Dieser gewerkschaftlichen Untätigkeit gegenüber entspringen neuerdings die deutschen und englischen Unternehmer eine beachtliche Regsamkeit. In Romany-Hampshire hat in den letzten Tagen eine deutsch-englische Wirtschaftskonferenz stattgefunden, über die von beteiligter Unternehmenseite nur einige belanglose Mitteilungen gemacht worden sind. In diesen Mitteilungen heißt es u. a., „daß eine wirksame Bewegung in Gang gebracht worden ist, die auf eine besondere und hitzobereitete Verständigung zwischen den europäischen Nationen auf dem Gebiete von Handel und Industrie hinführt, und daß die bereits bestehenden internationalen Abmachungen über eine industrielle Korporation während der Verhandlungen eingehend erwogen worden sind.“ Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden. Man hat einen partiellierten Ausschuß eingesetzt, dem die weitere Prüfung der erörterten Fragen übertragen wurde und dessen Vorsitzende von englischer Seite Sir Robert Horne und von deutscher Seite der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, sind. Als Generalsekretäre des Ausschusses wurden Geheimrat Kraft vom Reichsverband der Deutschen Industrie und das Mitglied des englischen Unterhauses, Hanon, bestellt.

So nichtig die offiziellen Mitteilungen über die Wirtschaftskonferenz sind, so bedeutungsvoll sind Mitteilungen von anderer Seite darüber, daß in Romany vor allem auch die durch den englischen Bergarbeiterstreik geschaffene internationale Lage eingehend besprochen worden ist. Wahrscheinlich, so glaubt eine Information des Soz. Pressendienstes zu wissen, wurden für den Fall einer ähnlichen Situation in späteren Zeiten bestimmte Maßnahmen erörtert. Man glaubt sogar, daß in diesem Punkte die deutsch-englischen Besprechungen zu den ersten konkreten Ergebnissen führen werden. Bekanntlich ist in der Anfangszeit des englischen Bergarbeiterstreiks aus englischen Finanzkreisen schon einmal die Anregung gekommen, den englischen Kohlenbergbau eng mit dem deutschen Steinkohlenbergbau, etwa in der Form eines internationalen Kartells, zu verbinden. Nachdem kürzlich das europäische Eisenkartell, wenn auch ohne Beitritt der englischen Industrie zustande gekommen ist, liegen internationale Kartellbildungen geradezu in der Luft. In diesem Zusammenhang darf man also ruhig annehmen, daß die deutsch-englische Wirtschaftskonferenz in der Frage eines europäischen Kohlenkartells eine Entwicklung angebahnt hat, die vielleicht schon sehr bald zu einem positiven Ergebnis führen kann. Dies um so mehr, als ja durch den englischen Streik die Absatzverhältnisse der verschiedenen europäischen Kohlenindustrien vollständig verschoben worden sind und noch Streikende mit den Mitteln der ungehemmten Konkurrenz nur unter großen Opfern wieder zurecht gerückt werden können. Für die Arbeiterklasse wird damit die Bedeutung des englischen Bergarbeiterkampfes erneut unterstrichen. Führt dieser Kampf zu internationalen Abmachungen der interessierten Kapitalisten, so wirken die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Kontinent und im Inselreich mit doppelter Schwere aufeinander. In diesem Sinne erhält die von uns immer wieder betonte Pflicht der kontinentalen, und vor allem auch der deutschen Arbeiter, die kämpfenden englischen Bergarbeiter zu unterstützen, verstärkte die Bedeutung, daß damit auch der Kampf der kontinentalen Arbeiter selbst gefördert wird.

Eine AM-Zugung.

SPD. Am Dienstag trat der Bundesausschuh des AM-Verbandes in Berlin zu seiner dritten Sitzung zusammen. Die anwesenden Verbände waren vollständig vertreten. Einleitend berichtete der Bundesvorsitzende Kaufmann über die seit der letzten Ausschuhssitzung geleistete sozialpolitische Arbeit. Er hob hervor, daß es möglich war, bei der Verabschiedung des Knappschaftsgesetzes die geplanten Verschlechterungen

der Gegenseite abzuwehren, im Kündigungsschutzgesetz für die älteren Angestellten einen beachtlichen Teilerfolg zu erzielen und auch die Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes zu beschleunigen. Der Reichstag müsse in den nächsten Wochen die notwendigen Verbesserungen der Erwerbslosenfürsorge, die Wahlreform der Angehörigenversicherung, die Krankenversicherung der Seeleute und das Reichstheatergesetz erdigen. Die zuständigen Ausschüsse des AM-Bundes haben in den Sommermonaten alle erforderlichen Vorarbeiten durchgeführt.

Organisatorisch hat sich der AM-Bund im letzten Jahre bemerkenswert beschäftigt. Die Zusammenarbeit der Verbände ist die denkbar beste, und die außerordentliche Aktivität der AM-Arbeitsausschüsse für Sozialpolitik, für die Behörden-Angestellten und für den Bergbau erfreut sich wachsender Anerkennung. Die in der Berichtsperiode ausgebrochenen Organisationskrisen im Verband deutscher Kapitäne und Steuerleute der Handelschiffahrt und Hochseefischer und im Verband deutscher Schiffingenieurwesen können nach den nunmehr erfolgten unbedeutenden Abplittierungen als abgeschlossen angesehen werden. Der Berichterstatter sprach am Schluß die Hoffnung aus, daß bis zur nächsten Ausschuhssitzung wiederum ein weiterer Teil des sozialpolitischen AM-Programms verwirklicht sein wird.

Alsdann erfolgte die Vorlegung des Rechnungsbereiches für das erste Halbjahr 1928. Der Bundesausschuh erteilte der Hauptgeschäftsstelle einstimmig Entlastung.

Der Beamtenkonflikt in Oesterreich.

SPD. Wien, 13. Oktober. (Radio.)

Der Bundeskanzler empfing am Dienstagsvormittag die Vertreter des Bundesratspräsidenten der Bundesbeamten und der Telegraphen- und Telefonangestellten, um die Vorschläge der Regierung gegenüber den Forderungen der Beamten und Angestellten mitzuteilen. Im Laufe des Tages will die Regierung ein volles Monatsgehalt und darüber hinaus noch ein weiteres Viertelmonatsgehalt als Zuschlag ausgeben und damit eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 10% Prozent durchführen. Die verlangte Mindestgröße der monatlichen Beamtenbezüge von 170 Schilling (zwei 100 Mark) bezeichnete die Regierung als unmöglich. Sie will die Mindestgröße auf 150 Schilling festsetzen. Außerdem er-

klärte sie sich bereit, die Kinderzulage vom zweiten Kind an von 5 auf 10 Schilling monatlich zu erhöhen, soweit die Bedürftigkeit vorhanden ist.

Im Fünfundwanzigertausch wurde beschlossen, dem Bundeskanzler eine Erklärung zu überreichen, die das Angebot der Regierung als unzureichend bezeichnet und die die Forderungen, auf denen die Beamten und Angestellten unbedingt bestehen müssen, wiederholt. Ein solch ultimatives Schreiben konnte jedoch nicht überreicht werden, da der Bundeskanzler die Abordnung wissen ließ, daß der Ministerrat am Mittwoch abends zu den Beamtenforderungen Stellung nehmen und dann neue Angebote machen werde.

Internationaler Landarbeiterkongress.

(GWS.) Am 28. und 29. September hielt die internationale Landarbeiter-Föderation in Genf ihren ordentlichen Kongress ab. Vertreter waren die Verbände von Deutschland, Dänemark, England, Desterreich, Polen, Holland, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Aus dem internationalen Sekretariat Schmidt (Deutschland) erstatteten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl am 1. Januar 1928 365 852 betrug. Angegeschlossen waren 16 Verbände in 14 Ländern. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die freien Gewerkschaften aller Länder aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, um die Organisation der Landarbeiter zu fördern. Eine von Duncan (England) vorgeschlagene Resolution fordert, daß den Landarbeitern der Industrie Schutz und die gleichen sozialen Rechte wie den Industriearbeitern gewährt werden. Eine Resolution, in der das Internationale Arbeitsamt aufgefordert wird, die Frage der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft auf die Tagesordnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz zu setzen, wird gegen 2 Stimmen (Polen) angenommen. Zur Frage: „Das Vereinstrecht der Landarbeiter“ wurde vom Referenten Schmidt eine Resolution vorgelegt, in der gegen die Verfolgungen der Landarbeiter in verschiedenen Ländern protestiert und der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Regierungen und das Internationale Arbeitsamt mögen Sorge dafür tragen, daß in den Ländern, wo das Vereinstrecht gesetzlich festgelegt ist, den Landarbeitern auch die Möglichkeit gegeben wird, dieses Recht praktisch auszuüben. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, desgleichen eine Resolution, in der geistlicher Schutz für die in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen und Kinder gefordert wird. Weiter verlangte der Kongress, daß das Arbeitsamt zuständig sein müsse für alle Fragen betr. die Arbeit in der Landwirtschaft und daß das internationale landwirtschaftliche Institut in Rom sich ausschließlich mit technischen Fragen beschäftigen soll.

Amerika und wir.

Arbeitsfriede oder Klassenkampf?

Trotz der gegenwärtig hohen Löhne und trotz des Abzahlungsgehaltes ist die soziale Frage in den Vereinigten Staaten durchaus nicht gelöst. Nach den letzten Daten würde das Jahresinkommen der Vereinigten Staaten, wenn es unter alle Einwohner gleichmäßig verteilt würde, der Bevölkerung kaum das amerikanische Existenzminimum garantieren. Um so notwendiger erscheint daher die volle Ausnutzung des technischen Industrieparates und die Steigerung der Produktivität. Die amerikanischen Gewerkschaften haben auf dem Kongress des Jahres 1925 mit aus diesem Grunde eine neue Lohnpolitik angenommen, die sich für eine Steigerung der Produktion und für einen im selben Verhältnis steigenden Lohn einsetzt. Im Frühjahr dieses Jahres erließ das Ministerium für Arbeit und Industrie warne Mittelteilungen, in denen die Regierung ausdrücklich die Landwirtschaft und Industrie vor einer Steigerung der Produktion dringend mit der Begründung warnte, daß die Kaufkraft des amerikanischen Marktes erschöpft sei. Auch hier zeigt sich das charakteristische Merkmal des Kapitalismus.

Die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften in der amerikanischen Wirtschaft ist für uns um so bedeutungsvoller, als beißen die Klassenlagen in den Gewerkschaften noch nicht erkannt wird und Versuche zur Lösung der sozialen Frage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bestehen. Es mag dabei hier bemerkt werden, daß eine Wirtschaft, die trotz hoher Löhne derartige Gefahren über ein gesamtes Volk bringt, die soziale Frage natürlich noch nicht gelöst hat. In der Tat bestehen heute für verschiedene Industrien mit den Gewerkschaften Abmachungen, in denen sich die Gewerkschaften gewissermaßen als technischer Körper im Organisationsprozess an der Rationalisierung und Steigerung der Produktion beteiligen. Trotzdem diese Versuche zum Teil schon über einige Jahre hinausgehen, ist ein Schlüssel für die Errechnung einer prozentualen Lohnsteigerung bisher noch nicht gefunden. Es bleibt auch durchwegs fraglich, ob er gefunden werden kann. Nach den statistischen Angaben steigerte sich in den letzten 50 Jahren die Produktivität um das Fünffache, während die Löhne in der gleichen Zeit nur um 60 Prozent stiegen. Damit wird zunächst die Tendenz bestätigt, daß der Prozentfuß, der dem Kapital zufließt, immer ein größerer ist, als derjenige, der auf den Lohn entfällt. Immerhin wäre es ja theoretisch möglich, wenn beide Teile die Notwendigkeit der Stärkung der Kaufkraft des Konsumenten erkennen, hier anders einzugreifen.

Wenn man die Steigerung der Konsumkraft mit den Gewerkschaften vereinbaren würde, daß sie sich in tatsächlichen Lohnzulagen ausdrücken soll, so ist dabei zu bedenken, daß diese Vereinbarungen zunächst nur für Gruppen getroffen werden, deren berufliche Tätigkeit in der Industrie bereits etwas bedeutet und die daher schon recht angemessene Löhne haben. Die Gesamtzahl der Lohnempfänger in den Vereinigten Staaten beträgt aber 40 Millionen, während die Organisierten der amerikanischen Gewerkschaften, die ja fast nur Berufsorganisationen sind, etwa 3 Millionen betragen. Das große Feld der unorganisierten Arbeiter, die natürlich die Masse der Konsumenten darstellen, werden von ihnen nicht erreicht. Wenn der Lohn, wie bei den organisierten Gruppen, bereits eine gewisse Höhe erreicht hat, besteht die sehr große Gefahr, daß bei einer weiteren Steigerung von den Arbeitern der Kaufkraft verlust geht und wieder, auch von Arbeiterbanken, in den kapitalistischen Kreislauf eingespannt wird. Solche Rücklagen sind auch sehr verständlich, da es keine Sozialgesetzgebung gibt, die für Alter und Krankheitsfälle wirklich umfassend Sorge tragen würde. Die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften zur Wirtschaft wird uns durch die obigen Darstellungen einigermaßen klar. Ihre eigene Denkwelt ist vorwiegend kapitalistisch.

Die Teilnahme am Produktionsprozess als Organisation steht jedoch dennoch im Gegensatz zu der von den Unternehmern vertretenen Auffassung von Wirtschaftsdemokratie. Die Unternehmer haben in großartiger Weise versucht, an ihre Angestellten und Arbeiter Kleinaktien zu verkaufen, um so durch den Verkauf dieser Aktien, wie sie lagen, eine Demokratisierung der Industrie durchzuführen. Diese Versuche sind vor allen neuerdings in der elektrischen Industrie unternommen worden. Abgesehen davon, daß natürlich hunderte oder gar tausende solcher Kleinaktien niemals zusammenkommen, mit denen ein Einfluß auf den Betrieb genommen werden könnte, würde eine solche „Demokratisierung“, selbst wenn sie durch die Gewerkschaften organisiert wäre, zur Basis nur den Kapitalanspruch haben. Nach dem von den Gewerkschaften vertretenen Programm der Wirtschaftsdemokratie soll dagegen die Teilnahme der Arbeiterklasse an der Betriebsleitung auf Grund ihrer technischen Funktion im Wirtschaftsapparat erfolgen. Wenn man die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften in diesem Zusammenhang kurz noch weiter klären will, so bleiben im wesentlichen zwei Möglichkeiten. Entweder, die Gewerkschaften werden sich ihrer Klassenlage bewußt, sie müßten dann ganz energisch an die Organi-

lierung der Millionen unorganisierten Arbeiter herantreten und würden dann automatisch in Gegensatz zum Kapitalismus der Vereinigten Staaten kommen. Die Initiative müßte hierbei aber im wesentlichen von ihnen ausgehen. Da sich die Gewerkschaften bisher im allgemeinen nur als bevorzugte Berufsorganisationen gehalten haben, erscheint diese Orientierung zunächst noch fraglich. Immerhin sind die Bergarbeiter durch die gegenwärtige Krise und auch die Textilarbeiter diesen Problemen nähergerückt. Die weitere Lösung, die geschichtlich wenn auch unter anderen Verhältnissen uns auch nicht ganz unbekannt ist, wäre die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem Kapitalismus und Imperialismus der Vereinigten Staaten in der Ausbeutung der übrigen Welt.

Horst Berenz.

Zeuerung und Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei.

J. B. Die täglichen Börsenberichte verzeichnen ein außerordentlich starkes Ansteigen der Zeuerung. Gegenüber den letzten drei Monaten kann eine durchschnittliche Preissteigerung von 10 Proz. für die wichtigsten Lebensmittel, so vor allem für Getreide, Mehl und Brot, dann auch Fleisch, ferner Kartoffeln, Obst usw. angenommen werden. Nunmehr wird die Öffentlichkeit mit einer Mitteilung überrascht, die nicht mehr und nicht minder bedeutet als den Bruch eines Versprechens, das seinerzeit feierlich von der Regierung abgegeben wurde: in der Tschechoslowakei, nächst Deutschland dem größten Zuckerproduzenten Europas, wird der Zuckerpriest um rund 80 Heller bis 1 Krone erhöht, so daß er auf rund 6 Kronen, also 75 Pfennig das Kilogramm kommen wird. Der Zucker unterliegt in der Tschechoslowakei einer gebundenen Wirtschaft, das Kartell steht unter staatlicher Kontrolle und gibt immer eine bestimmte Zuckermenge für das Inland frei, während der Rest exportiert wird. Infolge der sinkenden Weltmarktpreise stellten die Zuckerfabriken riesige Profite ein, man nahm sie ihnen teilweise, indem der über den Weltmarktpreis hinausgehende Verkaufspreis in eine indirekte Steuer umgewandelt wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde erklärt, daß die Konsumenten zwar keine Zuckerpriestverbilgung, aber auch keine Erhöhung erleiden würden. Auf dem Zucker lastet gegenwärtig eine indirekte Steuer von 200 Kronen pro 100 Kilogramm, also nahezu zwei Drittel des bisherigen Preises, die Steuer mußte bei einer Großhandelsbasis von 440 Kronen pro 100 Kilogramm von den Zuckerfabriken getragen werden. Nunmehr hat das Zuckerkartell eine Erhöhung der Großhandelspreise auf 502 Kronen beschlossen, so daß leicht zu errechnen ist, daß sich der Kleinhandelspreis auf rund 600 Kronen stellen wird.

Während so ununterbrochene Notstände auf die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten unternommen werden, steigt auf der anderen Seite die Wirtschaftskrise. In der Metallindustrie nehmen die Dinge eine katastrophale Entwicklung, täglich werden hunderte von Arbeitern entlassen. Die Brüner Waffenfabrik kündigt die Entlassung von 1000 Arbeitern an, die Brüner Maschinenfabrik will 300 Arbeiter auf die Straße stellen, nach einem Referat des Handelsministers arbeitet die Metallindustrie mit einer um 27 Proz. eingeschränkten Produktion, die Eisenindustrie ist um 15 Proz. eingeschränkt, die Textilindustrie um rund 20 Proz., die Glasindustrie um rund 50 Proz., einzig die Kohlenindustrie erbrachte eine kleine Besserung infolge der Kohlenmehrumsfuhr nach den von England nicht belieferbaren Staaten. Dagegen ist der Inlandsverbrauch an Kohle und Koks im August um rund 110 000 Tonnen gegen August 1925 und um rund 60 000 Tonnen gegen Juli 1928 gesunken. Das zeigt deutlich ebenso wie die gekunkene Einfuhr von Rohmaterialien die schwere Wirtschaftskrise auf, unter welcher gegenwärtig die tschechoslowakische Industrie leidet. Die künftige Verteuerung bewirkt natürlich eine weiter sinkende Kaufkraft der Bevölkerung und damit eine Verschärfung der Industriekrise. Das scheint aber die neuen Herren von der bürgerlichen Mehrheit nicht zu betreffen.

Der Koksereinstig gegeben.

Die viel erörterte Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung in Essen ist jetzt gegründet worden. Das Aktienkapital beträgt 162 000 Mark. Beteiligt sind alle Syndikatsgesellen mit Ausnahme der Jachen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, der Gewerkschaften Ewald und Mont-Cenis. Die Jachen des AVE sind vorläufig noch an Beiträge über Ferngasversorgung gebunden, während die Gewerkschaft Mont-Cenis ihren Beitrag zur Essener Gesellschaft von der Übernahme ihrer bekannten Koksverwertungsverfahren abhängig macht. Das endgültige Kapital der Gesellschaft soll 60 Millionen Reichsmark betragen. Darüber hinaus ist wohl mit einer Erhöhung des Kapitals zu rechnen.